

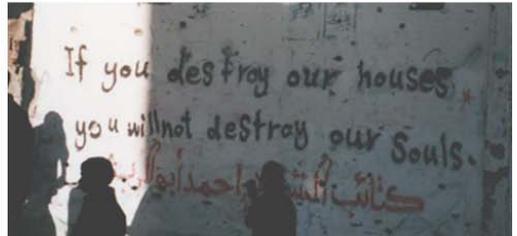
Palästina

INTIFADA

Solidarität mit Palästina



Für das Recht auf Widerstand!



Antiimperialistische Solidaritätsdelegation für Palästina

30. Dezember 2001 bis 6. Januar 2002



Preis: 2 Euro

Nr. 8 März 2002

Editorial

Für das Recht auf Widerstand!

Diese unseren geschätzten Leserinnen und Lesern nun endlich vorliegende Dokumentation über die „Antiimperialistische Solidaritätsdelegation für Palästina“ spiegelt trotz ihrer zugegebenen Unvollständigkeit und Unvollkommenheit dennoch den Charakter der Delegation in ihrer Breite wider. Sie wurde von der *Antiimperialistischen Koordination* (AIK) organisiert und geleitet, doch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren unterschiedlichster politischer Herkunft – was sich auch in der Unterschiedlichkeit der Positionen vor Ort ausdrückte. Auch die Redaktion der Broschüre fiel der AIK zu, wobei die Beiträge wiederum das Spektrum der Meinungen abdecken. Sie müssen nicht notwendigerweise den Standpunkt der Redaktion zum Ausdruck bringen und noch weniger jenen der einzelnen Teilnehmer.

Unsere unverrückbare gemeinsame Position ist die bedingungslose Unterstützung des Rechts des palästinensischen Volkes darauf, Widerstand mit dem Ziel der Selbstbestimmung zu leisten. Daher sind wir grundsätzlich mit allen gegen die zionistische Besetzung kämpfenden Organisationen solidarisch. Dennoch bleibt die

Stellung zum islamistischen Widerstand nicht nur innerhalb unserer Delegation, sondern in der antiimperialistischen Bewegung im allgemeinen höchst kontroversiell, insbesondere nach der Ausrufung des amerikanischen Terrorkrieges gegen diese. Um der notwendigen Klärung dieser Frage Vorschub zu leisten drucken wir das Gespräch mit dem *Islamischen Dschihad* ab, mit dem die palästinensische Linke in enger Kooperation steht. Aus ähnlichen Motiven veröffentlichen wir auch ein Portrait der Selbstmordattentäterin Wafa' Idris. Es hilft zu verstehen, dass diese extreme Methode des Widerstands nur an der Oberfläche religiös motiviert ist, sondern in Grunde eine politische Antwort auf eine extreme Form der Unterdrückung unter hochgradig ungünstigen Kräfteverhältnissen darstellt.

Indes ergeht unsere politische Unterstützung an die palästinensische Linke, insbesondere an die *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP). So wurde auch die Idee der Antiimperialistischen Solidaritätsdelegation selbst gemeinsam mit der PFLP geboren und entwickelt, nämlich im August 2001 auf dem Antiimperialistischen Som-

merlager in Assisi.

Die unternommene Reise hatte aber nicht nur den Zweck, der Intifada und ihren Organisationen unsere Solidarität sichtbar auszusprechen, sondern vor allem auch eine Solidaritätsbewegung in Europa und insbesondere in den deutschsprachigen Ländern aufzubauen und zu fördern – denn das ist tatsächlich die wichtigste Unterstützung, die wir zu geben vermögen.

Gerade in den Tagen, in denen diese abschließenden Zeilen geschrieben werden, müssen wir eine neue Eskalation des israelischen Terrors gegen die Palästinenser erleben, die Eskalation der Eskalation der Eskalation. Wir müssen den verzweifelten Widerstand des palästinensischen Volksaufstandes, der Intifada, als das verstehen, was er ist, nämlich als ein Hilfeschrei an die Welt. Je grausamer der letzte offene Kolonial- und Apartheidstaat der Erde gegen die ihrer Unterwerfung erbitterten Widerstand entgegengesetzten Palästinenser vorgeht, desto mehr muss unsere aktive Solidarität wachsen.

*Antiimperialistische Koordination
Ende Februar 2002*

Das palästinensische Volk verlangt nach unserer Unterstützung! (AIK)	4
Die Erdrosselung von Betlehem (Delegation)	5
Freiluftgefängnis Gasa (AIK)	6
Schlussfolgerungen der antiimperialistischen Solidaritätsdelegation	7
Ineinander verwoben und voneinander getrennt (Werner Pirker)	9
Wafa' Idris: Die Antwort (Ali Nasser)	12
Die italienische Zivilgesellschaft in Palästina (Mariagrazia Ardizzone)	14
Das Gitternetz (Jeff Halper)	16
Häuserkampf in Hebron (Werner Pirker)	18
Wo der Hass keine Grenzen kennt (Peter Nowak)	20
Die Israelis lassen Palästina vertrocknen (Irmgard Hubauer)	22
Solidarische Europäer für das Recht unseres Volkes auf einen unabhängigen Staat (al-Hajat al-Dschadida) ...	23
Abdel Maluh: Wir lassen uns nicht in einen Krieg mit der Nationalbehörde treiben (Peter Nowak)	24
Madsched Nasser: Die Hoffnung ist unsere stärkste Waffe (Werner Pirker)	25
Amnesty International fordert Freilassung von PFLP-Mitgliedern	28
Ali Dschiddah: Die Besatzung folgt uns überall hin (Achim Schuster)	29
Abdalla al-Schami: Unser Kampf richtet sich nicht gegen die Juden, sondern gegen die Besatzung	31
In der Falle der NGOs (Wilhelm Langthaler)	33
Michel Warschawski: Ohne massiven Druck von außen kein Frieden (Werner Pirker)	34
Intifada in Zahlen	36
Abna al-Balad: Trennung heißt Apartheid (Gregor Kneussel)	37
Sergio Yahni: Die „israelische Linke“ (Gregor Kneussel)	42
Der palästinensische Staat – ein Konzept der Befreiung oder der Kollaboration? (ILS)	47
Israel will keine politische Lösung (Gerhard Ruiss)	53
Kontakt und Abonnement	53
Antiimperialistisches Sommerlager 2002 in Assisi	54
Antiimperialistische Solidaritätsdelegation nach Palästina im Dezember 2002 / Januar 2003	54

Das palästinensische Volk verlangt nach unserer Unterstützung!

Internationale Solidaritätsdelegation besucht Palästina

30. Dezember 2001 bis 6. Januar 2002

Während die USA und die NATO ihren kriminellen Krieg gegen – wie sie sagen – „islamische Terroristen“ in Afghanistan führen, fährt Israel in seinem Krieg gegen die „palästinensischen Terroristen“ fort. Israel, das die Ereignisse vom 11. September und die Hysterie gegen islamische Menschen für sich ausnutzte, bereitete die schärfsten Angriffe gegen das palästinensische Volk seit Beginn der neuen Intifada vor und führte diese auch aus. Die letzten Wochen haben Hunderte das Leben gekostet, Tausende verwundet und verstümmelt. Die Zivilbevölkerung musste wochenlang in einem Zustand der völligen Abriegelung leben.

liche Besetzung Schluss zu machen. Sie behaupten, dass ihr Recht auf „Sicherheit“ heute mehr denn je legitimiert wäre. Was sie tatsächlich legitimieren wollen, ist ihren Wohlstand zu schützen, während die palästinensische Bevölkerung weiter hungern muss. Sie sagen, dass die „zivilisierte“ Welt sich gegen die Angriffe des „barbarischen Islamismus“ verteidigen muss. Was sie tatsächlich beabsichtigen, ist ihre terroristische militärische Besetzung mittels primitiver antiarabischer und antiislamischer Hetze zu rechtfertigen. Was sie tatsächlich wollen, ist schlicht und einfach ein für alle Mal jede Möglichkeit des palästinensischen Volkes, internationale Anerkennung

perialistische Solidaritätsdelegation nach Palästina zu schicken. Die *Antiimperialistische Koordination* ruft dazu auf an der internationalen Solidaritätsdelegation teilzunehmen, die sowohl als menschliche Schilde, die palästinensische Bauern bei der Olivenernte und protestierende Jugendliche vor israelischen Soldaten oder Siedlern schützen, dienen soll, als auch dazu Informationen aus erster Hand, jenseits der von den westlichen Medien verbreiteten Nachrichten, zu liefern. Ihre wichtigste Aufgabe sieht sie darin dazu beizutragen, dass dem Widerstand des palästinensischen Volkes gegen die widerrechtliche israelische Besetzung erneut politische Legitimität zuerkannt wird.

Der geplante Termin ist die Woche vom 30. Dezember 2001 zum 6. Jänner 2002. Das Programm beinhaltet neben Besuchen von Flüchtlingslagern und den größten Städten im Westjordanland und dem Gasa-Streifen auch zahlreiche Treffen mit den unterschiedlichsten Organisationen des palästinensischen Volkswiderstandes. Die Bandbreite reicht von sozialen und humanitären Vereinen wie dem *Health Work Committee* (HWC) von Beit Sahur, über Organisationen der Flüchtlinge, politischen Gefangenen oder Studenten bis hin zu den politischen Hauptströmungen der Aufstandsbewegung, von der PFLP bis zu den islamischen Organisationen. Von Bedeutung werden auch die Zusammenkünfte mit jenem Teil der jüdischen Linken sein, der bereit ist sich auf die Seite der Palästinenser zu stellen, wie beispielsweise das Gemeinschaftsprojekt *Alternative Information Center*.

Stoppt das Massaker in Palästina!
Sofortiger Rückzug der zionistischen Truppen aus den besetzten Gebieten!
Für das Recht auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes!
Für einen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten mit Jerusalem als Hauptstadt, als Wegbereiter eines demokratischen antiimperialistischen Staates in ganz Palästina!
Es kann keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben!

Antiimperialistische Koordination



Die Tötung des israelischen Tourismus-Ministers Rechavam Se'evi, der als weit rechts stehend und rassistisch bekannt gewesen war, am 17. Oktober durch die PFLP als Antwort auf die Ermordung ihres Generalsekretärs Abu Ali Mustafa im August, wurde als weiterer Vorwand für die israelische Armee benützt um die Abriegelung und Besetzung mehrerer palästinensischer Städte und die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung zu rechtfertigen.

Israel meint, dass die Zeit gekommen wäre ein für alle Mal mit dem „Terrorismus“ Schluss zu machen. Was sie tatsächlich meinen, ist ein für alle Mal mit dem palästinensischen Volkswiderstand gegen die koloniale und unterdrückerische israelische

für die Legitimität seines Befreiungskampfes zu gewinnen zu zerstören.

In dieser schwierigen Situation fordert das palästinensische Volk unsere Unterstützung. Wir dürfen es nicht alleine lassen!

Es ist unsere Pflicht uns gegen alle brutalen und feigen Angriffe des israelischen Staates, sei es auf militärischer oder politischer Ebene, mit allen Mitteln zu stellen. Es ist von höchster Wichtigkeit unsere Stimme in Verteidigung unserer palästinensischen Schwestern und Brüder zu erheben!

Deshalb wurde beschlossen, einer Einladung der PFLP, die auf dem Antiimperialistischen Sommerlager 2001 in Assisi ausgesprochen wurde, folgend eine antiim-

Die Erdrosselung von Bethlehem

Bericht der internationalen Solidaritätsdelegation aus dem Westjordanland

Am 31. Dezember, dem zweiten Tag der Delegation, beteiligten wir uns an einer Demonstration, die das Ende der Besatzung forderte. Ausgehend von Bethlehem versuchten einige Hundert Demonstranten bis zum nur wenige Kilometer entfernten Jerusalem zu ziehen. Bereits knapp nach dem Ausgangspunkt beim Paradise-Hotel in Bethlehem, das von der israelischen Armee vor kurzem bei ihrem illegalen Vordringen in das Autonomiegebiet zerstört worden war, wurde der Zug von der Armee angehalten. Zwar wurde die Straße dann wieder freigegeben – nur um die Demonstration beim Checkpoint endgültig zu stoppen.

ger und droht die Stadt zu erdrücken, um so mehr, als die meisten Bewohner sich nicht in die anderen Autonomiezonen begeben dürfen.

Gespensischer Besuch in al-Chalil (Hebron)

Am zweiten Tag gelang es der Solidaritätsdelegation zu Fuß nach Hebron zu kommen, während unser Bus am Checkpoint abgewiesen wurde. Es ist kein Zufall, dass die israelischen Besatzer danach trachten, so wenig internationale Besucher wie möglich vorzulassen, denn auf furchtbare Weise zeigt sich dort der Betrug des „Friedensprozesses“ und die Brutalität der zionistischen Landnahme. In einer Stadt von einigen zehntausend palästinensischen Einwohnern haben sich im Zentrum der Stadt rund 400 meist aus den USA stammende rechtsradikale Siedler festgesetzt, die mit Hilfe der Armee die arabische Bevölkerung terrorisieren und so vertreiben wollen. Ausgehend vom Zentrum eignet die Armee arabische Häuser und übergibt sie an Siedler. Diese bekämpfen ihrerseits die palästinensische Bevölkerung mit einem unvorstellbaren rassistischen Hass ihrer Herrenmenschenideologie. Ziel ist es ganz offensichtlich den Boden für einen größeren Zustrom von Siedlern zu bereiten und in einer systematischen „ethnischen Säuberung“ die ursprüngliche Bevölkerung zu vertreiben. Da diese Aggression während des gesamten „Friedensprozesses“ andauerte und ohne die aktive Rolle der Armee undenkbar wäre, ist jedem unvoreingenommenen Besucher von Hebron klar, dass Israel niemals vor hatte, die Oslo-Verträge einzuhalten. Ihr stetig und zielstrebig verfolgtes Interesse ist es in ganz Palästina einen jüdischen Apartheidstaat zu errichten.

Unser „Besuch“ wurde von der Armee mit einer ständigen Militäreskorte und verstärkten Bewegungen von Militärfahrzeugen begleitet, während die schwer bewaffneten und in ihrem rassistischen Hass unberechenbaren Siedler, die oft direkt aus einem amerikanischen Action-Film entsprungen scheinen, uns mit ihrer demonstrativen Anwesenheit provozieren.

Bethlehem, 1. Januar 2002

Getragen wurde die Mobilisierung von einer breiten Koalition lokaler palästinensischer Organisationen, der verschiedenen Kirchen und verschiedener internationaler Delegationen. War die politische Stoßrichtung, die in den zahlreich getragenen Transparenten „Frieden ist nicht ohne Gerechtigkeit möglich“ zum Ausdruck kam, durchaus richtig, so zeigte sich vor allem in den anderen internationalen Delegationen, aber auch bei den Kirchen eine Tendenz an den gescheiterten „Friedensverträgen“ von Oslo festzuhalten – Verträge, die die fortgesetzte israelische Kolonisierung und Unterdrückung rechtfertigen, während Israel den versprochenen palästinensischen Staat nie zu akzeptieren bereit war.

Die Tatsache, dass viele Friedensdelegationen ihren Forderungen gern mit spektakulären Aktionen wie dem Einsatz von menschlichen Schutzschildern Nachdruck verleihen, ändert nichts daran, dass ihre politische Stoßrichtung unzureichend und oft kontraproduktiv ist, da sie von der Möglichkeit eines Interessenausgleichs mit Israel und den hinter ihm stehenden westlichen Mächten ausgehen. Wie vom Westen finanzierte NGOs propagieren sie den palästinensischen Verzicht auf selbstverständliche demokratische Rechte wie die Rückkehr der Flüchtlinge.

Wir hingegen gehen nach wie vor davon aus, dass ein souveräner demokratischer Staat ein in den 1967 besetzten Gebieten zwar eine Teilforderung sein kann, dass aber die westlich-zionistische Aggression erst beendet werden kann, wenn es einen demokratischen Staat in ganz Palästina für alle dort lebenden Menschen gibt.

Die Erdrosselung von Bethlehem

Am ersten Tag der Solidaritätsdelegation besichtigten wir die durch das Eindringen und den Beschuss der israelischen Armee angerichteten Schäden in Bethlehem sowie seinen zwei Vororten Beit Dschala und Beit Sahur. Von den auf den gegenüberliegenden Hügeln befindlichen illegalen jüdischen Siedlungen Gilo und Har Homa, die sich drohend wie mittelalterliche Burgen ausnehmen, wurde monatelang nicht nur mit Maschinengewehren, sondern auch mit Panzern und Raketen auf Wohnhäuser geschossen, so dass fast jedes den Siedlungen zugewandte Haus Schäden aufweist. Tausende Menschen mussten evakuiert werden.

Um Bethlehem zieht sich der Ring der Siedlungen und Militärposten immer en-



Freiluftgefängnis Gasa

Bericht der antiimperialistischen Solidaritätsdelegation aus Gasa

Am 4. und 5. Januar besuchte die antiimperialistische Solidaritätsdelegation den Gasastreifen. Gasa ist im Grunde ein großes Internierungslager, das systematisch immer weiter zugeschnürt wird. Es ist das dichtest besiedelte nicht-städtische Gebiet der Welt.

3.000 Siedler haben seit 1967 rund 40% des besetzten Landstreifens den Palästinensern mit unsäglicher Gewalt weggenommen. 1,2 Millionen müssen mit 60% des Landes ihr Auslangen finden. Der Prozess des Landraubes wurde mit Oslo weder rückgängig gemacht, noch verlangsam, sondern im Gegenteil rasant beschleunigt.

Wir selbst konnten im Flüchtlingslager Rafah ganz im Süden des Gasastreifens und bei Chan Junis beim sogenannten „Checkpoint des Todes“ die systematischen Häuserzerstörungen betrachten. Mit Luftangriffen, Raketen und Panzergeschossen macht die Armee palästinensische Häuser unbewohnbar. In einige Häuser wurden durch Agenten auch Bomben gelegt. In der Folge kommt schweres Abbruchgerät der Besatzer zum Einsatz um die Ruinen dem Erdboden gleichzumachen. Hinter dieser Frontlinie befindet sich eine ganze Zone von Häusern, deren Bewohner durch den Beschuss von Scharfschützen bedroht sind. Viele der betroffenen Palästinenser müssen ihr Leben in Zelten fristen, einige kommen bei Verwandten in völlig überbelegten Unterkünften unter.

Unter dem Vorwand die Sicherheitszonen zu vergrößern, werden nicht nur Häuser, sondern auch landwirtschaftliche Flächen zerstört. Den Palästinensern wird der Zugang verweigert, bis schließlich das ethnisch gesäuberte Stück Land der Siedlung einverleibt werden kann.

In der jüdischen Siedlung bei Chan Junis wurden rund 4.500 Palästinenser eingeschlossen. Sie sind wie in al-Chalil (Hebron) dem offenen Terror der vom rassistischen Hass angetriebenen Siedler ausgesetzt. Ihre noch verbliebenen Häuser wurden mehrfach abgebrannt, wobei es auch einige Todesopfer gab. Ihre Felder dürfen sie nicht bestellen. Bei der Lebensmittelversorgung sind sie ausschließlich auf die Hilfe der UN angewiesen. Das

Siedlungsterritorium können sie nur mit einer Spezialgenehmigung verlassen – wenn sie wieder zurückkehren wollen. Mit allen nur erdenklichen Willkürmaßnahmen versuchen Armee und Siedler selbst die mit Genehmigungen ausgestatteten Palästinenser an der Rückkehr zu hindern. Um die intendierte Vertreibung zu verhindern, haben zahlreiche Insassen des „Lagers“ dieses seit Jahren nicht verlassen.

Der Großteil der Siedlungen ist direkt am Meer gelegen, so dass den Palästinensern der Zugang zu diesem nur mehr in der Gegend von Gasa-Stadt bleibt.

Eine ausschließlich Siedlern vorbehalten Verbindungstraße nach Israel, für die großräumig palästinensisches Land enteig-

keit.

Zynischerweise verkauft Israel an die Palästinenser um teures Geld Trinkwasser, das aus dem Grundwasser von Gasa gewonnen wurde.

Zerstörung der Landwirtschaft

Israel versucht mit allen Mitteln die Landwirtschaft der Palästinenser im Gasastreifen zu zerstören und seine Bevölkerung auch im agrarischen Bereich zu einem Absatzmarkt von israelischen Produkten zu machen. Dabei ist die Versalzung des Wassers und der Böden nur ein Aspekt. Mit eigenen Augen konnten wir bei Beit Lahia



net wurde, wird gerade errichtet und komplettiert das Bild der Apartheid.

Palästinenser sollen vertrocknen und versalzen

Wie überall in der Region ist auch in Gasa Wasser mehr als knapp. Doch es kommt ein spezifisches Problem hinzu. Israel pumpt aus den Siedlungen gewaltige Mengen von Trinkwasser nach Israel. Die Siedlungen wurden in den Gebieten mit den besten Wasserreserven angelegt. Durch das Defizit im Wasserhaushalt, verursacht durch die beständige, die Neubildung übersteigende Entnahme, wird Meerwasser in das Grundwasser gedrückt und dadurch unbrauchbar gemacht. Viele Kulturen wie beispielsweise Zitrusfrüchte sind dadurch abgestorben. Der Prozess der Versalzung gewinnt an Geschwindig-

im Norden von Gasa hektarweise zerstörtes Land und vernichtete Bewässerungssysteme besichtigen. Bäume aller Art werden abgeschnitten und entwurzelt. Der Versuch der Bevölkerung abermals Kulturen anzulegen wird mit neuerlicher Verwüstung beantwortet.

Auch ist den Palästinensern der direkte Export ihrer Agrarprodukte de facto untersagt. Die israelischen Behörden verzögern die Lieferungen systematisch, so dass die Ware bei Ankunft verrottet ist. Daher müssen die Verträge über israelische Zwischenhändler geschlossen werden, die die Profite abschöpfen.

Ein eigener Hafen ist den Palästinensern bisher verweigert worden, der internationale Flughafen bei Rafah wurde durch Israel zerstört.

*Antiimperialistische Koordination
Wien, 10. Januar 2002*

Für das Recht des palästinensischen Volkes gegen die Besatzung Widerstand zu leisten!

Schlussfolgerungen der Antiimperialistischen Solidaritätsdelegation nach Palästina Aufruf für eine neuerliche Antiimperialistische Delegation

Vom 30. Dezember 2001 bis 6. Januar 2002 bereiste eine Delegation, deren Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Ländern kamen, und die von internationalen Solidaritätsbewegungen aus Mexiko und Russland unterstützt wurde, das besetzte Palästina.

Das Ziel der Delegation war ein doppeltes: Einerseits sollte sie den Teilnehmer die Möglichkeit geben sich vor Ort ein eigenes Bild von der Lage der Menschen und der Widerstandsbewegung zu machen und somit die Abhängigkeit von den gleichgeschalteten westlichen Medien abzuschütteln. Andererseits sollte sie unsere volle Unterstützung für den legitimen Kampf des palästinensischen Volkes gegen die zionistische Besatzung zum Ausdruck bringen. Beide Ziele wurden erreicht. Es war uns möglich die wichtigsten Brennpunkte des Konflikts, vor allem al Chalil (Hebron) und den Gasastreifen, zu besuchen, und die systematischen zionistischen Kolonisationsprojekte in Gaza, dem Westjordanland und Großjerusalem aus der Nähe zu sehen. Wir sind über zerstörtes Ackerland gefahren und haben Tausende von ausgerissenen Bäumen gesehen. Wir hörten Berichte über die Wasserknappheit, während die Israelis in großem Ausmaß Wasser aus dem Boden pumpen und konsumieren. Wir erlebten die strengen Bewegungseinschränkungen, denen Personen und Güter unterliegen, und die durch israelische Checkpoints, und Straßen, die nur von Militär und Siedlern befahren werden dürfen, gekennzeichnet sind. Kurz gesagt: Wir fühlten die tägliche Realität der Besatzung, die sich nur unter dem Begriff der Apartheid subsumieren lässt.

Durch die Teilnahme an einer Demonstration und Gesprächen, sowohl mit einfachen Leuten, als auch mit Vertretern von Widerstandsorganisationen verschiedener politischer Richtungen, konnten wir uns des weiteren davon überzeugen, dass

die Intifada, die Widerstandsbewegung des Volkes, nach wie vor lebendig ist und weitergeht. Im Gespräch mit den Organisationen und bei unserer Pressekonferenz im *Palestine Media Center* in Ramallah, über die in den palästinensischen Medien ausführlich berichtet wurde, hatten wir die Möglichkeit unserer Unterstützung für die palästinensische Sache Ausdruck zu verleihen.

Scharons langfristiger Plan

Eine Woche die palästinensische Realität zu erleben (siehe die Berichte über Westjordanland und Gaza) war ausreichend um sich eindeutig davon zu überzeugen, dass es Israel niemals um Frieden, sondern stets um die vollständige Kolonialisierung der 1967 besetzten Gebiete gegangen ist.

Der Plan wurde bereits kurz nach der Besatzung entworfen und seine Erfüllung wurde seitdem, egal welche Regierung gerade an der Macht war, weiter vorangetrieben. Dieser Plan beinhaltet einen geradezu wissenschaftlich und äußerst sorgfältig ausgearbeiteten Entwurf der Kontrolle des palästinensischen Territoriums mittels der Siedlungen. Tatsächlich wurde deren Errichtung nach den Friedensverhandlungen von Oslo weder gestoppt noch verlangsamt, wie man es eigentlich erwarten würde, sondern ganz im Gegenteil enorm beschleunigt, so dass die meisten der heute bestehenden Siedlungen erst nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages errichtet wurden. Während die direkte militärische Kontrolle der besetzten Gebiete für Israel langfristig zu teuer geworden wäre, wurde stattdessen beschlossen alle militärisch wichtigen Punkte mit israelischen Siedlungen zu besetzen, womit auch der Zugang zu allen natürlichen Ressourcen, vor allem dem Wasser, gesichert ist. Ein Netz aus Straßen, die dem Militär und den Siedlern vorbehalten sind, wurde errichtet, wodurch das palästinensische Ter-

ritorium in kleine Stücke zerteilt und jede Bewegung auf selbigem blockiert wird. Während der Aufbau von autonomen Gebieten als großes Zugeständnis an die Palästinenser verkauft wurde, war es tatsächlich viel mehr die Notwendigkeit die Palästinenser los zu werden, die Israel zu diesem Schritt bewogen hat, da die Vertreibung oder die Abschachtung des gesamten palästinensischen Volkes aus politischen Gründen nicht möglich gewesen wäre. Zu diesem Zweck wurden viele Palästinenser von ihrem Land vertrieben, und in extrem dicht bevölkerten, immer kleiner werdenden Zonen konzentriert, die in den extremsten Fällen kaum noch von Internierungslagern zu unterscheiden sind, und in denen die Palästinenser ihrer elementarsten Rechte beraubt werden – ähnlich den Bantustans während der Apartheid in Südafrika.

Die Frage, an der sich die rechten und linken Parteien der israelischen „Demokratie“ spalten, nämlich ob man diese Bantustans nun „palästinensischen Staat“ nennt oder nicht, wird vor diesem Hintergrund plötzlich ziemlich bedeutungslos. Während das palästinensische Volk seine Bereitschaft auf seine elementaren Rechte, wie sie in mehreren UN-Resolutionen (zum Beispiel der sofortige Rückzug der Besatzungstruppen) festgelegt wurde, zu verzichten um Frieden und einen souveränen Staat zu erreichen, war es nicht bereit die von den Zionisten angebotene Bantustan-Lösung zu akzeptieren und antwortete auf diesen „Vorschlag“ schließlich mit dem Ausbruch der zweiten Intifada.

Israel reagiert auf den Volksaufstand mit einer Welle der kollektiven Bestrafung und lässt die Situation somit in ungeahntem Ausmaß eskalieren. Unter dem Deckmantel des „Krieges gegen den Terror“, verübt Israel Verbrechen gegen die Menschlichkeit, in dem es Tausende Menschen tötet und Zehntausende verletzt, viele davon Kinder.

Internationale Solidaritätsbewegung

Der palästinensische Widerstand ähnelt dem Kampf Davids gegen Goliath. Während Israel die volle Unterstützung des Imperialismus hat, wird es den Palästinensern nur möglich sein ihre elementaren demokratischen Rechte zurück zu erobern, wenn sie sich die Unterstützung der proletarischen und Volksmassen sichern können, die weltweit gegen die Tyrannei des Westens kämpfen.

Zur Zeit sind viele Friedens- und Beobachtermissionen, oder Delegationen, die das Mittel des zivilen Ungehorsams gegen die israelische Besatzung einsetzen, in Palästina um gegen das anhaltende israelische Massaker zu protestieren. Das ist zwar im Vergleich zum Schweigen der vergangenen Jahre ein Schritt vorwärts, aber die Quintessenz all dieser Delegationen ist die Wiederaufnahme des „Osloer Friedensprozesses“, von dem die Geschichte gezeigt hat, dass er niemals ernst gemeint war, da bei ihm die wichtigsten Voraussetzungen für einen souveränen Staat, nämlich das Ende der Besatzung, das Recht der Vertriebenen auf Rückkehr und der Abriss der Siedlungen, nicht einmal diskutiert wurden. Indem es versucht neutral zwischen den beiden Seiten zu vermitteln setzt das

„Friedenslager“ die Voraussetzungen der beiden Konfliktparteien für einen dauerhaften Frieden gleich. Dieser Logik folgend versuchen die pazifistischen Gruppen, die gemäßigten Kräfte auf beiden Seiten zu stärken und die „Radikalen“ zu zügeln. Doch es ist offensichtlich, dass Israel eine kolonialistische Besatzungsmacht ist, während die Palästinenser ein besetztes Volk sind, das um seine elementarsten demokratischen Rechte gebracht wird.

Friede kann nur durch Gerechtigkeit erreicht werden – das war die wichtigste Losung einer Demonstration, an der die antiimperialistische Delegation teilnahm. Dieser Losung wirklich gerecht zu werden bedeutet auch sich bedingungslos auf die

Seite der Unterdrückten gegen den Unterdrücker zu stellen, ganz egal welche Mittel diese in ihrem legitimen Widerstand einsetzen um die Besatzung zu beenden (umso mehr, als es den Palästinensern ohnehin unmöglich ist sich mit schweren Waffen gegen die Angriffe einer der hochgerüstetsten Armeen der Welt zu verteidigen).

Die Tatsache, dass die offizielle, von Arafat angeführte Vertretung der Palästi-

ve der islamischen, der Volksbewegung (deren sofortige Freilassung wir fordern), verliert sie die Unterstützung des Volkes, das sich in der Intifada erhoben hat.

Die Geschichte hat gezeigt, dass Israel nicht bereit ist den Palästinensern irgendwelche bedeutenden Rechte zu garantieren, unabhängig von den Zugeständnissen, die den Zionisten gemacht werden – nur ein langwieriger Befreiungskampf wird schlussendlich zu Erfolgen führen.



Für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung

Deswegen muss die internationale Solidaritätsbewegung auf den elementaren demokratischen Forderungen des palästinensischen Volkes aufbauen:

Sofortiger Rückzug der Besatzungstruppen

Abriss der israelischen Siedlungen

Recht auf Rückkehr für alle Vertriebenen

Für einen souveränen Staat im Westjordanland und Gasa mit Jerusalem als Hauptstadt

nenser das schmutzige Spiel von Oslo akzeptiert und damit sogar sämtliche diesbezügliche UN-Resolutionen für nichtig erklärt hat, nur um für die in der sogenannten Palästinensischen Nationalbehörde (PNA) organisierte Bourgeoisie im Gegenzug einige Privilegien heraus zu schlagen, ändert rein gar nichts am Recht gegen die Besatzungsmacht Widerstand zu leisten, ein Recht, das sogar durch internationales Recht bestätigt wird. In dem Maß, in dem die PNA mit Israel kollaboriert, wie beispielsweise durch die kürzliche Festnahme von Ahmed Sa'adat, dem Führer der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP), sowie durch die Inhaftierung zahlreicher Führer und Kämpfer, inklusi-

Trotzdem ist uns klar, dass dauerhafter Friede und Sicherheit für die Bevölkerung in der Region letztlich nur durch einen demokratischen, säkularen Staat in ganz Palästina für beide Nationen erreicht werden kann, in dem die kolonialistische und imperialistische zionistische Bewegung besiegt und der ausschließlich „jüdische“ Staat Israel zerstört wird.

Wir rufen alle demokratischen und antiimperialistischen Kräfte dazu auf sich an einer neuen antiimperialistischen Solidaritätsdelegation zu beteiligen, die im Laufe dieses Jahres erneut nach Palästina aufbrechen wird.

Januar 2002

Ineinander verwoben und voneinander getrennt

**Im israelisch-palästinensischen Mikrokosmos herrscht
die Erste über die Dritte Welt auf engstem Raum**

Im Nahen Osten leben auf engstem Raum zwei Völker – ebenso ineinander verwoben wie voneinander getrennt. Denn nichts erscheint den Ideologen eines exklusiv jüdischen Staates bedrohlicher als allein der Gedanke einer israelisch-palästinensischen Symbiose. Ein ausgeklügeltes System sichtbarer und unsichtbarer Grenzziehung soll verhindern, dass sich die Wege der beiden Völker kreuzen.

Die Straße, die zwischen West- und Ostjerusalem verläuft, ist ein sichtbares Symbol der Trennung. Jüdische Siedlungen auf der einen, palästinensische auf der anderen Seite. Hüben sichtbarer materieller Wohlstand, drüben unübersehbar das Elend. Westlich der Straße eine moderne Infrastruktur, Einkaufszentren, Krankenhäuser, Kindergärten, östlich davon Einrichtungen, die den Palästinensern das Leben schwer machen: die Zentrale der Grenzpolizei, das Hauptquartier der israelischen Polizei und das Zentralgefängnis. Doch immerhin ist das eine der ganz wenigen Straßen, auf der Israelis und Palästinenser, wenn auch nicht freundlich, miteinander verkehren, auf der sich eine israelisch-palästinensische Verkehrskarambolage ergeben kann. Ab dem Checkpoint, dem Übergang von Jerusalem zu den besetzten Gebieten, trennen sich die Wege. Über die Brücke führt eine „By-pass-Straße“, die die jüdischen Siedlungen verbindet, darunter führt der Weg in die

Autonomiegebiete. Erstere repräsentiert die geschlossene Einheit von Israel und seinen Siedlungen, letztere verbindet Teile eines in Zonen mit unterschiedlichem Status zerstückelten Landes und bleibt damit unter israelischer Kontrolle.

Dieses Straßensystem verkörpert den Charakter des Landes. Es scheidet die Wege der beiden Völker, und es sichert die israelische Kontrolle über die Bewegungen der Palästinenser. An jedem Ort, wo Palästinenser und Israelis aufeinandertreffen könnten, werden umgehend Pläne für Umgehungsstraßen und Brücken erstellt. Die israelische Apartheidpolitik ist von wissenschaftlicher Präzision.

Strikte Separation

Jerusalem, so ein zionistisches Glaubensbekenntnis, sei die ewige, unteilbare Hauptstadt Israels. Doch die Unteilbarkeit folgt der Logik der Trennung. Es gibt keine Busrouten, die den westlichen mit dem östli-

chen Teil der Stadt verbinden. 30 Prozent der Bewohner Jerusalems sind Palästinenser, doch nur acht Prozent des städtischen Budgets fließen in die arabischen Wohnviertel. In der Altstadt kommen auf einen Israeli 15 Palästinenser, doch über deren Belange entscheidet ausschließlich die israelische Stadtverwaltung.

Die strikte Separation der Juden von den Palästinensern kommt keineswegs in einer scharfen Trennlinie zwischen West- und Ostjerusalem zum Ausdruck. Ostjerusalem wurde seit seiner Annexion 1967 zunehmend zu einem Teil Westjerusalems. Inzwischen leben 200.000 Juden im Ostteil der Stadt – bereits mehr als Araber. Das war keine spontane Bewegung, sondern eine zentral gesteuerte Besiedlungspolitik, die die Wanderbewegung von West nach Ost mit wirtschaftlichen Stimuli (billige Wohnungen auf hohem Standard) ankurbelte. Nach dem Sechstagekrieg 1967 wurde in Jerusalem rund ein Drittel arabischen Landes für den Bau von Siedlungen enteignet. 53 Prozent des verbliebenen Landes wurden zu Grünflächen umgewidmet. So grün wie Ostjerusalem ist keine andere Stadt der Welt. Ein Garten Eden. Doch für die Araber alles andere als das Paradies.

Auch die Osterweiterung Westjerusalems folgte den strengen Gesetzen der Apartheid. Zwei Lebenswelten, die einander nicht durchdringen, sondern sich in völliger Ausschließlichkeit gegenüberstehen. Die in der einen Welt leben, genießen die Vorrechte, die ihnen ein ideologisch hoch motivierter Staat einräumt; die jenseits davon darben, erleben den Staat nur in seiner repressiven Funktion. Nur selten verirrt sich die Müllabfuhr in die arabischen Viertel.

Die israelische Stadtplanung lässt deutlich erkennen, dass für die Palästinenser in Jerusalem keine Zukunft vorgesehen ist. Siedlungen mit einer hohen palästinensischen Bevölkerungskonzentration wurden aus Jerusalem ausgegliedert und von der Stadt abgeschnitten. Am schlimmsten aber wirkt sich das Bauverbot aus, das die israelischen Behörden für Palästinenser in Jerusalem verhängt haben. Jeff Hal-



Bewaffnete israelische Siedler in Hebron

per vom *Israeli Committee Against House Demolition* wusste einiges zu erzählen. Auf ihren eigenen Grundstücken wird den Palästinensern keine Baugenehmigung erteilt. Bauen sie trotzdem, dann leben sie fortan in ständiger Angst vor dem Bulldozer, der schon morgen vor der Tür stehen kann. Es kann aber auch zehn Jahre dauern, bis die Schreckensvision einer arabischen Familie Wirklichkeit wird. Ständig auf Koffern zu sitzen, in ständiger Angst vor den Terroristen in den Planiertrauben zu leben, dürfte kein sonderlich angenehmes Lebensgefühl sein. Auf einem Pulverfass lebt es sich kaum weniger komfortabel. Die Kosten für den Bulldozer-Einsatz werden von den Abrissfirmen nicht dem Staat berechnet, der dies in Auftrag gegeben hat, sondern den gerade ihres Hauses samt aller Einrichtungsgegenstände Entzogenen. Umgerechnet 11.500 Euro beträgt der Preis, der für die Beförderung in den Obdachlosenstatus zu entrichten ist.

Nirgendwo hat das Amt eines Wohnungsbauministers eine strategisch so bedeutsame Funktion wie in Israel. Das ist kein Amt für Sozialpolitiker und auch keines für Technokraten, das ist ein Amt für Militärstrategen, für Strategen der Landnahme und der „ethnischen Säuberung“. Als besonders berufen für diesen Posten erwies sich Ariel Scharon, der Ende der 1980er-Jahre die Weichen für die Judaisierung Ostjerusalems und der besetzten Gebiete stellte. Der Hardcore-Zionist wusste um die Grenzen ideologischen Engagements, sich auf fremdem Territorium niederzulassen um dort Erez Jisrael zu begründen. Die aktive Teilnahme an der jüdischen Besiedlung der Westbank sollte sich für die Eroberer auch rentieren.

Es entstanden äußerst komfortable Wohnviertel mit entwickelter Infrastruktur zu subventionierten Preisen. Inzwischen leben 400.000 jüdische Siedler in den von Israel 1967 eroberten Gebieten, 200.000 in Ostjerusalem und ebenso viele im Westjordanland. Doch nur 30 Prozent der Siedler, so Halper, seien dem ideologischen Motiv „Judäa und Samaria“ von den Arabern zu „befreien“ gefolgt. Neben den ideologischen Fanatikern haben sich zwei weitere Milieus in den Autonomiegebieten angesiedelt. Die ökonomisch motivierten Siedler und die Ultraorthodoxen. Letztere zählen zu den ärmsten Bevölkerungsschichten in Israel, da sie, die meiste Zeit im Gebet versunken, der Arbeit weitgehend entsagen. Ihnen, die erklärte Antizionisten sind, da sie die Gründung des

Staates Israel noch vor der Ankunft des Messias als Gotteslästerung empfinden, ist keine andere Wahl geblieben, als sich auf die Westbank transferieren zu lassen.

Den Palästinensern kann es, sieht man davon ab, dass sie von den ideologisch Getriebenen in ihrer physischen Existenz unmittelbar bedroht werden, ziemlich gleichgültig sein, welche Motive die Siedler bewegen, die sie umzingeln. Herrisch auf Anhöhen thronend, antiken Zitadellen gleich, zieht sich der Siedlerwall durch palästinensisches Land, erdrückt die Keimformen palästinensischer Unabhängigkeit und erniedrigt die Autonomiegebiete zu voneinander isolierten Bantustans.



Die Rechnung von Oslo

„Land für Frieden“ lautete die Formel von Oslo, die direkt in die – nach 1948 und 1967 – dritte palästinensische Katastrophe führte. Die Israelis wussten, dass es nicht um Land, sondern um die Kontrolle über das Land geht. Darauf beruhte ihre Verhandlungsstrategie. Nach dem Scheitern von Camp David erzählte der damalige israelische Premier Ehud Barak einer verdutzten Weltöffentlichkeit, dass er Arafat 95 Prozent der 1967 besetzten Territorien angeboten, dieser aber abgelehnt habe. Damit gab er zu verstehen, dass die Palästinenser, maßlos und kompromissunwillig, wie sie sind, eine historische Chance an lächerlichen fünf Prozent scheitern ließen. Abgesehen davon, dass 95 Prozent arg übertrieben sind, stellt sich auch die Frage nach der Qualität der fünf Prozent. Können fünf Prozent mitunter bedeutsamer sein als 95 Prozent? Jeff Halper verglich die Situation in den Autonomiegebieten mit der eines Gefängnisses. 95 Prozent des Raumes einer Strafanstalt werden

von Häftlingen eingenommen und fünf Prozent von der Gefängnisadministration. Aber bedeutet das, dass die Häftlinge die Souveränität ausüben? Sind nicht diejenigen die souveränen Herrscher über die Anstalt, die die Gefangenen daran hindern, diesen Ort zu verlassen?

In Camp David hätte der Sack zugemacht werden sollen. Doch Arafat widerstand im letzten Augenblick der Versuchung Präsident eines Staates zu werden, dessen Souveränitätsrechte nur auf Leihbasis zu haben gewesen wären, eines Staates, der, verwoben mit den jüdischen Siedlungen als Elementen seiner ständigen Negation, über kein einheitliches Territo-

rium verfügt und dessen Gewaltmonopol einer übergeordneten Macht unterstanden hätte. Die Gründung eines solchen Staates hätte einen unerträglichen Zustand dauerhaft festgeschrieben, einen während des siebenjährigen „Friedens“prozesses entstandenen Zustand, der sich als schlimmer erwiesense hatte als das Regime der uneingeschränkten militärischen Okkupation. In diesen Jahren hatte sich die Zahl der Siedler verdoppelt, war ein ausgeklügeltes Apartheidsystem entstanden, das in einem Straßennetz seine Vollendung fand, das den Israelis großzügige Umgehungsstraßen bietet, die die Autonomiegebiete durchschneiden und die Bewegungsfreiheit der Palästinenser im gleichen Ausmaß einschränken, wie sich der Siedlerverkehr entfaltet.

Auch wenn sich allein die Idee einer eigenständigen palästinensischen Staatlichkeit jahrzehntelang außerhalb der Vorstellungswelt der zionistischen Eliten befand: Einem unter Bedingungen palästinensischer Inferiorität entstandenen Staat hätten sie die Zulassung kaum verweigert.

Er wäre aus ihrer Sicht die optimale Lösungsvariante des palästinensischen Problems gewesen, mit dem das zionistische Projekt von Beginn an konfrontiert war. Das palästinensische Problem, das sind drei Millionen Palästinenser, die der jüdische Staat nicht integrieren und nicht an seinen sozialen Dienstleistungen teilhaben lassen will. Das treibende Motiv, das Israel den Oslo-Weg beschreiten ließ, bestand in der weitgehenden Verdrängung des arabischen Elements aus der israelischen Gesellschaft. Gleichzeitig galt es zu verhindern, dass ein wirklich unabhängiger, lebensfähiger palästinensischer Staat entsteht. Ethnische Separation bei anhaltender israelischer Überlegenheit war und bleibt zionistischer Konsens. Noch nie war diese Überlegenheit so drückend wie jetzt.

Am Anfang der Verhandlungen von Oslo stand das mündliche Versprechen von Außenminister Peres an Arafat die jüdische Besiedlung einzufrieren. Der PLO-Vorsitzende beließ es dabei und machte die Siedlungen nicht zum Verhandlungsthema. In Wirklichkeit aber bildete Oslo den Auftakt zu einer zuvor kaum für möglich gehaltenen Siedler-Expansion. Um den Wortbruch nicht zu deutlich werden zu lassen, bediente sich die israelische Führung des äußerst fadenscheinigen Arguments vom „natürlichen Wachstum“. Wie schnell die Bevölkerung einer Siedlung auf natürliche Weise anwachsen kann, demonstrierte Halper am Beispiel von Kochav Ja'akov auf einem Hügel nahe Jerusalem, wo sich 1.500 Anhänger des rechtsextremen *Blocks der Getreuen (Gusch Emunim)* niedergelassen haben. So schnell, dass plötzlich Bedarf für den Bau einer Siedlung am benachbarten Hügel bestand, wo 30.000 Menschen angesiedelt werden sollen. Der Umstand, dass es sich bei diesen um Ultraorthodoxe, also um ein völlig anderes Siedlermilieu als die *Getreuen* handelt, macht es umso schwerer an ein „demographisches Wunder“ zu glauben.

„Metropolitan Jerusalem“

Die Einkreisung Ostjerusalems durch jüdische Siedlungen folgt dem Projekt Großjerusalem, dem sich besonders die „Links“-zionisten von der Arbeitspartei verschrieben haben. Während Sharon und die Seinen unbeirrbar am Dogma von Jerusalem als der ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels festhalten, vertritt das zionistische „Friedenslager“ eine Positi-

on, die zwar weniger dogmatisch ist, in ihrem Kern aber ein noch aggressiveres Raumeroberungskonzept beinhaltet. Geben wir den Palästinensern doch Ostjerusalem und lassen sie dort in ihrem eigenen Dreck ersticken, lautet die Ausgangsthese der „Moderaten“. Das würde Israel von der Verpflichtung entbinden, den Arabern Jerusalems früher oder später das Recht auf Staatsbürgerschaft einzuräumen. Wichtiger als die territoriale Einheit des gegenwärtigen Stadtgebietes sei die Kontrolle über Großjerusalem. Dieses würde neben den jüdischen Siedlungen in Ostjerusalem auch die Siedlungen rund um die Hauptstadt umfassen. Das ergäbe summa summarum eine jüdische Mehrheit von 87 Prozent, während sie im eigentlichen Stadtgebiet nur 67 Prozent ausmacht. Und die Welt wäre endgültig vom israelischen Friedenswillen überzeugt.

Unter der Bezeichnung „Metropolitan Jerusalem“ greift das hegemonistische Projekt noch weit über Ostjerusalem hinaus, der Absicht folgend die anliegenden Autonomiegebiete als Arbeitskräftereservoir mit einzubeziehen. Rund um Jerusalem sind riesige Industriezonen entstanden, die billige arabische Arbeitskraft magisch anziehen. Zu den größten Investoren gehören prozionistische christliche Fundamentalisten aus den USA. Management und technisches Personal werden weitgehend von den Siedlern gestellt. Der Entwicklung einer eigenständigen palästinensischen Industrie wurde damit endgültig die Basis entzogen. Überzeugender hätte das südafrikanische Bantustan-System auf die palästinensischen Verhältnisse nicht übertragen werden können.

Die Ausbeutung arabischer Lohnarbeit entspricht nicht der ursprünglichen Absicht der zionistischen Kolonisation. Nicht die Ausbeutung arabischer Arbeitskraft, sondern deren Verdrängung war das ideologisch motivierte Ziel. So sollte Platz geschaffen werden für die Entwicklung einer spezifisch jüdischen Klassengesellschaft. Oder aber einer spezifisch jüdischen klassenlosen Gesellschaft, wie es Teilen der Kibbuz-Bewegung vorschwebte. Ob links oder rechts, dem kolonialistischen Modell einer exklusiv jüdischen Gesellschaft hingen beide Strömungen an. Allein dem realen Kapitalismus war es bislang vorbehalten, gewisse Dogmen der zionistischen Gründergeneration gründlich zu blamieren. Auch wenn der Markt seine

Legenden zerstört und seine staatskapitalistischen Institutionen aus der Aufbauphase zersetzt hat, ist der Zionismus nicht schwächer geworden. Es mag schon stimmen, dass der Markt keine Ethnien kennt. Doch als Ort der Produktion und Reproduktion von Kapital produziert und reproduziert der Markt auch Herrschaftsverhältnisse, die von einer Klasse über die andere ausgeübt werden und im Weltmaßstab von herrschenden über unterdrückte Nationen. Im israelisch-palästinensischen Mikrokosmos herrscht die erste über die dritte Welt auf engstem Raum. Das erfordert eine Apartheid in höchster Perfektion.

Die Apartheid in Südafrika trennte Menschen mit weißer von Menschen mit schwarzer Hautfarbe. In Israel/Palästina gibt es hell- und dunkelhäutige Juden – der innerisraelische Rassismus ist ein Thema für sich – und ebenso hell- und dunkelhäutige Palästinenser. Hier manifestiert sich das System der Ausgrenzung in den unterschiedlichen Farben der Ausweispapiere. Die Bewohner Jerusalems haben blaue Dokumente und damit Bewegungsfreiheit im ganzen Land. Palästinenser, die jenseits der Stadtgrenzen leben, haben grüne oder orange Ausweise und keine Bewegungsfreiheit. Eine spezielle Genehmigung zum Überschreiten der Kontrollposten erhält nur, wer über 35, männlich und verheiratet ist, Kinder hat und noch nie mit den israelischen Sicherheitskräften in Berührung gekommen ist. Zudem muss der Arbeitgeber um die Erlaubnis nachsuchen. Wer – aus welchen Gründen auch immer – gefeuert wird, hat seine Arbeitserlaubnis verwirkt. So können die Unternehmer die Löhne beliebig festsetzen und ein unüberwindbares System der Abhängigkeit herstellen.

Ein dermaßen perfektes Unterdrückungssystem erfordert einen gigantischen Apparat. Die Unsummen, die er verschlingt, lassen sich nur ahnen. Der Nahost-Konflikt ließe sich entscheidend entschärfen, würde nur ein Teil davon in die Entwicklung Palästinas investiert werden. Doch dazu ist der zionistische Staat aus den Bedingungen seiner Existenz heraus weder fähig noch willens. Seine Aufgabe sieht er nicht darin die Emanzipation der Palästinenser zu fördern, sondern sie zu verhindern. Würde er anders handeln, wäre er nicht mehr er selbst.

Werner Pirker (Journalist in Wien)

Wafa' Idris: Die Antwort

Porträt einer Palästinenserin, die für ihr Volk lebte und starb

Für den Herzinfarkt, den Polizeichef des besetzten Jerusalem am 27. Januar erlitten hat, gibt es mehrere Gründe. Einer von ihnen war wohl, dass all seine Maßnahmen gegen die Widerstandsaktionen der Palästinenser in seinem Viertel gescheitert sind. Das belegen eine Reihe von Operationen, in denen Palästinenser die Blockade der arabischen Städte sowie Dörfer und Jerusalems durchbrachen. Diese sind als Antwort auf die Morde, Zerstörungen und täglichen Erniedrigungen zu verstehen, die das Regime Scharons unserem Volk antut, um den Widerstand gegen die Besatzung zu erwürgen. Innerhalb der letzten Monate erfolgte eine Serie von Anschlägen unter anderem im gleichen Viertel in Westjerusalem und fast am gleichen Ort: Jaffa-Straße Ecke Ben-Jehuda-Straße.

Die 28-jährige Palästinenserin Wafa' Idris sprengte sich am 27. Januar in die Luft, riss einen Israeli mit sich in den Tod und verletzte ein Duzend weitere. Sie brachte damit alle Kalküle der israelischen Sicherheit und Politik durcheinander.

Wer ist Wafa' Idris?

„Meine Schwester beobachtete mit eigenen Augen, wie Menschen durch die Kugeln der Besatzungssoldaten erlegt wurden. Wenn sie nach Hause kam, sah sie im Fernsehen alle Repressions- und Mordarten, denen unser Volk ausgesetzt ist. Das muss sie beeinflusst haben, sodass sie beschloss, etwas zu unternehmen, um darauf eine Antwort zu geben“. So fasste der 35-jährige Chalil Idris, der Bruder von Wafa' ihre Motive zusammen.

Wafa' Idris gilt als die erste palästinensische Frau, die einen „Selbstmordanschlag“ unternommen hat. Wafa' wurde im Flüchtlingslager Ama'ari bei Ramallah geboren. Ihre Familie ist eine der vielen, die im Jahr 1948 aus ihren Städten und Dörfern vertrieben wurden, als die Zionisten den Staat Israel in Palästina gründeten. Sie war noch ein Kind, als ihr Vater starb. Ihre Mutter hatte sie während der ersten Intifada (1987-1993) von der Schule ferngehalten, „damit sie nicht an den lebensgefährlichen Demonstrationen teilnimmt“. Sie war Mutter von drei Kindern, 1999 nach einer 10-jährigen Ehe geschieden und hatte ein Medizinstudium begonnen. Sie arbeitete seit damals als Freiwillige beim palästinensischen Roten Halbmond. Seit dem Neu-

beginn der Intifada am 28. September 2000 war sie im Rettungseinsatz tätig gewesen um Erste Hilfe für die unzähligen Verletzte zu leisten. Sie musste den Tod vieler Jugendlicher und sogar einiger Kollegen mit ansehen, die im Kugelhagel der Besatzungsarmee tödlich getroffen wur-



den. Auch sie selbst wurde bei einem Rettungseinsatz von einem Gummigeschoss getroffen. Am Sonntag, dem 27. Januar verließ sie ihre kleine Wohnung im Flüchtlingslager und sagte der Familie, sie werde sich verspäten. Es dauerte drei Tage bis bekannt wurde, dass der unidentifizierte weibliche Körper in der Jaffa-Straße jener von Wafa' war. „Als ich in den Medien hörte, dass es eine Frau war, dachte ich gleich an sie. Denn nur das kann ihre Abwesenheit erklären. Meine Tochter ist eine Heldin, eine Märtyrerin“, sagte ihre Mutter den Journalisten. Obwohl die Aqsa-Brigaden (der militärische Flügel der Fatah-Bewegung) für die Operation die

Verantwortung übernahmen, bezeugen die Verwandten von Wafa', dass sie nicht Mitglied irgendeiner Organisation war, jedoch kann keiner erklären, wie sie zu dem Sprengstoff kam.

Wafa' war nicht religiös. Laut ihrer Schwester Manal trug sie kein Kopftuch und sie betete auch nicht. „Sie war eine normale Person und hatte einen starken Charakter. Sie war zwar sehr aktiv, aber keiner hätte gedacht, dass sie so einen Anschlag unternehmen würde“.

Die Aktion von Wafa' Idris eröffnete sowohl im palästinensischen als auch im zionistischen Lager mehrere Debatten. Sie ist zunächst wiederum als Antwort auf die zunehmende israelische Repressionspolitik, die die Form von Kollektivstrafen annimmt, zu verstehen. Die Aktion zeigt, dass die Verschärfung der Blo-

ckaden und die kollektiven Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die Morde an Aktivisten und das Bombardieren von Städten und Dörfer der Sicherheit der Israelis nicht dienen können, sondern diese eher gefährden. Denn mit der Eskalation der Repression nimmt auch die Zustimmung der Palästinenser zu solchen Widerstandsaktionen zu und es bieten sich weitere Bereiche der palästinensischen Gesellschaft für Selbstmordattentate an. Während alle früheren Selbstmordattentate von Aktivisten der Hamas oder des Dschihad durchge-

führt wurden, gilt die Aktion von Wafa' Idris als die erste, die von Fatah ausging. Am 16. Februar sprengte sich ein 22-jähriger Aktivist der linken PFLP in einer israelischen Siedlung im Westjordanland in die Luft, tötete zwei Siedler und verletzte weitere dreißig. Auch unter den Frauen nimmt die Zustimmung und die Bereitschaft zu diesen Aktionsformen zu: So zeigten letzte Umfragen, dass 96% der Universitätsstudentinnen die Selbstmordattentate befürworten. Dies erklärt sich durch den hohen Verlust an Verwandten, durch die Zerstörungen von Häusern und das Erlebnis von den täglichen Erniedrigungen an den Militärsperren.

Frauen im Widerstand

Dies eröffnete weiters eine palästinensische Debatte über die Art der Teilnahme der Frau am Widerstand. Während Ahmad Jassin, der geistliche Führer der Hamas-Bewegung sich wegen „religiöser Restriktionen hinsichtlich des Alleinreisens von Frauen“ dagegen aussprach, betrachteten andere politische Führungen der Palästinenser sowie viele weibliche Aktivistinnen die Teilnahme der Frauen an Selbstmordattacken als ein Teil des Rechts der Frau auf Widerstand. In einer Debatte im arabischen Sender al-Dschasira erklärte etwa Leila Chaled, dass die Rolle der Frau im Widerstand immer wichtig war, auch wenn sie nicht hervorgehoben wurde. Auf die religiösen Einwände Jassins antwortete sie: „Eine Frau, die am Widerstand teilnimmt, braucht keine männliche Begleitung, denn im Gefängnis wäre sie auch allein!“ Leila Chaled selbst führte im Jahr 1969 zwei Flugzeugentführungen durch, die die Medienaufmerksamkeit auf die Palästina-Frage lenken konnten. In der langen Kampfgeschichte der Palästinenser gab es



Dalal Mughrabi führte 1978 eine berühmte Kommandooperation vom Libanon aus gegen Israel

eine Reihe von Frauen, die direkt am bewaffneten Kampf gegen die Besetzung und die Kolonialisierung des Landes teilnahmen. Am bekanntesten sind Fatima Ghazal, Muhiba und Arabija Chorshid (1947), Schadia Abu Ghazaleh (1967), Leila Chaled (1969), Dalal Mughrabi (1978), Itaf Junis (1979 verhaftet), Itaf Allajan (1984 verhaftet), Abir Wahidi (1992 verhaftet) und viele andere, die an allen Arten von Widerstandsaktionen teilgenommen haben. Ebenfalls erwähnenswert ist, dass die erste Selbstmordsattacke gegen israelische Besatzungssoldaten von Sanaa Muheidali durchgeführt wurde, einer linken libanesischen Frau, die 1983 mit einem mit Sprengstoff beladenen Auto gegen eine israelische Militärsperre im damals besetzten Südlibanon fuhr und mehrere Soldaten mit sich in den Tod riss. Diese Operation galt als die Geburt des libanesischen Widerstands gegen die Besetzung.

Israelische Debatte

Im israelischen Lager war die Debatte tiefgreifender. Es wurden Fragen gestellt, die früher in der israelischen Gesellschaft als Tabu galten.

Zunächst fand die übliche sicherheitspolitische Debatte über den Sinn der bisherigen Sicherheitsmaßnahmen zwischen denjenigen, die für schärfere Maßnahmen und sogar für Massenvertreibung plädieren, und denjenigen, die das Scheitern einer militärischen Lösung bereits einsehen und für eine politische stehen, statt. Während die ersten zunehmend auf Vergeltung und weniger auf umfassende Sicherheitspolitik setzen, was eine Verlängerung des Konfliktes durch Gegenvergeltung usw. bedeutet und dem israelischen Bürger keine echte Sicherheit bieten kann, begreifen die zweiten langsam, dass eine politische Lösung nur auf dem Ende der Besetzung der im Jahr 1967 besetzten Gebieten basieren kann. Das Wiedererwachen des Friedenslagers, das auf die zweite Variante setzt, hat lange auf sich warten lassen und entfaltet sich zu langsam, wird jedoch durch das Scheitern der militärischen Variante, also durch das Durchhalten des palästinensischen Widerstands und seine Fähigkeit dem Besatzer weitere Verluste zuzufügen, beschleunigt. Die Stimmen, die einen sofortigen einseitigen Rückzug aus den arabischen Gebieten (wie im Südlibanon) fordern, werden lauter. Es wird immer deutlicher zu sehen, dass die Lösung der Palästina-Frage nur eine politi-



Wafa's Mutter: „Ich bin stolz auf meine Tochter.“

sche sein kann und dass die Versuche den Konflikt als eine israelische Sicherheitsfrage darzustellen und zu lösen nur zu weiterem Schaden führen können.

Es wurde auch zum ersten Mal die Phrase vom „unteilbaren Jerusalem“ in Frage gestellt, zwar nicht im politischen Sinne, sondern als Sicherheitsmaßnahme. Israelische Politiker sprachen über die Trennung arabischer und jüdischer Viertel Jerusalems. Erst als man die politische Bedeutung dieses Vorschlags begriff, wurde dieser zurückgezogen.

Politische Bedeutung

Das Selbstmordattentat von Wafa' Idris und das folgende der PFLP beweisen, dass der Kampf der Palästinenser auf der Erde und nicht um den Himmel abläuft. Es handelt sich nicht um religiöse Fanatiker, die sich und anderen umbringen, um ins Paradies zu gelangen, sondern um Menschen, die mit jedem Mittel gegen die Besetzung ihres Landes und gegen die unmenschlichen Umstände dieser Besetzung kämpfen. Die Verzweiflung der Methoden ist nur ein Ausdruck der Verzweiflung eines Volkes, dem jede Lebensgrundlage tagtäglich und systematisch entzogen wird. Die Kampfmotive sind nicht vorrangig religiös, sondern in erster Linie politisch und menschlich.

Ali Nasser
(palästinensischer Aktivist in Wien)

Die italienische Zivilgesellschaft in Palästina

In Italien existiert eine breite Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk, die teilweise selbst von den Institutionen ausgeht. So sind die Behörden auf regionaler, kommunaler oder Provinzebene zahlreich – die meisten von ihnen sind dem Mitte-Links-Bündnis zuzurechnen (Christlichsoziale und Linksdemokraten, in einigen Fällen auch *Rifondazione Comunista*, die Partei der Kommunistischen Neugründung), die vor allem seit dem Ende der ersten Intifada Aktivitäten zur palästinensischen Frage entwickelt haben. Dazu zählen die Entsendung von Delegation, die Organisation von Repräsentantentreffen beider Seiten, die Bereitstellung von Geldern für humanitäre Projekte, um die Lebensbedingungen der Palästinenser, unter ihnen vor allem die der Flüchtlinge, zu verbessern, die Unterstützung verschiedenster pazifistischer Vereine und Organisationen, die zu dieser Frage aktiv sind, sowie die Verabschiedung von Resolutionen, die den Respekt der UNO-Resolutionen, der Menschenrechte und des Rechts auf Selbstbestimmung der Palästinenser einfordern.

Bei all diesen Aktivitäten stößt man jedoch sehr bald an ihre politischen Grenzen, nämlich die Position der absoluten Äquidistanz. Auch wenn dies teilweise in der Natur von Institutionen liegen mag, so fällt doch das Fehlen jeglicher klarer Verurteilung der israelischen Besetzung auf. In Zeiten der Intifada wird da etwa ein „Waffenstillstand“ auf beiden Seiten beschworen. Israel wird als vermeintlich demokratischer Staat zum Respekt der Menschenrechte der Palästinenser aufgefordert und dazu, die notwendigen Schritte zum Aufbau eines demokratischen palästinensischen Staates zu setzen, der mit seinem Nachbarn friedlich zusammenleben soll. Die Palästinenser werden wiederum dazu aufgefordert, die Waffen abzulegen und die „Terroristen“ zu isolieren, um der Wiederaufnahme der Verhandlungen nichts in den Weg zu legen. Dabei wird allerdings geflissentlich verschwiegen, dass bei den bisherigen Verhandlungen niemals von einer Gleichstellung der beiden Seiten die Rede sein konnte. Es kommt jedoch noch schlimmer: Beide Seiten werden dazu aufgefordert, gegenseitig Zugeständnisse zu machen, mit der Perspektive der Losung „zwei Völker, zwei Staaten“, während in Wirklichkeit die Palästinenser nichts zuzugestehen haben. Die vier Punkte, die unseres Erachtens für einen gerechten Frieden unabdingbar sind, werden niemals als Forderungen genannt. Der Grund des Konflikts wird im Elend geortet, das mittels Hilfslieferungen oder Investitionen in den „Gebieten“ gelindert werden soll (es wird nie von „besetzten

Gebieten“ gesprochen) und dank derer sich die Situation bald verbessern würde. Es wird ebenso wenig darüber gesprochen, dass das Elend, in dem der Großteil des palästinensischen Volkes zu leben hat, nicht vom zynischen Schicksal verursacht wurde, sondern von der Besetzung, die jegliche Entwicklungsmöglichkeiten im Keim erstickt.

In Italien haben verschiedene Gemeinden und Provinzen das *Coordinamento Enti Locali per la Pace* (Koordination der Lokalen Behörden für den Frieden) ins Leben gerufen, dessen Vorsitz die Provinz Perugia inne hat. Die Koordination spiegelt ebenfalls die „weder-noch“-Position der Behörden, aus denen sie sich zusammen-

setzt, wider. Auch hier war nie die Spur von einer Analyse der Unterdrückungssituation der Palästinenser als Ausdruck und Parallele der imperialistischen Unterdrückung der Mehrheit der Menschheit zu bemerken.

Oft finden sich auch Strukturen der Palästina-Solidarität in den beiden wichtigsten Linksparteien, den Linksdemokraten und *Rifondazione Comunista* (die Erben der historischen PCI), sowie in zahllosen Solidaritätskomitees und -vereinen mit pazifistischer, kultureller, gewerkschaftlicher, religiöser sowie Menschenrechtsausrichtung. Viele von diesen Strukturen wurden spezifisch zur Palästinafrage gegründet, bezeichnen sich selbst oft als überparteilich, doch letztendlich haben sie immer Verbindungen zu den beiden oben genannten Parteien sowie zu der ihnen nahe stehenden Gewerkschaft CGIL. Die wichtigsten sind auch Mitglieder der *Tavola della pace* (Friedenstisch), der, da er sich mit Krieg und Frieden beschäftigt, zwangsläufig auch das Thema Palästina behandeln muss. Der *Friedenstisch* wird vom äquidistanten Pazifismus beherrscht, der sich darauf beschränkt, beide Seiten dazu aufzufordern, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und einander entgegenzukommen. Erst ein Jahr nach Beginn der zweiten Intifada und nachdem sie zahlreiche Delegationen entsandt haben, beginnen einige dieser Organismen sich gewisse



Antiimperialistischer Block in Genua 2001

Fragen zu stellen und ihr äquidistantes Verhalten ein wenig zu modifizieren, auch wenn der Konflikt Israel-Palästina nicht im Kontext des permanenten Krieges gesehen wird, den der Imperialismus zu führen gezwungen ist, um 4/5 der Menschheit im Stadium der Unterdrückung zu halten. So sprechen viele dem Befreiungskampf der Palästinenser und somit der Intifada ihre Unterstützung aus, unterscheiden diese aber genau vom „Terrorismus“, vor allem dem islamischen, der nicht als Teil dieses Kampfes betrachtet wird.

Das größte Verdienst dieser Organisationen und ihrer Aktivitäten ist es vor allem mittels der humanitären Solidarität dazu beigetragen zu haben in den Palästinensern die Überzeugung und den Willen zu stärken trotz allem weiterhin in ihrem Land leben zu wollen. Auch die Entsendung der zahlreichen Solidaritätsdelegationen hat dazu beigetragen einen Großteil der italienischen Gesellschaft zur Palästina-Frage zu sensibilisieren und korrektere Informationen als die in den Medien erhältlichen zur Verfügung zu stellen. Die große politische Schwachstelle liegt in der Tatsache, dass die humanitäre Solidarität nicht in umfassendes politisches Bewusstsein umgewandelt werden konnte. Tatsächlich gehen die offiziellen Positionen dieser Organisationen nicht über die Äquidistanz von beiden Seiten, sowie über die Gleichsetzung der gewalttätigen Aktionen der Palästinenser – meistens als Terrorismus bezeichnet – mit der Gewalt der Besatzer hinaus, die in den meisten Fällen nur als militärisches Instrument verstanden wird, während ihr territorialer und politischer Aspekt kaum Beachtung findet.

Die Folgen dieser Herangehensweise sind 1. die vollkommen undifferenzierte Fixierung auf den Osloer-Prozess, der von allen Seiten stürmisch begrüßt wurde, ohne dass bemerkt wurde, dass er nur die Vorbereitung auf die heutige Situation der „Bantustans“ in den palästinensischen Gebieten war und dass die Besetzung tatsäch-

lich nie aufgehört hat; 2. ein fast blindes Vertrauen in die israelische Linke, ohne zu sehen, dass gerade sie es war, die jedwede Möglichkeit einer tatsächlichen palästinensischen Souveränität zumindest in Gaza und im Westjordanland sabotiert hat und damit der Rechten und Sharon den Weg ebnete, dem jetzt die gesamte Verantwor-

ponente des *Genoa Social Forum*, also die *Tute Bianche* (Weiße Overalls) und die *Centri sociali* (Sozialen Zentren) Norditaliens, haben jedoch bis Ende des Vorjahres die Position vertreten, dass es anachronistisch wäre, weiterhin von einem unabhängigen und souveränen Staat Palästina zu sprechen, da heute das Problem des Staates

bereits überholt sei. Sie haben auch folgerichtig nie an den verschiedenen Initiativen und Demonstrationen in Solidarität mit dem palästinensischen Volk teilgenommen, seien diese lokal oder national. Doch seit Jahresbeginn haben auch diese politischen Kräfte begonnen, an Delegationen teilzunehmen und so eine größere Sensibilität für das Problem zu zeigen.

Mariagrazia
 Ardizzone
 (Mitglied der
 Antimperialistischen Koordination
 Italien)



tung für die derzeitige Situation zugeschrieben wird; 3. ein ständiges Anrufen der UNO und der Europäischen Union um die Entsendung einer internationalen Schutztruppe zu erreichen, ohne genaues Mandat und ohne zeitliche Beschränkungen und daher mit dem Risiko, dass eine solche Kraft nur den Waffenstillstand überwachen und die Menschenrechtsverletzungen in Schranken halten kann und daher letztlich zur „Normalisierung der Besetzung“ beitragen würde.

In den letzten Monaten war eine leichte Veränderung der Positionen dieser Organisationen zu bemerken, die wohl mit der Verschärfung des Klimas unter der israelischen Rechtsregierung in Zusammenhang steht, andererseits jedoch auch mit der Tatsache, dass die Linksdemokraten nicht mehr in der italienischen Regierung vertreten sind und daher viele ihnen nahe stehende Organisationen nicht mehr fürchten müssen, ihre Partei vor der internationalen Gemeinschaft zu brüskieren.

Viele Komitees oder Vereine, die sich im Laufe ihrer Existenz auch mit Palästina beschäftigt haben, sind während der Protesttage in Genua im *Genoa Social Forum* zusammengefloßen. Die Hauptkom-

Die Antimperialistische Koordination (AIK) ist ein internationaler Zusammenschluss verschiedener anti-imperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein antiimperialistisches Sommerlager organisiert.

Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zu Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne, die auf folgender Basis geführt wird:

- Stoppt das Massaker in Palästina!
- Bedingungsloser Abzug der zionistischen Besatzungsmacht aus allen arabischen Gebieten!
- Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes!
- Für das Recht auf Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge!

Das Gitternetz

Von Jeff Halper*

In Ostasien gibt es ein Spiel namens „Go“ oder „Weiqi“. Das Ziel bei Go ist anders als beim europäischen Schachspiel, bei dem die beiden Gegner jeweils versuchen den anderen zu besiegen indem sie die gegnerischen Figuren schlagen: Bei Go gewinnt man nicht dadurch, dass man die gegnerischen Steine vom Spielbrett nimmt, sondern dadurch, dass man den Gegner bewegungsunfähig macht indem man strategische Punkte am Spielfeld kontrolliert.

„Frieden“

Der durchschnittliche Israeli hat keine Vorstellung von diesem Netzwerk, und daher bedeutet „Frieden“ für die meisten Israelis, das Minimum an Territorium aufzugeben, das die Palästinenser „zufrieden stellt“ und Schuss macht mit dem „Terrorismus“. Die Palästinenser haben sich in hohem Maß an dieses Netzwerk angepasst und sind sich seiner bewusst, da sie bei jeder Bewegung an die Grenzen stoßen, das es ihnen auferlegt. Um es zu überwinden, müssen sie es als umfassendes System der Kontrolle und Herrschaft verstehen. Netanjahu hat sein „feilschen“ um jedes Prozent des Territoriums oft damit gerechtfertigt, dass nur ein Prozent der Fläche des Westjordanlandes der Größe von Tel-Aviv entspricht. Die Palästinenser müssen verstehen, dass sie vielleicht 99 Prozent der besetzten Gebiete von Israel überlassen bekommen und es dennoch nicht gelingt, das Netzwerk der Herrschaft und Kontrolle zu zerstören. Selbst eine Fläche in der Größe von Tel-Aviv, aufgeteilt auf zehn oder zwanzig Kontrollpunkte, würde den palästinensischen Staat seiner Lebensfähigkeit berauben. Nicht allein die Fläche ist entscheidend – obwohl ein zusammenhängendes Gebiet die Grundvoraussetzung für einen lebensfähigen Staat ist –, sondern die Beseitigung der Punkte, an denen das Netzwerk der Kontrolle aufgespannt ist, ist ebenso unerlässlich.

Siedlungen

Die Struktur und die Funktionsweise des Netzwerks ist äußerst subtil, und man muss eine genaue Analyse durchführen um es zu beseitigen. Einige Kontrollpunkte sind ganz offensichtlich. Die Siedlung Ma'aleh Adumim spielt eine wichtige Rolle um ein „Großjerusalem“ zu schaffen und den territorialen Zusammenhang zu unterbinden. Die Zone E-1 umfasst dreizehn Quadratkilometer, die Israel nach den Wahlen annektiert hat um Ma'aleh Adumim an Jerusalem anzuschließen. Unter den verschiedenen Projekten, mit denen Israel die „Lücke“ schließen will, sind u. a. zehn Hotels, Tourismus-Einrichtungen, ein Unterhaltungs- und Sportzent-

Und das ist es, was Israel mit den Palästinensern im Westjordanland, im Gasastreifen und in Ostjerusalem macht. Seit 1967 hat es einen Raster angelegt – ähnlich dem Gitternetz auf einem Go-Spielbrett –, der die palästinensische Bevölkerung praktisch bewegungsunfähig gemacht hat. Dieser Raster besteht auf mehreren Ebenen.

Der Raster

Die erste Ebene ist die physische Kontrolle über alle wichtigen Punkte, von denen das Gitternetz gespannt wird: Siedlungen und ihre großzügigen „Flächenwidmungspläne“; ein dichtes Netz aus Autobahnen und Umfahrungsstraßen (flankiert von breiten „Sicherheitsstreifen“); Militärstützpunkte und Industriezonen an Schlüsselstellen; militärische Sperrgebiete; „Naturschutzgebiete“; Kontrolle über die Wasserversorgung und andere natürliche Ressourcen; Straßensperren innerhalb der besetzten Gebiete und Kontrolle aller Grenzen zu Israel; Einteilung in Zonen (A, B, C, D, H-1, H-2); israelische Kontrolle über heilige Stätten an Schlüsselstellen, und so fort. Das sind die Punkte und Linien, welche die Palästinenser in kleine Enklaven verbannen und diese von einander trennen. Das sind die Maßnahmen, die Israel die Kontrolle über das Land ermöglichen.

Bürokratie

Die zweite Ebene ist ein Netzwerk aus Bürokratie und „Recht“ – die Projekte, Pläne, Verordnungen und Genehmigungen, welche die palästinensische Bevölkerung in ein engmaschiges Netz einspinnen. Dazu zählen Flächenwidmungspläne, die Land „für landwirtschaftliche Nutzung“ definieren um die natürliche Entwicklung von Dörfern und Städten zu verhindern; ein politisch motiviertes System der Vergabe

von Baugenehmigungen – das mittels Zerstörung von Häusern durchgesetzt wird – um die Bevölkerung in den engen Enklaven gefangen zu halten; Enteignungen von Land für (rein israelische) „öffentliche Vorhaben“; Einschränkungen und großflächige Zerstörungen der palästinensischen Landwirtschaft; Lizenzen und Kontrollen über palästinensische Unternehmen; Belagerungen; Einschränkung der Bewegungs- und Reisefreiheiten und so fort. Obwohl Israel sehr darauf bedacht ist, diese Maßnahmen als „legal“ darzustellen, sind sie es tatsächlich nicht. Israel enthält den Palästinensern grundlegende Menschenrechte gemäß der Genfer Konventionen und anderer internationaler Abkommen – die Israel unterzeichnet hat – vor, und das ist ganz klar ungesetzlich. Die israelischen Gerichte, die grundsätzlich immer gegen die Palästinenser urteilen, um die lokale Bevölkerung unter Kontrolle zu halten, sind eine Travestie von Recht und Gerechtigkeit. All dies dient dazu die Palästinenser auf isolierte, kleinste Gebiete zu beschränken, ihre Mobilität zu kontrollieren und die israelische Hegemonie aufrecht zu erhalten.

Militär

Die dritte Ebene des Rasters ist der Einsatz von Gewalt um die Kontrolle aufrecht zu erhalten: die militärische Besatzung an sich, mit allem was dazu gehört – volle Gefängnisse und systematische Folter; ein ausgedehntes Netz von Kollaborateuren um die lokale Bevölkerung zu beherrschen; Druck auf Familien damit sie Land verkaufen; die undemokratische und willkürliche Gewaltherrschaft des Militärkommandanten des Westjordanlands und des Gasastreifens sowie die israelische Zivilverwaltung. Was davon der israelischen Bevölkerung bekannt ist, wird unter dem Titel „Sicherheit“ gerechtfertigt.

rum, Bürogebäude, eine Erweiterung der Hebräischen Universität, Industrieparks, ein Parkhaus für das Busunternehmen Eged, eine Müllverbrennungsanlage, ein Friedhof und 1.500 Wohnungen für Israelis, mit guten Verbindungen nach Jerusalem, Modi'in und Tel-Aviv über voll ausgebaute Autobahnen. „Großjerusalem“, das von Modi'in und Giv'at Se'ev im Westen im Westen bis fast an den Jordan im Osten reichen soll, zerschneidet das Westjordanland in zwei Teile.

Darüber hinaus laufen die israelischen Straßen, die im Westjordanland gebaut wurden, in Ma'aleh Adumim zusammen. Israel muss Ma'aleh Adumim nur zum „militärischen Sperrgebiet“ erklären, wie es in der Vergangenheit bereits mehrmals geschehen ist, und kann so den Verkehr im Westjordanland und Ostjerusalem zum Erliegen bringen. Selbst wenn die Palästinenser die Kontrolle über das Gebiet rundherum erhalten, kann das Netzwerk der Kontrolle mit dieser einen Siedlung aufrecht erhalten werden.

Als Kontrollpunkte sind die Siedlungen tatsächlich von entscheidender Bedeutung nicht nur wegen der Fläche, die sie tatsächlich einnehmen, sondern auf Grund der Herrschaftsmechanismen, die sie umgeben.

Die Siedlungen machen nur 1,5 Prozent des Westjordanlandes aus, aber die Flächenwidmungspläne weisen ihnen über sechs Prozent zu – wenn man Großjerusalem dazurechnet, sind es 15 bis 20 Prozent. Jede Siedlung bringt eine Infrastruktur aus Straßen, Industriegebieten, militärischen Einrichtungen, „Sicherheitsmaßnahmen“ wie Straßensperren usw. mit sich. Ob Siedlungen „in Blöcken zusammengefasst“ oder winzig-isoliert – aber an strategischer Stelle gelegen – sind, ist dabei nicht so wichtig: Es geht darum, jedes territoriale Zugeständnis an die Palästinenser zu neutralisieren.

Straßen

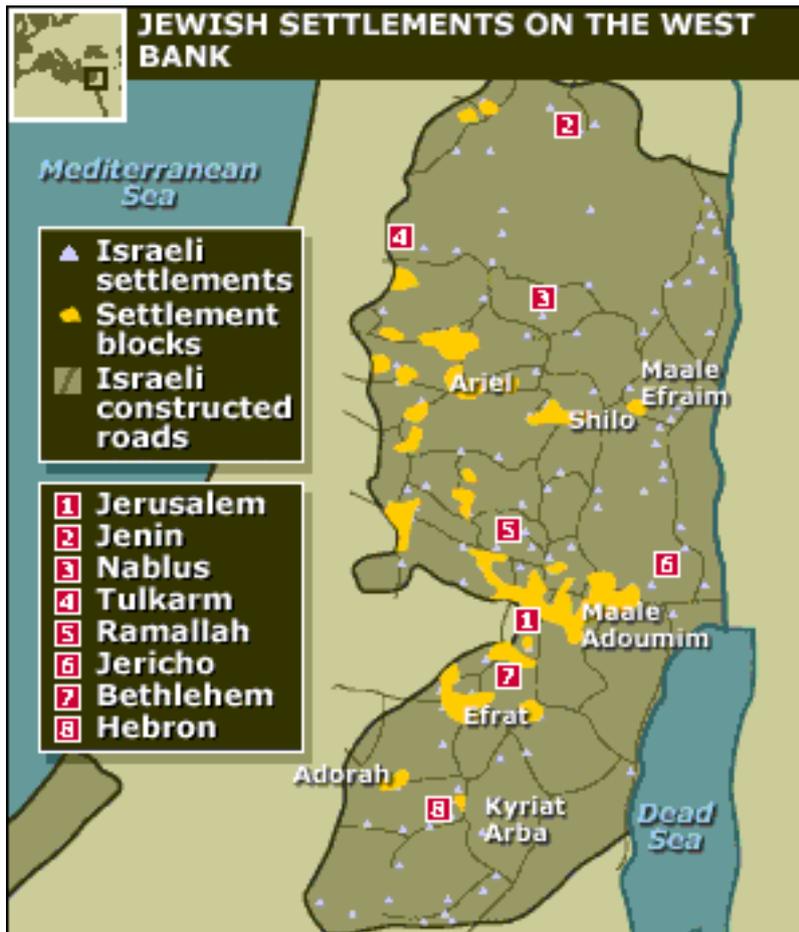
Andere Kontrollpunkte sind allerdings weniger offensichtlich. Der schmale Streifen aus Zone C (d. h. unter ziviler und militärischer Kontrolle Israels) zwischen Ramallah und Birzeit, gerade breit genug für einen israelischen Militärjeep, ist ausreichend um den Verkehr in dem Gebiet zu kontrollieren. Ein schmaler Streifen unter israelischer Kontrolle zwischen Bethlehem und Beit Sahur und andere solche

zu beseitigen (obwohl die beiden Seiten einem Stufenplan zustimmen könnten). Letztendlich bedeutet das alle Siedlungen, Umfahrungsstraßen, Straßensperren, und andere Hindernisse, die den territorialen Zusammenhang unterbrechen und die Bewegungsfreiheit einschränken, von den palästinensischen Gebieten zu entfernen. Das bedeutet vollständige Kontrolle über die Grenzübergänge zu den arabischen Staaten, die Aufhebung der

israelischen Belagerung und normale, d. h. minimale Grenzkontrollmechanismen, denen beide Seiten zustimmen. Falls irgendeine israelische Präsenz gestattet wird, muss sichergestellt sein, dass sie nicht die Fortsetzung des Netzwerks darstellt. Das Netzwerk und seine Funktion zu verstehen ist notwendig, um zu verhindern, dass der Palästinensische Staat aus Bantustans besteht. Die Palästinenser müssen eine aktive Rolle in den Verhandlungen einnehmen, ihre eigenen Forderungen stellen, ihre eigenen Karten vorlegen, ihre eigenen Verhandlungspunkte darstellen, ihre eigenen Vorstellungen – und den Hintergrund dafür muss eine genaue Analyse des hier kurz dargestellten Netzwerks sein und ein Plan, es zu beseitigen. Nur das wird den gerechten Frieden bringen, nach

dem wir uns alle sehnen.

** Jeff Halper ist der Vorsitzende des Israeli Committee Against House Demolition und ist verantwortlich für das Jerusalem-Projekt des Alternative Information Center*



Zonen im ganzen Westjordanland haben eine ähnliche Funktion. Selbst die Zufahrtsstraßen sind von Bedeutung. Die israelische Straße, die um Anata gebaut wird, wird das Wachstum dieser Gemeinde unterbinden, wenn keine Zufahrt gebaut wird. Falls eine Zufahrtsstraße gebaut wird, dann kann Anata sich nach Osten und nach Süden erweitern und könnte theoretisch die Einkreisung von Jerusalem durch Pisgat Se'ev und Ma'aleh Adumim im Südosten durchbrechen, und damit die Abschottung von Ostjerusalem vom Westjordanland.

Der einzige Weg das Netzwerk der Kontrolle zu durchbrechen ist es völlig

Impressum:

Medieninhaber (Verleger),
Herausgeber, Redaktion und
Hersteller des period. Druckwerks
„Intifada“ ist die Partei RKL,
Gusshausstraße 14/3, 1040
Wien. Verlags- und Herstellungsort
Wien. Druck: ATOS Origin, Wien.

Häuserkampf in Hebron

Streiflichter aus einem Gebiet, in dem die Menschenrechte für jüdische Siedler reserviert sind

Von Werner Pirker*

Auf die Frage des israelischen Soldaten, was die Reisegruppe aus Österreichern, Deutschen und Italienern in Hebron zu suchen hätte, antwortete der palästinensische Reiseführer mit der Gegenfrage: „Was suchen Sie hier?“ Er schütze sein Land, sagte der Soldat. „Ihr Land – hier in Hebron?“ Ja, auch hier, das sei ein Auftrag, der sich aus der Geschichte ergebe. „Welcher Geschichte, Ihrer Geschichte?“ Pathos kann historische Tatsachen nicht ersetzen. Der Soldat ahnte, dass er seinem Gegenüber nicht gewachsen sein würde, wenn er die Geschichtsdebatte weiter vertiefte. „Warum riskieren Sie Ihr Leben für diese verrückten Leute“, wollte der Palästinenser wissen. „Die sind nicht verrückt.“ Punktum. Der Israeli beendete das Gespräch und verlangte die Ausweise.

In Hebron leben unter 130.000 Palästinensern 350 jüdische Siedler. Ausnahmsweise nicht in exklusiven Siedlungen, sondern mitten in der Stadt. Haus an Haus mit den Palästinensern. Sie kamen nicht mit dem Olivenzweig und ohne den geringsten Respekt vor den Menschen, die seit der Antike in dieser Gegend leben. Was sie hier suchen, lässt sich aus den Losungen ableiten, die sie auf ausnahmslos alle Geschäftsportale gesprayed haben: „Araber raus“. Oder: „Tod den Arabern“. Darunter der Davidstern. Wer die Pogromforderungen abwäscht, wird von den Besatzerbehörden wegen Beleidigung religiöser Symbole belangt.

Ihren besonderen Status, im Hebron-Abkommen fixiert, erhielt die Stadt wegen ihrer religiösen Bedeutung. Abraham, Isaak und Jakob, sowie Sara, Rebekka und Lea sollen hier begraben liegen. Doch ist Abraham nicht nur den Juden heilig, sondern den Gläubigen aller drei im Nahost-Raum entstandenen Weltreligionen. Nach ihm – Ibrahim – ist die größte Moschee in Hebron benannt. Sie wurde 1994 zum Schauplatz eines grässlichen Massakers. Der zionistische Extremist Goldstein mähete mit einer Maschinenpistole mehr als 30 Muslime nieder, die sich zum Freitagsgebet versammelt hatten. Die Flüchtenden gerieten in den Kugelhagel der israelischen Armee. Goldstein wurde nach dem Massenmord gelyncht. Siedler errichteten ihm ein Denkmal. Und der Staat Israel sicherte den Siedlern ein Bleiberecht in einer Stadt, deren arabische Bevölkerung sie vertreiben wollen. Haus um Haus soll Hebron erobert werden.

Der ganz alltägliche Terror

Eine weitere Konsequenz, die die israelischen Behörden aus dem Massenmord zogen, war die Umwidmung der Hälfte der Moschee in eine Synagoge. An einen interkonfessionellen Dialog war dabei nicht gedacht. Allahs Allmacht stößt auf eine Mauer, hinter der das Reich Jehovas beginnt. Der Weg zur Synagoge erfolgt über einen weiträumigen Platz, der Zugang zur

Moschee über enge, zum Teil von Siedlern bewohnte Gassen. Als hätte jemand die Voraussetzungen dafür schaffen wollen, dass kein Moscheegänger dem nächsten Massaker entkommt. Die Palästinenser meinen zu wissen, dass das von Goldstein angerichtete Blutbad nicht die Tat eines psychopathischen Einzelgängers gewesen sei, sondern ein präzise geplantes Mordkomplott. In ihrem Buch „Der Hass ist grenzenlos“ geht die israelische Rechtsanwältin Felicia Langer ausführlich auf Verlaufsform und Hintergrund dieses Verbrechens ein.

Auf der Straße gegenüber der Gebetsstätte mit geteiltem Himmel sahen wir palästinensische Jungs Fußball spielen. Ein Besatzungssoldat mimte den Trainer, was bei den Straßenkindern eine Mischung aus Verlegenheit und Stolz auslöste. Magie des Fußballs. Doch nicht immer erfüllt der Straßekick eine völkerverbindende Funktion. Einen Monat zuvor war in Hebron



Um ihren Besitzanspruch zu demonstrieren, beschmieren jüdische Siedler in al-Chalil (Hebron) arabische Häuser und Geschäfte mit Davidsternen

einem Zehnjährigen in den Fuß geschossen worden, nachdem er der Forderung eines Soldaten, ihm den Ball zuzuspielen, nicht nachgekommen war.

Die Atmosphäre in Hebron war gespenstisch, die latente Provokation auf Schritt und Tritt spürbar. Arafats Polizei, falls vorhanden, hatte sich unsichtbar gemacht. Oder sie ließ sich von der israelischen Armee vertreten. Obwohl nicht den Zonen B und C – Gebiete unter israelischer Militärhoheit – zugeteilt, ist über Hebron de facto eine israelische Militärdiktatur verhängt worden. Und doch hat der Staat Israel einen Teil des Gewaltmonopols abgegeben – an die Siedler. Deren männlicher Nachwuchs flaniert ungeniert mit kugelsicheren Westen und Maschinenpistolen durch die Straßen. Das sind Kinder der Postmoderne, die in nichts an den Typus des Thoraschülers erinnern. Ein Großteil der Hebron-Siedler stammt aus den USA. So treten sie auch auf. Echt cool. Im fetzigen Look und mit der Sensibilität von Cowboys im Indianerland. Ohne das geringste Gespür für den kulturellen Kontext dieser Region. Es der autochthonen Bevölkerung niemals verzeihend, dass sie sich nach der Ankunft der Kinder Israels nicht in Luft aufgelöst hatte. Verglichen damit ist Rambo ein Gentleman.

Die Mehrheit der Israelis mag die Siedler nicht, vor allem nicht die ideologisch Besessenen, die sich aus Lust an der Provokation in Hebron niedergelassen haben. Wer weiß, ob der israelische Soldat wirklich seiner persönlichen Meinung Ausdruck verlieh, als er behauptete, die seien nicht verrückt? Jedenfalls weiß man in Israel, dass der Oslo-Prozess, der von einer Mehrheit befürwortet worden war, in erster Linie an der Siedlerexpansion gescheitert ist.

Das Hebron-Abkommen ist ein Ergebnis der Bemühungen Netanjahus, Oslo umzudrehen, das heißt, den Palästinensern alle Wege zur Selbstbestimmung zu verbauen. Denn erst dieses Abkommen legitimierte das Siedlerunwesen. Der Likud-Politiker musste gewusst haben, dass er in Hebron einen Koffer mit Dynamit hat stehen lassen. Hebron ist die einzige große Stadt in den besetzten Gebieten, in der die militärische Präsenz Israels fortbesteht. Aus einem für die angestammte Bevölkerung nicht einsehbaren Grund. Das über die Stadt verhängte Regime entspricht dem Bedürfnis einer winzigen Minderheit. So wird den Palästinensern vorgeführt, um wie viel höher die jüdische Existenz in

Palästina bewertet wird als ihre eigene.

Die ständige Erniedrigung der arabischen Bevölkerung Hebrons ist nicht bloß Mittel, sondern Zweck der israelischen Politik. Den Palästinensern soll in Permanenz das Bewusstsein einer Minderwertigkeit vermittelt werden. Israels offizielle Besiedlungspolitik entspricht exakt der rassistischen Siedlerideologie. Zwar versuchen die israelischen Eliten, vor allem die Arbeitspartei, den Eindruck zu erwecken, als wären sie Geiseln der Siedler, die sie nur deshalb gewähren ließen um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. In Wahrheit aber ist es nicht die Regierung, die den Wünschen der Siedler nachkommt. Es sind die Siedler, die die Regierungspolitik exekutieren.

Das Opfer ist immer der Täter

Nur eine Minderheit unter ihnen kommt dieser Aufgabe mit Enthusiasmus nach. Die große Mehrheit ist dem Ruf des Landes Israel (Erez Jisrael) nur deshalb gefolgt, weil ihnen die Regierung für die Ansiedlung in den besetzten Gebieten beträchtliche materielle Privilegien garantiert. Nach Hebron aber kamen die Getreuesten des *Blocks der Getreuen* (Gusch Emunim).

Die Siedlerhäuser zeugen weniger von Wohnkultur als von Wehrhaftigkeit. Obwohl die jüdischen Zuwanderer selten in die Lage kommen, sich wehren zu müssen. Meistens schießen sie unbedroht in der Gegend herum. Jedes dieser Häuser ist ein kleiner Militärstützpunkt. Auf den Dächern sind Gefechtsstände eingerichtet: Eine MP-Stellung, mit Tarnnetzen verhängen und von Sandsäcken umgeben. Natürlich sind diese Festungen in einer strategisch günstigen Lage postiert. Meistens auf Anhöhen, von denen aus es sich leichter zielen lässt.

Zum Beispiel auf das Haus des palästinensischen Arztes Dr. Taisir Sahdeh. Die Einschussstelle am Fenster ist noch zu sehen. Der Mediziner saß neben dem Fenster am Computer. Die Nachbarn ließen grüßen. Es war ein gezielter Mordanschlag. Den Doktor haben sie ganz besonders im Visier. Denn er hat die Stellung gehalten und sich nicht vertreiben lassen, als die Siedler den Häuserkampf eröffneten. Er ist auch geblieben, als die Armee das Dach seines Hauses zum Gefechtsstand machte. Seit damals gehen die israelischen Soldaten in seinem Haus ein und aus, die Treppen hinauf und hinunter. Auf dem

Dach haben sie sich so heimisch eingerichtet, dass sie dort auch ihre Notdurft verrichten. Und wenn die Jungs gut drauf sind, richten sie den Urinstrahl auf die vor dem Haus spielenden Kinder.

Das führte zu einer Anzeige – gegen den Arzt. Dem sechsfachen Familienvater wird fahrlässiger Umgang bei der Ausübung seiner Aufsichtspflicht vorgeworfen. Indem er sich weigere auszuziehen, habe er seine Kinder einer lebensgefährlichen Situation ausgesetzt. Denn neben dem sportlichen Wettkampf zur Ermittlung des weitesten Strahls lassen die Soldaten gerne auch Sandsäcke zu Boden plumpsen. Gegen den Vater vorgebracht wurde ferner der Umstand, dass der Kinderliebe der Siedler ethnische Grenzen gesetzt sind oder anders ausgedrückt: dass deren Araberhass keine Altersunterschiede kennt.

Doktor Sahdeh hat die private Geburtstambul, die er im oberen Stockwerk betrieb, schließen müssen. Kaum eine seiner Patientinnen wagte sich noch in diese Gegend. Auch waren nach der Militärintervention die hygienischen Voraussetzungen für den Klinikbetrieb nicht mehr gegeben. Nachdem sie seine berufliche Existenz zerstört hatten, leiteten die Besatzungsbehörden auch noch ein Verfahren gegen den Gynäkologen ein, in dem ihm vorgeworfen wurde Injektionsnadeln aus dem städtischen Krankenhaus entwendet zu haben.

Sahdehs ungebetene Dauergäste zapfen seinen Strom an. Die Wasserleitung haben sie ihm schon das zweite Mal kaputtgemacht. Er muss das Wasser in Flaschen nach Hause bringen. Mit dem Auto transportieren darf er es nicht. Ungefähr einen Kilometer beträgt die Entfernung zu der am nächsten gelegenen Parkmöglichkeit. Denn die Straße, in der Doktor Zahdeh mit seiner Familie lebt, darf nur von Juden befahren werden.

Der palästinensische Arzt erzählt seine Geschichte über schießwütige Nachbarn und Vandalen in Uniform nicht halb so aufgeregt, wie das die Teilnehmer eines vom deutschen Reality-TV über Monate lustvoll dokumentierten sächsischen Nachbarschaftsstreits um den Maschendrahtzaun getan hatten. Für die Zeit nach der Okkupation, sagte Sahdeh, arbeite er an einer Dokumentation seines Menschenrechtsfalls, um die internationale Öffentlichkeit mit der Realität eines besetzten Landes zu konfrontieren.

* Werner Pirker ist Journalist in Wien

Wo der Hass keine Grenzen kennt

Den palästinensischen Einwohnern Hebrons im Westjordanland wird das Leben zur Hölle gemacht

Von Peter Nowak*

Zwei Straßen führen nach Hebron. Auf der einen von ihnen, die neu, gut ausgebaut ist, sind erstaunlich wenig Autos unterwegs. Wenige Kilometer vor der Stadtgrenze gibt es allerdings auch kein Weiterkommen. Der Bus muss vor einem israelischen Grenzposten warten, der gleichzeitig der Eingang zu einer israelischen Siedlung ist. Passieren dürfen die Straße nur deren Bewohner und ihre Freunde sowie israelisches Militär. Die Route zählt zu einem Straßensystem, das die Siedlungen auf der Westbank und im Gasastreifen mit dem israelischen Kernland verbindet. Palästinenser dürfen diese Strecke nur benutzen, wenn sie einen speziellen Ausweis vorweisen können.

Wer Hebron im Westjordanland besucht, der bekommt eine Ahnung davon, warum der israelisch-palästinensische Konflikt so schwer zu bewältigen ist. Der Fahrer unseres Reisebusses gehörte nicht dazu. Er wird zurückgeschickt auf eine ältere, stark reparaturbedürftige Straße. Nach wenigen Kilometern ist endgültig Schluss. Am Rand von Hebron muss der Bus geparkt werden. In die Stadt kommt man nur zu Fuß. Vor einigen Wochen hat das israelische Militär den Zugang zur Stadt mit Schrott und Steinen verbarrikadiert.

Der Eingang ist umlagert von finster blickenden Kindern und Jugendlichen. Alte Frauen setzen vorsichtig einen Fuß neben den anderen, um die Hindernisse zu überwinden. Auf dem Kopf balancieren sie schwere Lasten, Säcke mit Nahrungsmitteln oder andere Güter des täglichen Lebens. Seitdem die palästinensischen Bewohner vom Autoverkehr abgekoppelt sind, muss alles in die Stadt geschleppt werden. Nur einige magere Esel stehen hinter der Sperre für Transporte bereit. Aber auch mit ihnen kommt man nicht weit.

Als beträte man einen Hochsicherheitstrakt

Schon nach wenigen hundert Metern wird die Besuchergruppe von israelischen Soldaten kontrolliert. Nach längeren Verhandlungen ist ein befristeter Besuch möglich. Die Gegend um den alten Markt allerdings darf nicht betreten werden. Der Weg zur Ibrahim-Moschee ist nicht weit, aber er hat es in sich. Man hat den Eindruck, einen Hochsicherheitstrakt betreten zu wollen. Sämtliches Gepäck wird

akribisch kontrolliert. Alle Besucher müssen ihre Ausweise abgeben und einzeln durch eine Schleuse gehen, bevor sie das muslimische Gotteshaus betreten dürfen.

Ein älterer Mann will sich ein paar Schekel verdienen und führt die Besucher durch das eher karge Gebäude. Er ist einer der wenigen Überlebenden jener Tragödie, die die Moschee weltweit in die Schlagzeilen brachte. Im Jahre 1994 schoss dort der Kopf einer extremistischen Siedlergruppe, Dr. Baruch Goldstein, auf betende Moslems. 29 Menschen starben, rund 130 wurden verletzt, bevor der Todesschütze gelyncht wurde. Viel will der Mann, der mehrere Schüsse in den Bauch überlebte, über die Ereignisse nicht erzählen. Nur eines will er unbedingt loswerden: Goldstein war kein verwirrter Einzelgänger. Er war unter den Siedlern anerkannt. Jetzt wird er von ihnen als Märtyrer verehrt und seine Grabstätte ist geradezu ein Wallfahrtsort.

Gelten doch Hebrons Siedler als fanatische Sektierer, die selbst von der israelischen Rechten mit Argwohn betrachtet werden. Die israelische Anwältin Felicia Langer befasste sich in dem Buch „Wo der Hass keine Grenzen kennt“ mit der Geschichte dieser Bewegung, die sich auf die kurze jüdische Besiedlung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beruft. Damals unterlagen die jüdischen Siedler der arabischen Übermacht. 1929 kamen bei Unruhen 67 von ihnen ums Leben. Für die heutigen Siedler sind sie Märtyrer. Vor den besetzten Gebäuden stehen große Tafeln, auf denen sie als Helden und Vorkämpfer für Erez Jisrael dargestellt werden.

Lange Zeit verhinderte die israelische Regierung eine erneute jüdische Besiedlung Hebrons, weil sie Unruhen fürchtete. Doch 1968 unterlief der extremistische Rabbi Levinger mit 32 Gesinnungsgenossen dieses Verbot, indem er sich im Park Hotel in der Stadtmitte einquartierte. Bis zur Ankunft des Messias wollte er dort bleiben. 1970 gab die israelische Regierung schließlich grünes Licht für den Bau der Siedlung Kirjat Arba am Stadtrand. 1979 besetzte Levingers Frau ein altes Krankenhaus in Hebrons Innenstadt. Das war der Startschuss für die Besiedlung der Altstadt durch israelische Extremisten.

„Sie haben nur ein Ziel, den Palästinensern das Leben so zur Hölle zu machen, damit sie die Stadt verlassen“, meinte Dok-



Die israelische Armee errichtet Barrikaden um die Altstadt von al-Chalil (Hebron)



ron Freiwild für Siedler und Militärs sind.

Besonders haben Bewohner derjenigen Häuser zu leiden, die sich in der Nachbarschaft von Gebäuden befinden, die von den Siedler besetzt wurden. Von körperlichen Angriffen, über Zugangsblockaden bis zur Beschädigung der Wohnungen reicht das Repertoire der Übergriffe und Schikanen gegen die palästinensischen Bewohner Hebrons. Auch tagsüber ist die Stadt wie ausgestorben. Wenn sich auf einem staubigen Platz einige palästinensische Kinder zum Spielen zusammenfinden, werden sie von schwerbewaffneten israelischen Soldaten sogleich auseinander gejagt. Am

tor Taisir Sahdeh. Der Arzt leitet eine gut gehende Klinik im Parterre seines Einfamilienhauses. Doch seit drei Monaten ist diese geschlossen. Damals besetzten israelische Soldaten das Dach des Hauses. Abgesehen von einigen Unterbrechungen haben sie es bis heute nicht verlassen. Die Spuren der Verwüstung sind in den oberen Etagen unübersehbar. Zerbrochene Flaschen, herausgerissene Rohre und Leitungen, kaputte Fenster und Türen. Geblieben ist ein Unterstand samt Sandsäcken, was darauf schließen lässt, das die unwillkommenen Besucher wohl bald wiederkommen werden.

Dr. Sahdeh fühlt sich seines Lebens nicht mehr sicher. Erst vor wenigen Tagen hatten Scharfschützen aus einem von Siedlern besetzten Haus auf ihn geschossen, als er in seinem Arbeitszimmer am Computer saß. Die Kugel verfehlte ihn knapp, aber die zerborsene Fensterscheibe erinnert ihn immer wieder daran. Auch auf der Straße wurde er schon mehrfach von Siedlern angegriffen und zusammengeschlagen. Wenn er bei den allgegenwärtigen israelischen Militärs Anzeige erstatten will, wird er verhört und bedroht. „Schutz gibt es für uns hier praktisch nicht“, sagte der Arzt. Doch er zeigte keine Spur von Resignation. Mehrere Angebote aus Italien, wo er einst studierte, hat er ausgeschlagen. „Ich will nicht fliehen, sondern hier für meine Rechte kämpfen“, erklärte er zum Abschied. Etwas leiser fügt er hinzu, dass er bestimmt jetzt wie-

der Ärger bekommen werde, weil er mit Besuchern gesprochen hat.

Freiwild für Siedler und israelisches Militär

Auch die *Temporary International Presence in Hebron (TIPH)* ist schon öfter ins Visier der Siedler geraten. Ihr Auto ist von Steinen durchlöchert und auch Schüsse wurden schon auf sie abgegeben. Die Mitglieder der TIPH sind auf UNO-Initiative nach den Abkommen von Oslo in die Stadt entsandt worden und sollen Konflikte schon im Ansatz schlichten. Meist sind sie freilich machtlos, weil sie von israelischer Seite einfach ignoriert werden. Auch sie bestätigen, dass Palästinenser in Heb-

Ortsausgang ist die Militärpräsenz etwas geringer, in Sichtweise sind die Soldaten aber immer.

Die Jugendlichen blicken noch finsterner, einer wirft Steine nach der Gruppe und wird von Älteren zurückgehalten. Der Ruf des Muezzins hallt durch die leeren Straßen.

Als wir die Barrieren überquerten und in den Bus stiegen, waren wir erleichtert, als hätten wir gerade ein schwer bewachtes Gefängnis verlassen. Doch die mehr als 130.000 Insassen bleiben ohne Hoffnung zurück, vergessen von einer Welt, in der so viel über Freiheit und Demokratie geredet wird.

** Peter Nowak ist Journalist in Berlin*



Die Israelis lassen Palästina vertrocknen

Von Irmgard Hubauer *

Einer der Kernkonfliktpunkte in der israelisch-palästinensischen Konfrontation ist die eigenermächtigte Verfügungshoheit der Israelis über die Grundwasservorkommen des Landes. Mit militärischen und (sogenannten) rechtlichen Maßnahmen hat sich Israel den Zugriff auf 75% der palästinensischen Wasserressourcen gesichert. Dieses Vorgehen ist nicht allein ökonomisch motiviert. In Gesprächen mit Wasserwirtschafts- und Agrarexperten wurden wir immer wieder darauf hingewiesen, dass Israels Wasserpolitik eine bedeutsame strategische Funktion in ihren Expansionsbestrebungen darstellt. Mit dem Raubbau an dieser Basisressource werden bestehende ökonomische Strukturen sukzessive ausgetrocknet und der palästinensischen Bevölkerung jegliche Chance auf den Aufbau einer autonomen, selbsttragenden Volkswirtschaft genommen.

Die ungleiche Wasserverteilung zwischen palästinensischer und israelischer Bevölkerung ist mehr als augenfällig. Die Siedlungen der Israelis sind grün, die palästinensischen Dörfer und Städte hingegen karg und trocken. Während die israelischen Parkanlagen und Gärten flächendeckend mit aufwendigen Bewässerungsanlagen besprenkelt werden, Swimmingpools und Springbrunnen betrieben werden, ist die Wasserversorgungssituation der palästinensischen Bevölkerung äußerst prekär. Kaum 50% der palästinensischen Haushalte haben fließendes Wasser und nur 30% sind an die Kanalisation angeschlossen. In Trockenzeiten müssen die Palästinenser oft mit weniger als 20 Litern pro Person und Tag auskommen, eine Menge die weit unter dem von der WHO festgelegten Mindestbedarf von 120 Litern pro Kopf und Tag liegt. Damit können maximal die grundlegenden Bedürfnisse für Trinken, Kochen und Hygiene erfüllt werden. An einen landwirtschaftliche oder industriellen Wassernutzung ist unter diesen Umständen nicht zu denken.

Der israelische Wasserverbrauch hingegen liegt mit 350-400 Litern pro Person und Tag gut im westeuropäischen Schnitt. In einer Region, die gemessen an der Bevölkerungszahl zu den wasserärmsten der Erde zählt, ist dieses Niveau nur durch Inanspruchnahme externer Wasserressourcen zu halten. Die daraus resultierenden Wasserkonflikte haben einen wesentlich Beitrag zu den Kriegen im Nahen Osten geliefert. Noch weniger als gegenüber seinen Nachbarn Syrien, Jordanien und Libanon zeigt Israel gegenüber den Palä-

stinensern Interesse an einer gleichberechtigten Einbindung an der Verteilung des verfügbaren Wassers. Denn der Erhalt einer festen Wasserquote würde einen wichtigen Schritt zu Palästinas Unabhängigkeit bedeuten.

Israel nimmt sich, was es braucht – und zwar unentgeltlich. Würde Israel der in den Osloer Friedensverträgen festgeschriebenen Verpflichtungen zur jährlichen Lieferung von 35 Millionen m³ Wasser nachkommen, dann würde es den Palästinensern quasi ihr eigenes Wasser verkaufen.

Der Großteil des israelischen Wasserverbrauchs (über 70%) fließt in die israelische Landwirtschaft. Dr. Anan Al, Leiter des *Instituts für Wasserwirtschaft und Umwelt* an der Universität Nablus, erörtert, dass dieser intensive Wassereinsatz sowohl in volkswirtschaftlicher als auch in ökologischer Hinsicht sehr problematisch ist. Wasser in dieser Region ist viel zu teuer, um eine außenhandelsorientierte, ökonomisch effiziente Agrarproduktion zu führen. Nur mit hohem, volkswirtschaftlich völlig unrentablen staatlichen Subventionsaufwand von 1 US\$ pro Liter Wasser kann diese intensive Agrarproduktion aufrecht erhalten werden.

Auch in ökologischer Hinsicht ist Israels Intensivlandwirtschaft problematisch. Indem die Grundwasserbestände perma-

nent über dem Limit ihrer Regenerierbarkeit genutzt werden, besteht die Gefahr, dass diese zunehmend versalzen, da durch das Druckgefälle das Meerwasser in die Grundwasserareale einsickert. Wasser wie Böden würden dadurch nachhaltig unbrauchbar. Insbesondere der wasserzehrende Zitrusfruchtanbau, befindet Anan Al, ist in dieser Region ein ökologisches Verbrechen.

Doch die blühenden Orangenhaine sind für Israel von großer historisch-ideologischer Bedeutung. Der Auftrag die Wüste fruchtbar zu machen ist einer der bedeutendsten Gründungsmythen der zionistischen Besiedlung Palästinas. „Die Israelis rühmen sich, dass sie die Wüste zum Blühen gebracht haben, doch unser Land hier haben sie zur Wüste gemacht“, klagt unser Reiseführer an und verweist



uns dabei immer wieder auf ehemals bewaldete Landstücke, die von israelischen Siedlern gerodet wurden, wie etwa jener Bergrücken, auf dem nun die Siedlung Gilo thront.

Besonders wertvoll ist das Wasser aus den unterirdischen Grundwasserarealen. Große Teile dieser sogenannten Aquifere liegen unter dem Westjordanland und dem Gasastreifen. Die Palästinenser haben jedoch kaum Befugnis, auf dieses hochwertige Wasser zuzugreifen, denn ihnen sind Bohrungen lediglich bis fünf Meter Tiefe erlaubt, die grundwasserführenden Schichten liegen im Westjordanland jedoch bei 80 Meter und tiefer. Eine der wichtigsten

Funktionen der Siedlungen in diesen Regionen besteht in der Wassergewinnung. Mit Tiefenbohrungen bis zu 200 m wird das Grundwasser abgezapft und von dort aus in die zentralen israelischen Wasser- netze eingespeist.

Für die palästinensischen Gebiete haben diese Tiefenbohrungen fatale Folgen, denn durch die stetige Übernutzung des Grundwassers sind die oberflächlichen Quellen – die einzigen die sie nutzen können – zunehmend versiegt. Das Beispiel Nablus zeugt von den drastischen Folgen des Wasserraubbaus. Vor hundert Jahren wurde diese Stadt von 75 Quellen gespeist und war berühmt aufgrund der prächtigen Gärten an ihren den Hängen. Heute existieren davon nur mehr sieben. Das Tal ist völlig verkarstet.

Am schwersten betroffen ist die Landwirtschaft. Hier ist aufgrund der Vertrocknung eine deutliche Rückentwicklung

festzustellen. Vor 20 Jahren war es noch möglich ohne Tiefenbohrungen 25% der Agrarflächen zu bewässern, heute werden nur noch 4% bewässert.

NGOs wie die *Union of Agricultural Work Committees*, versuchen nun in groß- angelegten, meist mit EU-Geldern finanzierten Forschungsprojekten traditionelle Wassernutzungsformen, wie die Zister- nenbewässerung und den Terrassenanbau, zu reaktivieren und zu verbessern. In ökologischer Hinsicht sind derartige For- schungsbemühungen durchaus sinnvoll, meint einer der Projektleiter. Aber eine eigenständige, versorgungsfähige Land- wirtschaft ist angesichts der wachsenden palästinensischen Bevölkerung mit Ober- flächenwasser allein nicht denkbar. Palästina ist daher in den letzten Jahren immer mehr in Versorgungsabhängigkeit von Israel geraten – eine Entwicklung, die durch- aus im Sinne der israelischen Märkte ist.

Israels Wasserpolitik zeigt sich damit als Musterbeispiel kolonialer Expansions- politik: Aneignung und Kontrolle von grundlegenden Ressourcen, damit einher- gehend die Zerstörung bestehender sozio- ökonomischer Strukturen, die schließlich in vollständige ökonomische Abhängig- keit der besetzten Bevölkerung von den Invasoren führt.

Die Tragfähigkeit von Palästinas Pri- mär- und Sekundärproduktion ist längst zu- sammengebrochen. Palästinas Wirtschaft ist mehr und mehr zu einem Durchgangs- posten westlicher Entwicklungshilfegelder verkommen – Gelder mit denen unter an- derem Güter aus Israel finanziert werden.

Zynischerweise gehört dazu auch zu- nehmend der Ankauf von Wasser an die Palästinenser – zum sechsfach höhe- ren, unsubventionierten Realpreis wohlge- merkt!

** Irmgard Hubauer ist Soziologin in Wien.*

Solidarische Europäer demonstrieren für das Recht unseres Volkes auf einen unabhängigen Staat

Meldung in der palästinensischen Tageszeitung *al-Hajat al-Dschadi- da*

Ramallah – Vertreter verschiedener Soli- daritätsdelegationen drückten bei einem Pressekonferenz ihre Unterstützung für die palästinensischen Forderungen nach einem unabhängigen Staat und der Rück- kehr aller palästinensischen Flüchtlinge in die Gebiete, aus denen sie vertrieben wur- den, aus. Sie verurteilten die Maßnahmen der Besatzungsmacht und die Siedlungs- politik, welche den palästinensischen Bo- den zerstückelt.

Die Delegationsleiter aus Deutschland, Österreich und Italien, die auf Einladung der *Alternative Tourism Group* zur Solidarität mit unserem Volk gekommen sind, veran- stalteten einen Pressekonferenz im palä- stinensischen Medienzentrum in Al-Bireh, wo sie ihre Stellungnahme zur Palästina- frage und zu den Leiden der Palästinenser abgaben und über ihre Beobachtungen und Erlebnisse hinsichtlich der israeli- schen Repressionspolitik berichteten.

Der Österreicher Wilhelm Langthaler gab bekannt, dass in Europa die Soli- daritätsbewegung mit Palästina seit dem Beginn der Intifada zunahm. Das käme durch Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktivitäten zum Ausdruck. Er

sagte, die Delegation sei gekommen, um sich bedingungslos mit unserem Volk zu solidarisieren und sich hinter seine legiti- men Forderungen zu stellen. Er fügte hin- zu, dass man nur einem gerechten Frieden zustimmen könne, der die Rechte der Pa- lästinenser auf den unabhängigen Staat, das Ende der Siedlungspolitik und den Rückkehr aller Flüchtlinge garantierte. Er betonte, dass sie nach ihrer Rückreise nach Europa die Solidaritätsaktivitäten in die- sem Sinne fortsetzen werden.

Die Italienerin Mariagrazia Ardizione wies darauf hin, dass sie schon bei einem Besuch im Jahr 1999 festgestellt habe, dass die Palästinenser in einer miserablen Lage als unter der Besatzung lebten und dies mehr nicht lange dulden würden. Sie berichtete ebenfalls über ihre Beobach- tungen der Ausdehnung der Siedlungen und über die Militärsperren, die die Be- wegungsfreiheit der Palästinenser weit ein- schränkten. Sie sagte, dass Israel an einen Friedensabkommen nicht interessiert sein könne, wenn es seine palästinenserfeindli- che Repressionspolitik fortsetze. Sie wies auf die Solidarität der Italiener mit dem Kampf der Palästinenser hin, fügte aber hinzu, dass es in Italien immer noch Kräf- te gäbe, die zwischen der Gewalt der Besatzung und dem Widerstand der Pa-

lästinenser gegen diese Besatzung nicht unterschieden. Sie unterstrich das Recht der Palästinenser auf Widerstand gegen die Besatzung, bis diese beendet sei und ein palästinensischer Staat errichtet würde, der über territoriale Integrität und Souve- ränität verfüge und nicht die jetzige Form von Ghettos annähme, die von der Besat- zung erwünscht sei.

Der Deutsche Andreas Grünwald ver- urteilte die repressiven israelischen Maß- nahmen gegen die Palästinenser und fügte hinzu: „Das Verbrechen der Nazis gegen die Juden darf nicht gegen die Palästinenser wiederholt werden“.

Er betonte, dass die Delegationen in ihren Ländern über die tragischen Bilder, die sie hier zu Sicht bekommen hätten, informieren würden, besonders über die Lage in Hebron, wo die Delegationsteil- nehmer von den Siedlern angegriffen wur- den.

Aiman Abu Siluf von der *Alternative Tourism Group* erklärte, dass ihre Organi- sation Besuche in mehreren Städten or- ganisiert hätte, damit die Teilnehmer mit eigenen Augen die Situation in den Ge- bieten sehen könnten. ATG werde in Zukunft weitere Solidaritätsdelegationen organisieren und führen.

Wir lassen uns nicht in einen Krieg mit der Palästinensischen Nationalbehörde treiben

Gespräch mit Abdel Maluh, dem stellvertretenden Vorsitzenden der PFLP

Die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), gegründet von George Habasch 1967 nach der Besetzung der Westbank, ist nach der Fatah-Bewegung von Präsident Arafat und der Hamas die drittstärkste Organisation in Palästina. In Meinungsumfragen werden ihr ca. 11% der Wählerstimmen zugesprochen. Die PFLP hat die Verträge von Oslo abgelehnt (Keine Hoffnung auf Oslo). Die Organisation übernahm die Verantwortung für die Ermordung des israelischen Tourismusministers Rechavam Se'evi im Oktober letzten Jahres. Mitte Januar wurde der Generalsekretär der PFLP Ahmed Sa'adat von der palästinensischen Autonomiebehörde festgenommen. Abdel Maluh ist sein Stellvertreter.



Nach zwei Wochen relativer Ruhe dreht sich der Kreislauf der Gewalt im israelisch-palästinensischen Verhältnis weiter. Wo sieht die PFLP die Ursachen?

Wir sehen eine wesentliche Ursache für die jetzige Situation in den Verträgen von Oslo. Unsere Organisation war von Anfang an gegen diese Art von Abkommen, weil sie in Israel die Illusion erzeugten, einen Friedensvertrag ohne eigene Zugeständnisse zu bekommen.

Welche Alternativen hat die PFLP anzubieten?

Israels muss sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen. Ein palästinensischer Stadt mit Jerusalem als Hauptstadt muss gegründet werden. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten müssen geräumt werden und die palästinensischen Flüchtlinge ein Rückkehrrecht bekommen. Auf diese vier Punkte hatte sich die gesamte palästinensische Nationalbewegung schon vor Jahrzehnten verständigt. Das Osloer Abkommen war so schädlich, weil diese Position preisgegeben wurde. Doch die Entwicklung seit Oslo zeigt, dass ohne Klärung dieser vier Punkte kein Frieden möglich ist.

Die PFLP arbeitet mit islamistischen Organisationen wie dem Dschihad und der Hamas zusammen, also mit Organisationen, die im Fall einer Machtübernahme die Linke vernichten würde. Haben Sie aus den Erfahrungen der islamischen Revolution im Iran nichts gelernt?

Wir haben in gesellschaftlichen und sozialen Fragen erhebliche Widersprüche zu den islamistischen Organisationen. Uns ist auch bewusst, dass die Linken bei ei-

ner Machtübernahme von Hamas große Probleme haben würde. Darum müssen wir ein Kräfteverhältnis herstellen, dass eine solche Machtübernahme verhindert. Es gibt lediglich eine Zusammenarbeit zwischen den islamischen Gruppen und der PFLP im Kampf gegen die israelische Okkupation. Da arbeiten wir allerdings aber auch mit zahlreichen anderen Gruppierungen zusammen, denn das ist heute bei uns die primäre Konfrontation.

Müsste aber nicht gerade eine Organisation, die sich als marxistisch-leninistisch bezeichnet, den Klassenkampf gegen die palästinensische Bourgeoisie führen?

Es gibt selbstverständlich auch Konflikte innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. Doch bis jetzt ist es uns immer gelungen, diese Konflikte einzudämmen. Denn für uns hat der Kampf gegen die Okkupation momentan Priorität.

Vor einigen Wochen veröffentlichte der israelische Außenminister Peres einen Friedensvorschlag, der zwar nicht die Zustimmung von Ministerpräsident Scharon, wohl aber der USA bekam. Ist es nicht zu früh, die Totenglocken für den Osloer Vertrag zu läuten?

Der Peres-Vorschlag ist für unser Bevölkerung keine Lösung. Denn es geht nicht wirklich um einen souveränen palästinensischen Staat mit der Verfügungsgewalt über die eigenen Ressourcen. Er ist nur Kosmetik, um die israelische Herrschaft zu verlängern. Deshalb konnte sogar Scharon bei aller Kritik in den Einzelheiten diesem Plan in den Grundzügen zustim-

men.

Sind mit der Verhaftung des PFLP-Generalsekretärs Ahmed Sa'adat alle Kontakte zu Arafat und der palästinensischen Autonomiebehörde gekappt?

Unser Verhältnis zu Arafat ist widersprüchlich. Einerseits hat er noch sehr viel Rückhalt in der palästinensischen Bevölkerung. Würden jetzt Wahlen abgehalten, wäre Arafat mit weitem Abstand der Sieger. Andererseits wissen wir, dass nicht wenige in der palästinensischen Bourgeoisie einen Ausgleich mit Israel suchen und dafür große Zugeständnisse machen würden. Doch bestimmte Faktoren, vor allem die Kampfbereitschaft und Politisierung unserer Bevölkerung, verhinderte bisher, dass die palästinensische Autonomiebehörde vollständig zum Vollzugsorgan Israels wurde. So war es Arafat einfach nicht möglich, bei Verhandlungen auf das Rückkehrrecht der Flüchtlinge zu verzichten. Wenn Arafat unter dem Druck von Israel und der USA gegen uns vorgeht, wird er das Vertrauen der Bevölkerung verlieren. Die palästinensische Autonomiebehörde als Befehlsempfänger Tel Avivs würde nicht akzeptiert. Wir werden allerdings alles verhindern, was uns in einen innerpalästinensischen Bürgerkrieg treibt. Denn dabei würden wir alle nur verlieren.

*Das Gespräch führte
Peter Nowak (Journalist in Berlin).*

„Die Hoffnung ist unsere stärkste Waffe“

Gespräch mit Madsched Nassar über Besatzungsmacht und Kompradoren-Bourgeoisie, über die Linke und die Islamisten sowie über die Perspektiven des palästinensischen Widerstandskampfes

Von Werner Pirker*

Madsched Nassar, von Zivilberuf Arzt, ist Mitglied des Exekutivkomitees der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). Er lebte 17 Jahre in Hamburg.

Warum ist aus dem Oslo-Friedensprozess nichts geworden?

Oslo hätte vier Punkte zur Vorbedingung haben müssen: Den Rückzug der israelischen Armee hinter die Grenzen von 1967, Klärung des Status von Jerusalem, Lösung der Flüchtlingsfrage und Stopp des Siedlungsbaus. In erster Linie ist Oslo an der Siedler-Frage gescheitert. Die Israelis wollten mit dem forcierten Ausbau der Siedlungen vollendete Tatsachen schaffen. Die wichtigste Frage wurde nicht gestellt: Ob bei andauernder israelischer Besatzung die Einleitung von Friedensverhandlungen überhaupt möglich ist. Die *Volksfront zur Befreiung Palästinas* war nicht gegen Verhandlungen. Wir waren und sind jedoch der Meinung, dass die Verhandlungen auf der Grundlage der UNO-Resolutionen geführt werden müssen.

Und nicht mit den USA als Moderator ...

Wir haben von Beginn an gesagt, dass man sich auf die USA nicht verlassen kann, dass sie kein neutraler Partner sind. Diese Erfahrung haben wir immer wieder ge-

entität herausgebildet. Auch Ansätze zu einer eigenen palästinensischen Staatlichkeit wurden sichtbar. In den großen Städten – mit Ausnahme von Hebron – sieht man keine israelischen Soldaten mehr. Für die Menschen gab es Erleichterungen. Im Gaza-Streifen können sie wieder im Meer baden oder nachts spazieren gehen. Ich will die Dinge nicht banalisieren. Aber ist es nicht schlimm, dass man die Erfüllung minimalster Bedürfnisse überhaupt erwähnen muss?

industrie. Es gibt keine Gewaltenteilung. Nach den Wahlen zum Nationalkoncil gab es keine weiteren Wahlen mehr. Auf Gemeindeebene herrschen von Arafat eingesetzte Vertreter.

Welche Rolle spielt die palästinensische Bourgeoisie?

Das Arafat-Regime wird von der Bourgeoisie gebildet. Hätte es keine Bourgeoisie gegeben, hätte Arafat sie geschaffen. Was wir früher nur aus der Literatur kannten,

Israel verhält sich, wie sich Kolonialmächte eben verhalten. Je näher es dem Ende zugeht, desto brutaler reagieren sie.

Die schlechten Nachrichten überwiegen. Die Bewegungsfreiheit für Palästinenser ist kleiner, statt größer geworden, der Siedlerring schließt sich immer enger.

Den ersten Schritten sind keine weiteren gefolgt. Keine Schritte, die zur palästinensischen Unabhängigkeit hätten führen können. Während die Siedler immer mehr Land eroberten, kam dem Oslo-Prozess das Ziel abhanden, er wurde zum Ziel an sich. Wir sind dennoch für die Fortsetzung der Verhandlungen. Aber auch für eine Fortsetzung des Widerstandes, damit wir aus einer Position der Stärke verhandeln können.

haben wir nun in der Realität kennengelernt: den Komprador. Diesen Typus loszuwerden wird sehr schwer werden. Im Moment ist es wahrscheinlicher, dass die Oligarchie ein faschistisches Regime installiert.

Die Israelis haben Arafat unter Hausarrest gestellt. Erfordert das in dieser Situation Solidarität mit Arafat?

Arafat ist eine charismatische Figur. Gäbe es jetzt Wahlen, würde er sie wieder gewinnen. Wir orientieren auf einen zivilen Konsens, weil ein Bürgerkrieg für alle tödlich wäre. Uns gefällt es nicht, wenn Arafat von den Israelis gedemütigt wird.

Während die Siedler immer mehr Land eroberten, kam dem Oslo-Prozess das Ziel abhanden, er wurde zum Ziel an sich.

macht. Noch jede Verurteilung Israels ist am Veto der USA gescheitert.

Nach dem Ende von Oslo befinden sich die Palästinenser in einer schlimmeren Situation als zuvor. Ich würde nicht unbedingt sagen, dass Oslo bereits an seinem Ende angelangt ist. Unabhängig von der Bewertung dieses Prozesses sind die Dinge in Bewegung geraten. Nicht nur zum Nachteil der Palästinenser. Es hat sich eine palästinensische

Waren die Erfahrungen, die die Palästinenser mit ihren eigenen Autoritäten machten, nicht ebenso ernüchternd wie die anhaltende israelische Hegemonie?

Es waren sicher keine guten Erfahrungen. Das Autonomieregime ist undemokratisch und oligarchisch. In der Wirtschaft kam es zur Bildung von Monopolen, die von den Mitgliedern des Kabinetts beherrscht werden. Der eine kontrolliert das Gas, der andere Coca Cola, der dritte die Zement-

Kommt in der Intifada die Eigeninitiative der Massen zum Ausdruck?

Die erste Intifada richtete sich gegen die israelische Besatzung. Die zweite Intifada bedeutet die Ablehnung einer aufgezwungenen Lösung. Sie widerspiegelt die Ablehnung der Bevölkerung sowohl gegen die israelische Unterdrückung als auch gegen die eigenen Behörden.

Die zweite Intifada wirkt weniger machtvoll und selbstbewusst als die erste. Eher wie eine Manifestation der Verzweiflung.

Die beiden Aufstände hatten unterschiedli-

che Rahmenbedingungen. Beide sind Teil einer Kette von Aufständen, die nicht erst 1987 begonnen haben. Nach der zweiten Intifada wird es eine dritte geben.

ner Aufweichung der zionistischen Doktrin kommt. Doch diese Doktrin wurde nur den veränderten Bedingungen angepasst. In der wichtigsten Frage stimmen

sie auch waren – machte die israelische Seite immer zur Bedingung, die Ereignisse von 1948 nicht zu thematisieren. Ich glaube nicht, dass sich im Bewusstsein des zionistischen Staates irgend etwas verändert hat. Die Besiedlungspolitik wird von den Israelis mehrheitlich immer noch als ein Teil ihrer Ideologie und ihres Daseins verstanden.

Als die Vietnamesen gegen die Amerikaner gekämpft haben, hat niemand gefragt: „Erkennt ihr die USA an oder nicht?“

Die israelische Reaktion auf die zweite Intifada ist wesentlich bestiger als auf die erste.

Israel verhält sich, wie sich Kolonialmächte eben verhalten. Je näher es dem Ende zugeht, desto brutaler reagieren sie. Die Franzosen haben vor ihrem Abzug aus Algerien ein Blutbad angerichtet, ebenso die Engländer, bevor sie Indien verließen. Ich würde nicht die Intifada, sondern die Vehemenz, mit der die israelische Regierung gegen die Intifada vorgeht, als Manifestation der Verzweiflung bezeichnen.

Der israelische Antizionist Michel Warschawski sagte in einem Interview, dass die Palästinenser in der Zeit vor Oslo die Okkupanten gehasst hätten, nun aber, nach dem Desaster von Oslo und im Angesicht des Siedlerterrors, die Juden hassen würden. Wie sehen Sie das?

Das ist Unsinn. Die Palästinenser – unabhängig von Bildungsgrad und politischem Bewusstsein – hassen die Juden nicht. Als Kader der PFLP teilen wir mit unseren jüdischen Genossen in Israel die gleichen Ideen, die gleiche Weltanschauung. Die Zionisten setzen ein Gleichheitszeichen zwischen Antizionismus und Judenhass und damit auch zwischen Zionisten und Juden. Darin besteht ihre Legitimationsideologie. Sie tun, als müssten sie den zweiten Holocaust abwehren. Das ist doch lächerlich.

Besteht umgekehrt die Gefahr, dass die Israelis der palästinensischen Existenz auf dem Boden Palästinas ein Ende bereiten?

Nein. Solange es die Okkupation gibt, gibt es Widerstand. Angst ist unser größter Feind und Hoffnung unsere stärkste Waffe. Wir sind hier und sie sind hier. Diese Koexistenz ist objektiv. Sie muss zu einer friedlichen Koexistenz werden. Ich hoffe nur, dass es davor kein Blutbad gibt.

Macht es einen großen Unterschied, ob in Israel der Likud oder die Arbeitspartei an der Macht ist?

Im Prinzip nicht. Obwohl zu Beginn des Oslo-Prozesses Anlass zur Hoffnung bestand, dass es in Israel zu Veränderungen im gesellschaftlichen Bewusstsein, zu ei-

die beiden Lager überein: Israel als kolonialistischen, expansionistischen und rassistischen Staat dauerhaft zu etablieren.

Es gab in Israel eine starke Friedensbewegung, die ein radikales Umdenken zu signalisieren schien.

Doch was ist aus ihr geworden? Merez zum Beispiel hat sich später an der Regierung beteiligt und keine wesentlich andere Politik verfolgt als die Arbeitspartei. Jedenfalls gibt es keine Hinweise darauf,

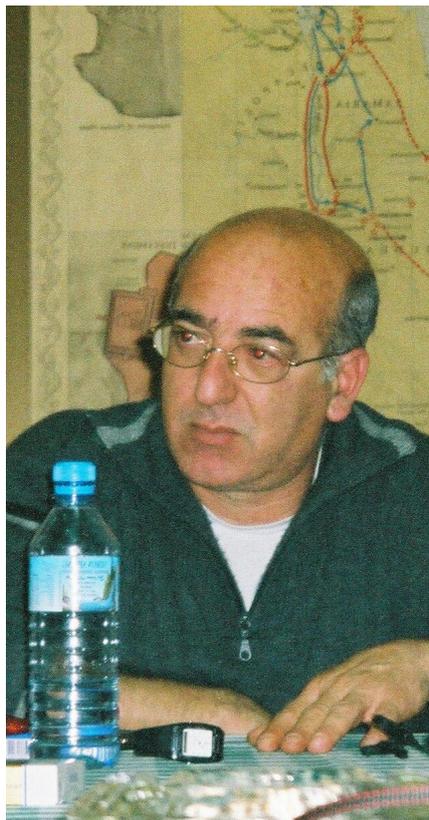
Mit Oslo war die Hoffnung auf einen eigenen palästinensischen Staat verbunden. War es nicht naiv, einen Staat quasi aus der Hand Israels zu erwarten?

Das hängt damit zusammen, wie man Oslo damals beurteilt hat. Die Bevölkerung in der Westbank und im Gasastreifen war anfangs Feuer und Flamme für die Idee eines Staates auf dem Territorium, das 1967 von Israel besetzt wurde. Doch mit der jüdischen Besiedlung in die-

Die USA als Kopf des Imperialismus versuchen alle Befreiungsbewegungen in der Welt als terroristisch zu verunglimpfen um gegen sie vorgehen zu können.

dass sie in der Regierung gegen die Besiedlungspolitik aufgetreten wären. Die Friedensbewegung hat sich aus dem Bann des Zionismus nie zu lösen vermocht. Bei allen Treffen zwischen israelischen Friedensaktivisten und Palästinensern – so positiv

sen Gebieten und der ständigen Beschlagnahme palästinensischen Landes rückte die Perspektive eines unabhängigen palästinensischen Staates in immer weitere Ferne. Das führte zu einer großen Desillusionierung.



Ursprünglich war die Strategie der palästinensischen Nationalbewegung auf die Befreiung des ganzen historischen Palästina gerichtet. Die rechten Nationalisten um Arafat dachten an ein arabisches Palästina, die PFLP an einen demokratischen, säkularen Staat, in dem Juden, Moslems und Christen gleichberechtigt zusammenleben. Nun orientieren alle palästinensischen Fraktionen auf eine Zweistaatenlösung. Hat sich damit auch die PFLP von der Vision eines demokratischen, säkularen Staates verabschiedet?

Wir sind immer noch für den demokratischen, säkularen Staat, in dem es keine nationalen und religiösen Vorrechte gibt. Die Zweistaatenlösung sehen wir als einen Schritt in diese Richtung. Der demokratische, säkulare Staat wäre die humanste und gerechteste Variante hinsichtlich Wiedergutmachung, gleichberechtigtem Zusammenleben und Versöhnung zwischen den beiden Völkern.

Verbirgt sich hinter der Forderung nach einem demokratischen Staat die Nichtanerkennung Israels?



Als die Vietnamesen gegen die Amerikaner gekämpft haben, hat niemand gefragt: „Erkennt Ihr die USA an oder nicht?“ Wir befinden uns in Konfrontation mit Israel. Deshalb ist die Frage der Anerkennung ohne große Bedeutung. An die internationale Gemeinschaft richten wir die Forderung, diesen Staat zu boykottieren.

Steckt hinter der von Israel behaupteten Bekämpfung des Terrors ein Konzept der Vertreibung, der ethnischen Säuberung?

Erstens würde ich nicht von Terrorismus reden, sondern von Widerstand. Über die dabei verwendeten Methoden lässt sich natürlich streiten. Zweitens glaube ich nicht, dass Israel die Fähigkeit besitzt sich der Palästinenser physisch zu entledigen. Vor allem der internationale Faktor spricht dagegen. Nicht der palästinensische Terrorismus wird von der Weltöffentlichkeit als Hauptverursacher des Nahost-Konfliktes wahrgenommen, sondern die militärische Okkupation.

Die PFLP steht auf der von den USA erstellten schwarzen Liste der Terrororganisationen. Nach dem 11. September 2001 liest sich das wie ein Todesurteil.

Der 11. September war sicher ein tragischer Tag. Die PFLP hat damit nichts zu tun und auch die Palästinenser nicht. Sucht man im Internet, findet man die PFLP unter terroristische Organisationen. Doch bisher haben die USA gegen uns nichts unternommen. Es gab auch keinen Boykott der Amerikaner gegen PFLP-gestützte humanitäre Organisationen. Doch

wir dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen. Die USA als Kopf des Imperialismus versuchen alle Befreiungsbewegungen in der Welt als terroristisch zu verunglimpfen um gegen sie vorgehen zu können.

Wie stehen die PFLP zu den islamistischen Organisationen Hamas und Dschihad?

Unsere Differenzen zu den Islamisten sind immens. Ideologisch und sozial gibt es kaum Berührungspunkte. Allein die unterschiedlichen Positionen in der Frauenfrage würde ausreichen um einen Bürgerkrieg auszulösen. Die Auseinandersetzung ist unausweichlich, doch sie sollte demokratisch ausgetragen werden. Auf den Universitäten gibt es Konfrontationen, die

sich aber in Grenzen halten. Es kommt auch vor, dass PFLP-orientierte Studenten Bündnisse mit den Islamisten gegen Arafats al-Fatah eingehen. Doch wir wissen auch, dass die Linken als erste gehenkt werden würden, sollten Hamas oder Dschihad an die Macht kommen. Aber das hat noch Zeit. Und die sollten wir nutzen, um stärker zu werden. Die gegenwärtige Situation ist von Zusammenarbeit geprägt, vor allem im militärischen Bereich.

Welche Faktoren haben die Islamisten gestärkt und die PFLP geschwächt?

Eine unserer Schwächen ergab sich daraus, dass wir eine Untergrundorganisation waren. Wir haben zu spät auf die veränderte Situation reagiert. Wenn man aus dem Untergrund auftaucht, braucht man neue Kader, eine neue Logistik und eine neue Sprache. Wir haben auch unter dem Oslo-Syndrom gelitten. Für die führenden Organe war die Linie klar, doch bei der Vermittlung gab es Probleme. Nach der Konferenz von Madrid 1991 ist unser Einfluss spürbar zurückgegangen. 1997 konnte dieser Trend gestoppt werden. Gegenwärtig werden wir von zehn bis elf Prozent der Bevölkerung unterstützt, die Hamas von 17 Prozent, der Dschihad von acht Prozent. 30 Prozent sind Anhänger der Fatah.

Soll das demokratische, säkulare Palästina ein sozialistisches sein?

Na klar.

** Werner Pirker ist Journalist in Wien*



Amnesty International fordert die Freilassung von PFLP-Mitgliedern

Amnesty International zeigt sich besorgt darüber, dass die Palästinensische Nationalbehörde Mitglieder der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP) ohne gesetzliche Grundlage in Haft hält.

„Die Palästinensische Nationalbehörde muss dem Urteil des palästinensischen Obersten Gerichtshofs vom 7. November 2001 nachkommen, gemäß dem Junis al-Dscharru und Dr. Rabah Muhanna sofort freigelassen werden müssen“, erklärte *Amnesty International*.

Nachdem am 17. Oktober 2001 Mitglieder der PFLP den israelischen Tourismusminister Rechawam Se'ewi in Jerusalem ermordet hatten, wurden über sechzig angebliche Mitglieder der PFLP von der Palästinensischen Nationalbehörde festgenommen. Der Anwalt Junis al-Dscharru, ehemaliger Vorsitzender der palästinensischen Anwaltskammer in Gaza, und Dr. Rabah Muhanna, Vorsitzender der *Union of Health Work Committees* (UHC) in Gaza, wurden am 18. Oktober 2001 verhaftet. Am 27. Oktober brachte das *Palästinensische Menschenrechtszentrum* die Fälle von al-Dscharru und Dr. Muhanna vor das palästinensische Höchstgericht, das die Staatsanwaltschaft aufforderte den Hintergrund der Verhaftung zu erklären. Am 4. November erklärte der palästinensische Generalstaatsanwalt Chaled al-Kidreh, dass ein Gerichtshof der Staatssicherheit für die Fälle zuständig sei, die beiden wären angeklagt die Interessen des Staats verletzt zu haben. Der palästinensische Oberste Gerichtshof wies diese Begründung am 7. November zurück und ordnete die sofortige Freilassung von al-Dscharru und Dr. Muhanna an.

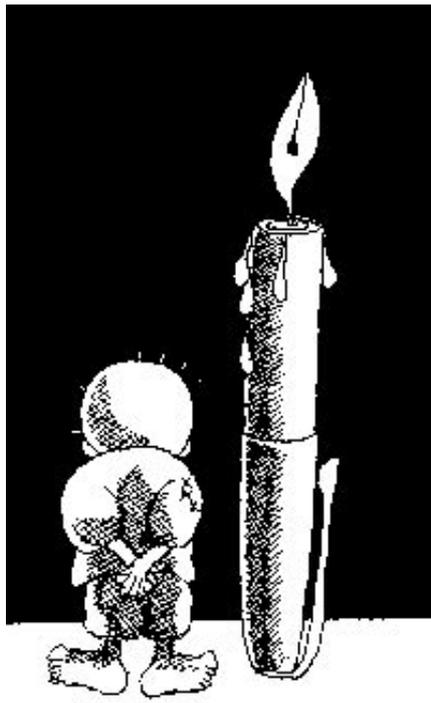
„Die Palästinensische Nationalbehörde ist verpflichtet rechtsstaatliche Normen einzuhalten und Personen, deren Haft für unrechtmäßig erklärt wurde, freizulassen“, stellte *Amnesty International* fest. Rund dreißig angebliche PFLP-Mitglieder, die im Westjordanland festgenommen worden waren, wurden bis jetzt wieder freigelassen. Mehr als dreißig weitere, die in Gaza und Ramallah seit dem 18. Oktober festgenommen wurden, sind weiterhin in Haft.

„Gegen die Verhafteten wurde keine Anklage erhoben, ihre Rechte wurden ignoriert und viele der Verhafteten durften

keine Besuche ihrer Familien empfangen“, sagt *Amnesty International*. „Es ist wichtig, dass alle Verhafteten gemäß der palästinensischen Gesetze und nach internationalen Standards behandelt werden.“

Amnesty International zeigte sich besorgt, dass die Generalstaatsanwaltschaft die Fälle den Staatssicherheitsgerichten übertragen hat: „Verfahren vor den Staatssicherheitsgerichten werden fast ausschließlich von Richtern der Geheimdienste geleitet, sie finden im Schnellverfahren statt und sind absolut unfair. Die Unschuldsvermutung und die Rechte der Verteidigung werden von diesen Gerichten grundsätzlich nicht anerkannt.“

Amnesty International drückte weiters sei-



ne Besorgnis über die Verhängung von Verwaltungshaft von sechs bis zwölf Monaten gegen angebliche Mitglieder des *Islamischen Dschibad* aus. Die Menschenrechtsorganisation betont, dass die Palästinensische Nationalbehörde verpflichtet ist, strafbare Handlungen zu verfolgen: „Personen, die Zivilisten ermorden, müssen vor Gericht gestellt und bestraft werden, aber das Recht auf eine faire Verhandlung vor Gericht muss respektiert werden.“

Auf welche rechtliche Grundlage sich die Verhängung der Verwaltungshaft durch

die Polizeibehörden stützt ist unklar, denn die palästinensischen Gesetze – auch das Strafprozessrecht aus dem Jahr 2001 – sehen keine Verwaltungshaft vor.

„In einem Rechtsstaat besteht ein grundsätzlicher Schutz vor willkürlicher Inhaftierung, d.h. der Staat muss eine Verhaftung begründen können und die Verhafteten haben das Recht, diese Begründung mit Unterstützung eines Anwalts anzufechten“, sagt *Amnesty International*. „Menschenrechtsorganisationen protestieren seit Jahren gegen Verwaltungshaft in Israel. Wir sind schockiert, dass die Palästinensische Nationalbehörde sich nun ebenfalls dieser willkürlichen und unrechtmäßigen Maßnahme bedient.“

Die *Arbeitsgruppe gegen willkürliche Haft der Vereinten Nationen* hat Israel in der Vergangenheit mehrmals wegen der Verhängung von Verwaltungshaft in den besetzten Gebieten verurteilt und festgestellt, dass „individuelle Freiheit nicht dem Unvermögen der Regierung, Beweise vorzulegen, zum Opfer fallen darf.“

Hintergrund

Hunderte Palästinenser wurden in den Jahren zwischen 1995 und Oktober 2000 von der Palästinensischen Nationalbehörde ohne gesetzliche Grundlage für Monate oder Jahre inhaftiert. Die meisten wurden im Oktober 2000, nach dem Beginn der neuen Intifada freigelassen. Ihre Inhaftierung und die Inhaftierungen des letzten Monats, geschahen unter dem Druck Israels und der internationalen Gemeinschaft, Militante zu verhaften.

Amnesty International fordert die Palästinensische Nationalbehörde auf, alle Gewissensgefangenen, die auf Grund ihrer Überzeugung festgehalten werden und niemals Gewalttaten begangen oder zu Gewalt aufgerufen haben, freizulassen. „Alle politischen Gefangenen müssen entweder sofort freigelassen werden oder rasch einem ordentlichen Gerichtsverfahren zugeführt werden, vor Gerichten, die eine faire Verhandlung gemäß internationaler Rechtsnormen garantieren können.“

Aus: Democratic Palestine Nr. 98/99
Oktober/November 2001

„Die Besatzung verfolgt uns überall hin“

Interview mit Ali Dschiddah

Von Achim Schuster*

Ali Dschiddah ist ein schwarzer Palästinenser. Ende der 60er-Jahre organisierte er sich zusammen mit seinem Cousin Mahmud Dschiddah in der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) und nahm auch an bewaffneten Aktionen teil. Wegen eines Bombenanschlags in Jerusalem, bei dem neun Israelis verletzt wurden, saßen er und sein Cousin 17 Jahre (von 1969 bis 1985) in verschiedenen Internierungslagern. Heute arbeitet er zusammen mit seinem Cousin im Nidal-Zentrum in Ostjerusalem. Dort versuchen sie die sozialen Auswirkungen auf die Palästinenser im besetzten Ostjerusalem aufzufangen und organisieren politische Führungen durch den Stadtteil.

Kannst Du vielleicht zu Beginn etwas über Deine persönliche Geschichte erzählen, wie Du dazu gekommen bist, Dich der PFLP anzuschließen?

Das begann 1967 kurz nach dem Sechstagekrieg, als die israelische Armee den Ostteil Jerusalems besetzte. Ich war damals noch Student an einer französischen Schule und träumte davon, später einmal als Akademiker Karriere zu machen. Mit der israelischen Besetzung änderte sich mein Leben schlagartig. Ich konnte nicht mehr weiter studieren, da mein Vater große finanzielle Probleme bekam. Gleichzeitig erlebte ich die permanenten Misshandlungen und Demütigungen durch israelische Soldaten und Siedler. Durch ihr arrogantes Auftreten als Besatzer war ein normales Leben nicht mehr möglich. So tat ich mich mit anderen Betroffenen zusammen, und wir überlegten, wie wir uns dagegen zur Wehr setzen können. Im Zuge dieser Diskussionen und Überlegungen fasste ich den Entschluss, mich der PFLP anzuschließen.

Du bist dann von den Israelis gefangen genommen worden und bist erst nach 17 Jahren wieder freigelassen worden. Wie kam es dazu?

1969 nahmen wir an einer bewaffneten Aktion teil, die als die „Nacht der Bomben“ in Jerusalem bekannt wurde. Zahlreiche Israelis wurden dabei getötet und verletzt. Am Tag davor hatte die israelische Armee mehrere jordanische Städte bombardiert. Die Aktion verstand sich als eine bewaffnete Antwort darauf. Sie sollte den israelischen Bürgern die Botschaft übermitteln: Solange ihr nichts gegen die Besatzungspolitik eurer Regierung tut, werdet ihr auch keinen Frieden haben.

Zu dieser Zeit gab es eine sehr große Gewaltspirale. Auch mein Cousin und ich waren unglücklicherweise Teil davon. Das heißt nicht, dass ich diese Aktion im Nachhinein bereue. Ich sehe uns da genauso, wie viele andere MitkämpferInnen und die durch meine Bombe verletzten neun Israelis als Opfer, dieser damals zugespitzten gewalterfüllten Situation. Heute würde ich eine solche Aktion nicht mehr machen.



Provokation: Scharons Haus mitten in der muslimischen Altstadt von Jerusalem

Nicht aus Angst vor dem Knast, diese liegt mir fern.

Es sind vielmehr zwei Gründe. Der erste Grund ist ein humanitärer: Wir haben Kinder und wollen nicht, dass denen etwas Derartiges passiert. Wir wollen aber auch keine anderen unschuldigen Kinder oder Menschen umbringen. Viel zu viele Unschuldige werden in diesem Konflikt getroffen.

Der zweite Grund ist: Wir haben es satt. Wir haben das Verhalten der Israelis satt, wir haben es satt, so erniedrigend behandelt zu werden und unter der Besatzung leben zu müssen. Das heißt nicht, dass wir zu müde zum Kämpfen geworden sind. Es geht nicht darum, wie lange noch gekämpft wird, es geht um eine politische Lösung.

Ich habe einen Traum, wie damals Martin Luther King in seiner berühmten Ansprache „I have a dream“. Ich würde gerne schöne Träume haben, statt dessen habe ich Alpträume. Wenn ich morgens aufwache neben meiner Frau, sage ich zu ihr nicht „Guten Morgen“ oder etwas ähnliches. Meine erste Frage lautet: „Wo ist meine ID-Card“, also mein blauer israelischer Pass, der mich berechtigt, in Jerusalem zu wohnen. So geht das weiter den ganzen Tag: permanente Sorgen und Ängste, wenn die Kinder in der Schule oder unterwegs sind, Ängste um Freunde und Freundinnen, um meine Frau. Gerade Kinder leiden am meisten unter der Besatzung, und sie leiden völlig unschuldig. Schließlich konnten sie sich nicht aussuchen wo und unter welchen Umständen sie geboren werden.

Die Besatzung werden wir niemals los, sie verfolgt uns überall hin. Sie begleitet uns im Alltag, sie begleitet uns auf dem Klo, in unseren Träumen und sogar, wenn ich mit meiner Frau schlafe. Ein solches Leben haben wir endgültig satt. Unsere Kinder sollen ein anderes Leben haben. Ich habe viele Freunde in meiner Gefangenschaft sterben sehen, habe Misshandlungen und Folter gesehen und erlebt, aber ich muss dennoch feststellen, dass meine Zeit im Knast im Vergleich zu heute das reinste Fünf-Sterne-Hotel war. Nicht weil

es da so komfortabel war, sondern weil wir hier – im großen Gefängnis – mit ganz anderen Sorgen und Ängsten gequält werden. In Gefangenschaft ist man damit nicht so unmittelbar konfrontiert, weil sich das Meiste auf die Situation in Gefangenschaft konzentriert. Draußen sind ganz andere – viel gravierendere Probleme zu bewältigen.

In Europa wird die israelische Unterdrückung und Besetzung in den Medien oft sehr verharmlosend dargestellt. Kritik an der israelischen Regierung wird nur sehr zurückhaltend geäußert. Ein Grund, der hierfür immer angeführt wird, ist die geschichtliche Erfahrung der Juden mit dem Antisemitismus in Europa, welcher im Holocaust und der Vernichtung von über sechs Millionen Jüdinnen und Juden gipfelte. Wie denkst Du über dieses Problem, kannst Du diese Haltung nachvollziehen?

Die Israelis sind Idioten. Sie lernen nichts aus der Geschichte. Nachdem sie im Holocaust die schlimmsten historischen Erfahrungen erleiden mussten, könnten sie die beliebteste Nation der Welt sein. In Wirklichkeit sind sie die aggressivste Nation der Welt. Die PalästinenserInnen haben nichts zu tun mit dem Holocaust. Wir sind die Opfer der Opfer. Das muss die Welt begreifen. Unser Kampf richtet sich nicht gegen die Juden sondern gegen den israelischen zionistischen Staat. Wenn ihr PalästinenserInnen wäret, würdet ihr auch kämpfen. Da bin ich mir sicher. Unter diesen Bedingungen gibt es keine andere Alternative.

Aber es geht um eine politische Lösung, und die beinhaltet für uns, endlich einen eigenen Staat zu haben, auf dem Gebiet, das 1967 von Israel besetzt wurde. Wir wollen die Trennung von den Israelis. Wir wollen keine Israelis mehr sehen, jedenfalls nicht als Besatzer. Im Moment gibt es für uns kein anderes Ziel, als für einen eigenen Staat zu kämpfen mit der Hauptstadt Ostjerusalem. Die Siedlungen müssen verschwinden und die Vertreibung der PalästinenserInnen muss endlich als Unrecht anerkannt werden. Sie müssen das Recht haben zurückzukehren.

Langfristig sehen wir allerdings die beste Lösung für alle in der Schaffung eines demo-

kratischen säkularen Staates für alle hier lebenden Menschen. Aber das ist zur Zeit nicht vorstellbar. Dazu sind die Wunden zu tief und zu frisch.

Anfang 1992 fand in Venedig eine Konferenz statt, die in den italienischen Medien als Konferenz des internationalen Terrorismus bezeichnet wurde. 3.000 VertreterInnen aus den verschiedensten Befreiungsbewegungen der Welt trafen sich hier fünf Tage lang, um über die internationale Situation zu diskutieren und sich auszutauschen. Darunter waren Mitglieder der RAF, der Roten Brigaden, der FARC und anderer militanter Organisationen – auch wir. Am Ende zogen wir auf einer gemeinsamen Abschlussdemonstration mit einer großen Palästinafahne durch die Stadt und riefen gemeinsam: „Scharon – du Schlichter“.

Nach dem 11. September nutzen viele Staaten den Schrecken der Ereignisse, um ihre unlieb-samen Gegner und jeglichen potentiellen Widerstand gegen ihre Politik auszuschalten. Auch die israelische Regierung führt seitdem einen offenen Krieg gegen das palästinensische Volk und bezeichnet Arafat als „unseren Bin Laden“, gegen den jedes Mittel eingesetzt werden dürfe. Hierzu-lande werden hingegen in den Medien und in der Öffentlichkeit in erster Linie sogenannte Selbst-mordattentate verurteilt und der palästinensische Widerstand zum Verzicht auf Gewalt aufgefordert. Wie siehst Du zu dieser Haltung und wie schätzt Du die Politik in Europa diesbezüglich ein?

So wie sich die europäischen Regierungen verhalten, kann ich sie nur als Marionetten der USA bezeichnen. Sie werden systematisch aus den Verhandlungen herausgehalten und lassen sich das auch gefallen. Ihre Äußerungen haben also keine große Relevanz.

Was die Selbst-mordattentate im israelischen Kernland angeht, so schädigen sie unser Ansehen in der internationalen Öffentlichkeit beträchtlich.

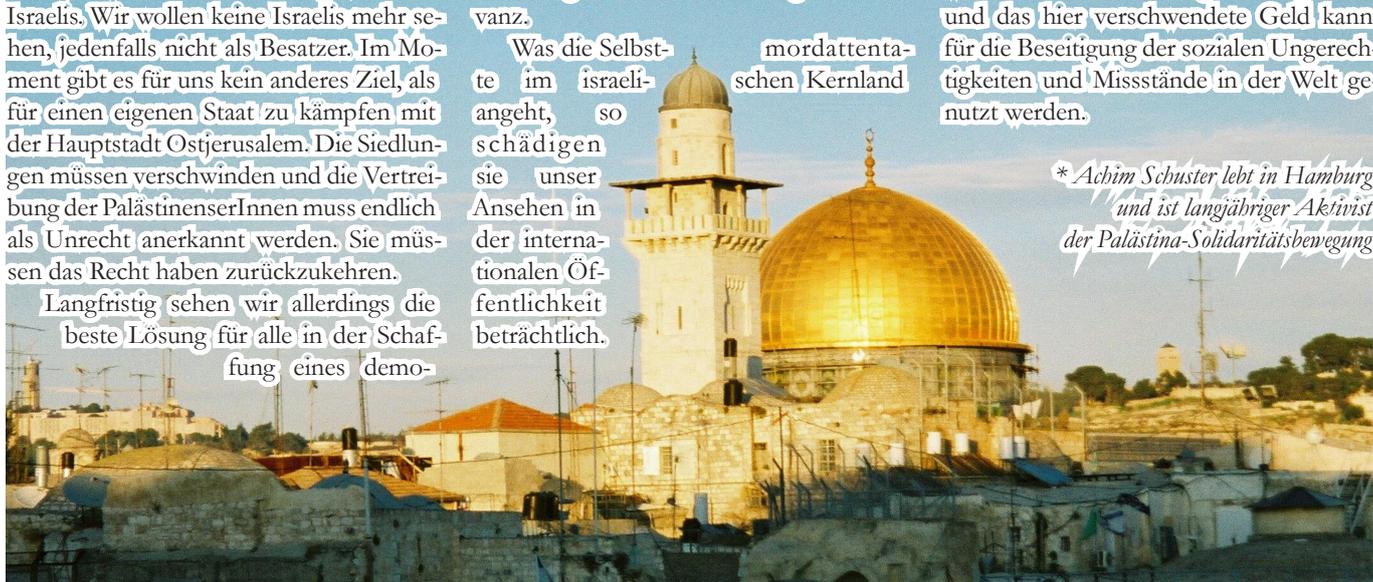
Schließlich provoziert Scharon mit seiner Kriegspolitik genau solche Reaktionen, um damit den legitimen palästinensischen Widerstand gegen die Besetzung zu diffamieren. Legitim sind bewaffnete Aktionen aber allemal, gegen Soldaten, gegen die völkerrechtswidrig eingedrungenen Siedler in den besetzten Gebieten von 1967. Dies ist sogar in der Genfer Konvention festgesetzt, als legitimer antikolonialer Befreiungskampf gegen die Besetzung durch eine andere Nation.

Was erwartet Ihr von einer Solidarität in Europa, wie kann sie Euch unterstützen?

Wir setzen unsere Hoffnungen auf die bewussten Menschen in Europa und anderswo in der Welt. Wir hoffen, dass eines Tages der israelische Staat international so weit isoliert wird, dass er wie Südafrika schlussendlich die Apartheid beenden muss. Israel ist das letzte noch existierende Apartheidregime der Welt und das muss weltweit so begriffen werden. Hierzu war die Verurteilung der israelischen Politik durch die Antirassismuskonferenz in Durban ein wichtiger Schritt und es müssen weitere folgen.

Für uns hat jeder Mensch die gleichen Rechte. So machen wir auch in unserer sozialen Arbeit im Nidal-Zentrum keinen Unterschied in der Behandlung Betroffener. Wer in Not ist, bekommt unsere Hilfe, unabhängig von seiner politischen Einstellung. Wir sind alle nackt auf die Welt gekommen und wir werden sie genauso wieder verlassen. Egal welche Hautfarbe wir haben, in welchem Land wir geboren sind, ob wir Männer oder Frauen sind und welchem Glauben wir angehören. Das muss die Welt endlich begreifen. Dann werden auch keine Kriege mehr geführt und das hier verschwendete Geld kann für die Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeiten und Missstände in der Welt genutzt werden.

** Achim Schuster lebt in Hamburg und ist langjähriger Aktivist der Palästina-Solidaritätsbewegung.*



„Unser Kampf richtet sich nicht gegen die Juden, sondern gegen die Besatzung“

Interview mit Abdalla al-Schami, Sprecher des *Islamischen Dschihad*

Zunächst einmal möchten wir euch alle herzlich hier in Palästina willkommen heißen und euch für eure Anstrengungen danken, das palästinensische Volk zu unterstützen. Auch begrüßen wir eure Aktivität gegen den Zionismus und Imperialismus. Für uns ist es wichtig mit allen antiimperialistischen und antizionistischen Kräften der Welt zu kooperieren. Wir müssen sehen, wer für diesen Konflikt verantwortlich ist. Wir sind verbittert darüber, dass Europa noch immer hinter Israel steht – und das obwohl es bereits 1944, 1948, 1967, 1973 und während der Intifada gegen uns kämpfte. In Europa behaupteten sie: „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“, aber ihr könnt sehen, dass tatsächlich dieses Land niemals ohne Volk war.

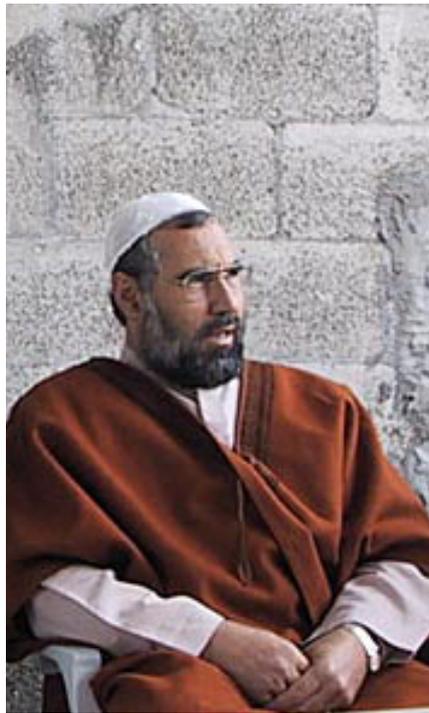
Wir hoffen, dass eure Anstrengungen und jene der Gläubigen auf dieser Welt, der Menschen die den Frieden lieben, diese falsche Herangehensweise korrigieren können und dass klar dargelegt werden kann, dass wir keine Terroristen sondern Freiheitskämpfer sind, genauso wie jedes andere Volk, jeder andere Mensch auf dieser Welt, der für Frieden kämpft. Wir brauchen eure Hilfe um diese falsche Sichtweise zu ändern, wir brauchen Veränderungen in Europa, Amerika und vielleicht durch Freunde von euch in Israel.

Diesen Kampf führen wir um unser Recht auf ein Leben in Frieden. Genau so wie die Deutschen, die Italiener oder die Franzosen, wie jedes menschliche Wesen, wollen auch wir in Frieden und Sicherheit leben. Das ist der Grund, weshalb wir heute kämpfen und auch morgen unseren Kampf fortsetzen werden.

Wir kämpfen innerhalb Palästinas, wir haben nie irgendeine Aktion außerhalb durchgeführt, weder in Europa noch in Amerika, denn unser Ziel ist die Befreiung unseres Landes und nicht der Kampf gegen irgendjemanden außerhalb Palästinas. Schließlich sehen wir uns selbst als Freiheitskämpfer und auch die Schritte, die wir im Kampf hier in Palästina unternehmen dienen dem Kampf für unsere Rechte. Und dennoch werden wir von der westli-

chen Welt gehasst. Alles was wir fordern und brauchen sind unsere Rechte, nicht mehr und nicht weniger.

Wir sind auch traurig darüber und weisen es zurück, dass Europa uns auf die Liste der terroristischen Organisation gesetzt hat, obwohl, wie ihr wisst, unsere Kämpfer nur gegen den Zionismus in Palästina vorgehen, gegen die Besatzung und die Verbrechen der Israelis gegen unser Volk, unsere Kinder, unsere Frauen. Wir kämpfen auch gegen die Siedlungen, die sie direkt in unser Herz gepflanzt haben,



in Gasa und dem Westjordanland.

Und all diese Vergehen bringen Europa nicht dazu, Israels Vorgehen zu verurteilen, sondern sie verurteilen uns. Wir blicken auf Europa, damit es uns hilft, aber das was Europa heute wirklich macht, ist gegen unsere Befreiung, ist gegen das palästinensische Volk gerichtet. Wir hoffen, dass ihr diese falsche Sicht der Dinge ein wenig korrigieren könnt.

Eine andere Sache, auf die ich noch zu sprechen kommen möchte, sind die Menschenrechte, denn wir respektieren die Menschenrechte, wir verteidigen sie mit unserem eigenen Blut und verteidigen

sie auch für andere. Aber der israelische Staat, die zionistische Armee verletzen die Menschenrechte, wie man jeden Tag im Fernsehen sehen kann. Sie vergehen sich gegen das Recht der Menschen zu leben, zu lernen und zu lehren. Deshalb haben wir keine andere Wahl, wir haben alle möglichen Wege seit 1992 ausprobiert um Frieden mit den Israelis zu schließen. Die PNA schloss einen Frieden ohne Resultat, deshalb ist der einzige und richtige Weg für die Erringung unserer Rechte der Kampf und der Widerstand gegen Zionismus und gegen die israelische Besatzung in unserem Land.

Jene, die sich selbst in die Luft sprengen, um dem Feind zu schaden, nennen wir *Istischbadi* (von *Schahid*, Märtyrer) Die Leute in Europa halten das für brutal und reagieren negativ auf unsere Bewegung und sogar auf unsere Ziele. Aber ihr müsst wissen, dass der *Istischbadi*, wenn er geht, sehr gut weiß, dass es keine andere Möglichkeit gibt. Denn die Israelis haben F-16, Schnellfeuerwaffen, Raketen, Panzer, Apache-Kampfhubschrauber und andere hochentwickelte Waffen. Mit denen greifen sie Zivilisten an, Menschen, die vielleicht gerade mal ein Gewehr oder auch nur einen Stein haben. Deshalb haben wir keine andere Möglichkeit uns zu verteidigen und zurückzuschlagen. Die Menschen in Europa sollten das fühlen, was wir fühlen, wenn sie unsere Familien und unsere Kinder umbringen.

Wenn Europa uns Panzer und Flugzeuge gäbe, würden wir mit diesen Operationen aufhören, aber ihr wisst selbst, dass Europa und Amerika hinter Israel stehen und von uns das Ende dieser Operationen einfordern.

Wenn Europa Israel auffordern würde die Verbrechen gegen unser Volk zu beenden, wenn Europa uns helfen würde, wären wir sehr dankbar. Aber wir sollten nicht vergessen, dass Europa der Grund für unsere Lage ist, denn es war Europa, das der israelischen Besatzung den Weg geebnet hat, es war eine europäische Entscheidung.

Unser *Dschihad*, unser Kampf ist nicht

gegen die Juden als solche gerichtet, das ist ein wichtiger Punkt, den ihr verstehen solltet, unser Kampf richtet sich nicht gegen die jüdische Religion, wir kämpfen gegen die Besatzung und wenn die Besatzung von Großbritannien, dem Irak oder Italien ausgehen würde, es wäre egal, wir würden gegen jede Art der Besatzung kämpfen. Wir kämpfen hier nicht, weil hier Juden sind. Wir haben gute Beziehungen zu Juden in Amerika, Brasilien, Italien und England, denn sie okkupieren uns nicht. Dies hier ist ein Kampf gegen die Besatzung, egal von wem sie ausgeht. Als *Islamischer Dschihad* respektieren wir alle Menschen, unabhängig von ihrer Religion, seien es Juden, Christen oder was auch immer, wir respektieren ihre Religion, wir kämpfen nicht gegen niemanden aufgrund seiner Religion.

Wie ist euer Verhältnis zu anderen politischen Organisationen wie PFLP, Hamas oder PNA? Zunächst glauben wir alle, als Palästinenser, von allen Parteien, dass wir das gleiche Schicksal unter der israelischen Besatzung und Aggression gegen uns und unser Volk teilen. Deshalb stimmen wir alle darin überein, den Israelis keine Chance zu geben, Konflikte in unsere nationale Einheit der Verteidigung unsers Volkes gegen die Besatzung zu säen.

Unsere Beziehungen zu allen politischen Bewegungen, wie Fatah, Hamas, PFLP oder DFLP sind gut, wir haben eine gelebte Einheit in unserer Aktivität. Natürlich haben wir Differenzen betreffend einiger Vorstellungen, Ideen oder Positionen, aber im Grunde sind wir alle vereint, unsere Differenzen sind Differenzen, keine Probleme. Selbst mit der PNA haben wir gute Beziehungen, wir respektieren die Autonomiebehörde, obwohl sie uns in gewisser Weise angreifen, aber wir glauben, dass wir alle gegen die israelische Besatzung kämpfen und nicht gegen die Autonomiebehörde.

Was ist eure Vision einer befreiten Gesellschaft? Wie sieht der Staat aus, den ihr aufbauen wollt, wie sieht eure Idee einer islamischen Gesellschaft aus? Wie seht ihr den Zusammenhang zwischen dem Kampf für die Befreiung der 1967 besetzten Gebiete und dem Kampf zur Befreiung ganz Palästinas?

Wir möchten klarstellen, dass es vor 50 Jahren noch nichts gab, was Israel hieß, es gab nur das Land Palästina, das Land in dem wir als Palästinenser seit Tausenden von Jahren gelebt haben. Wir hatten eine

jüdische Minderheit, aber die lebte in Palästina.

Wir kämpfen um unsere Freiheit, wir kämpfen darum jeden Zentimeter Palästinas zu befreien, um unseren Staat darauf zu errichten, um dann ganz Palästina befreien zu können.

Was den ersten Teil der Frage angeht: Wir respektieren und glauben an das Recht des Volkes sich zu entscheiden und wir werden dem Willen des Volkes zustimmen, was immer es sich für ein System oder Regime wählt. Wir haben gewisse Ideen und Vorstellungen und wir werden versuchen innerhalb der Gesellschaft Leute für uns zu gewinnen, solange bis wir die Mehrheit stellen und die Leute dem zustimmen, was wir uns vorstellen, dann können wir das Regime ändern.

Viele Leute in Europa lehnen Euch wegen eurer Positionen zu den Rechten der Frau ab. Wie ist eure Stellung dazu?

Frauen sind die andere Hälfte von mir, meine Mutter, meine Schwester, meine Frau. Die Frau hat die gleichen Rechte. Ich glaube daran, dass Frauen zu schützen sind und in ihren Rechten zu unterstützen sind, denn sie sind ein Teil von uns.

Aber das heißt auch, dass ich mich dagegen verwehre, dass Frauen verkauft und gekauft werden, wie ein Produkt, denn so erscheint es in den Medien, in der Werbung. Das ist eine Beleidigung für die Frau und ihre menschliche Würde.

Meine Position gegenüber den Frauen kommt von meinem Verständnis des Islam, der Islam gibt der Frau einen hohen Rang in der Religion, es gibt zwei Suren im Koran, eine heißt „Maria“ und die andere „Die Frauen“. Das zeigt, dass der Islam, der Koran die Frau respektiert und Gott sie schützt und ihr Rechte gibt.

Wie ist eure Meinung zur panarabischen Bewegung? Unterstützt ihr die panarabische Idee oder steht euch die panislamische Einheit näher?

Wir unterstützen alle Befreiungsbewegungen auf der ganzen Welt. Es schaut dieser Tage danach aus, als ob die Welt dazu tendiere, vereinigte Organisationen, vereinigte Körperschaften zu gründen, wie die Europäische Union zum Beispiel. Aber was wir hier in unserem Gebiet erfahren, ist ein systematischer Plan Europas und Amerikas unser Gebiet weiter zu unterteilen. In der arabischen Welt sprechen wir dieselbe Sprache, leben dieselbe Kultur, blicken auf dieselbe Geschichte zurück, wir bewohnen dasselbe Land, wir sind das-

selbe Volk. Und wir haben die notwendigen Voraussetzungen zur Vereinigung, aber der Westen will uns nicht vereint sehen. Vor dem 20. Jahrhundert war die arabische Welt geeint, es war ein Land, eine geographische und politische Einheit. Aber nach dem kolonialistischen Sykes-Picot-Abkommen zwischen Frankreich und Großbritannien wurde unsere Welt aufgeteilt und diejenigen, die dieses Abkommen geschlossen haben, haben immer noch Interesse an diesem Status quo.

Was denkt ihr über Bin Laden und was denkt ihr über den Iran? Im Iran haben wir die Erfahrung gemacht, dass Linke, Kommunisten und Islamisten zusammengearbeitet haben, aber nachdem die Islamisten an die Macht gekommen waren, unterdrückten sie die Linke.

Es gibt unterschiedliche Visionen von unterschiedlichen islamischen Bewegungen oder Parteien. Wir können also durchaus zu bestimmten Fragen anderer Meinung sein, in Bezug auf unsere Interpretation des Islam.

Zu Bin Laden: Nun, wir mögen mit ihm bei der Idee übereinstimmen für den Islam zu arbeiten, aber wir stimmen seinen Mitteln um das Ziel zu erreichen nicht zu. Wir akzeptieren Bin Laden, was seinen Kampf gegen den Imperialismus betrifft, denn er spricht auch über unsere Angelegenheiten, unsere Ziele, aber möglicherweise haben wir mit ihm zu anderen Fragen Differenzen.

Zum Iran: Als die iranische Revolution passierte, hatte das iranische Volk die Chance sein Regime zu wählen, ein demokratisches, ein islamisches oder was auch immer. Das Volk wählte, wie wir wissen, das islamische Regime. Das war nicht unser Wille, sondern jener des iranischen Volkes. Wir respektieren den Willen des iranischen Volkes, sowohl wenn es sich für den Islam entscheidet, als auch für irgendein anderes Regime. Es ist seine Entscheidung, seine Meinung. Wir haben schon zu Beginn unseres Treffens gesagt, dass, wenn wir hier in Palästina, so Gott es will, in Freiheit leben, und das Volk irgendein Regime möchte, so können wir es nicht dazu zwingen für ein islamisches Regime zu sein. Wenn es ein islamisches Regime will, dann können wir es nicht zu irgendeinem anderen zwingen. Es ist also der Wille des Volkes, das Volk entscheidet und wählt, möge Gott uns helfen.

In der Falle der NGOs

Eindrücke von einem Gespräch im Flüchtlingslager Deheische bei Bethlehem

Von Wilhelm Langthaler*

Das Flüchtlingslager Deheische besteht seit über fünfzig Jahren. In ihm leben auf engstem Raum vor allem Flüchtlinge der Nakba, der katastrophalen Vertreibung von 1948, zum Teil schon in vierter Generation.

Schon auf dem Weg zum Haus der Familie des Märtyrers Abu Akar sehen wir auf allen Wänden das Konterfei von Abu Ali Mustafa und zahlreicher anderer gefallener Kämpfer der *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP), die in dem Lager breite Unterstützung genießt.

Bereits als wir das Haus betreten, stoßen wir auf die elementarsten Alltagsprobleme. Auf engstem Raum leben Dutzende Menschen, so dass unsere rund dreißigköpfige Delegation kaum Platz findet. Die Familie erzählt von ihrer misslichen Lage und ihrer großen politischen Tradition im Widerstand und bald kommt das Gespräch auf die Friedensverhandlungen von Oslo. Wie kaum wo, selbst nicht bei den Spitzenfunktionären der PFLP, wird der sogenannte Friedensvertrag als Betrug radikal abgelehnt, denn er sah keinerlei Lösung für die Flüchtlinge von 1948 vor. Im Gegenteil, diese hätten durch das Abkommen alle ihre historischen Ansprüche verloren und auf die Rückkehr endgültig verzichten sollen. Es ist nur logisch, wenn die Bewohner der Flüchtlingslager – und das ist ein beträchtlicher Anteil der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten von 1967 – die neue Intifada als Ende eines Alptraum erleichtert willkommen heißen haben.

Einige Delegationsteilnehmer weisen im Gespräch auf den Widerspruch zwischen der Tatsache hin, dass einerseits Oslo nicht nur für die Flüchtlinge keine Lö-

sung darstellt, sondern auch die restliche palästinensische Bevölkerung in Quasi-Lager interniert, andererseits der Architekt von Oslo, Jassir Arafat, und seine Fatah noch immer die stärkste und dominierende Kraft unter den Palästinensern stellt. Sowohl die Opposition von islamischer als auch von linker Seite muss sich immer wieder den Vorgaben Arafats palästinensischer Nationalbehörde (PNA) anpassen.

Die Antwort Abu Akars ist einleuchtend: „Die Mehrheit lehnt Oslo und auch die versöhnlerische Politik Arafats ab. Doch auf vielerlei Weise sind die Menschen an die PNA, Fatah und zahlreiche NGOs gebunden. Da die Wirtschaft der palästinensischen Gebiete von der Okkupationsmacht immer weiter erdrückt wird, gibt es ohne diese Hilfe kein Überleben. Viele lebenswichtigen Einrichtungen wie Schulen und Spitäler werden vom Westen über die PNA und NGOs unterhalten. Diese Gelder werden natürlich an politische Bedingungen gebunden, nämlich den Widerstand nicht zu eskalieren und die Versöhnung mit der zionistischen Okkupation zu suchen. Wir sind also auf die NGOs und die PNA angewiesen, wir sind von ihnen abhängig – es ist wie in einer Falle.“

Es nimmt daher nicht wunder, dass nach dem Beginn der zweiten Intifada und selbst mit dem nach dem 11. September vergangenen Jahres eingeleiteten Terrorkrieges diese karitativen Gelder nicht zu fließen aufhörten. Dies stimmt sogar für jene sozialen Einrichtungen, die mehr oder weniger versteckt von der Linken geführt werden. Zu groß scheint man im Westen die Gefahr einer weiteren Radikalisierung einzuschätzen.

Dennoch, die Familie weist darauf hin, dass der palästinensische Widerstand weitergehe, die Intifada fortgesetzt werde. Abu Akar fügt freilich hinzu, dass sich für einen Erfolg die internationalen Umstände ändern müssten. Solange die Palästinenser auf sich allein gestellt seien, könnten sie nicht viel mehr erreichen.

Darum unterstreicht er mehrmals die Bedeutung der internationalen Solidarität. In den 80er-Jahre habe es ständige Solidaritätsdelegationen gegeben. Diese gaben sich in Deheische fast die Klinke in die Hand. Die Palästinenser hätten gewusst, dass sie internationale Unterstützung hatten und das stärkte sie in ihren Befreiungskampf. Aber nach Oslo seien jahrelang keine Delegationen mehr ins Lager gekommen. Erst jetzt beginne es langsam wieder.

Und wieder kommt Abu Akar auf die NGOs zu sprechen. Er erklärt, dass diese Delegationen zwar wichtig seien, doch die kämen fast alle im Rahmen von NGOs um die Illusion von Oslo wiederaufleben zu lassen. Darum begrüße er besonders die Antimperialistische Solidaritätsdelegation, die sich ohne Abstriche auf die Seite der Palästinenser stelle. Nur wenn abermals eine starke antimperialistische Solidaritätsbewegung entstehen würde, die eventuell auch materielle Hilfe leisten könne, werde es möglich sein sich aus der Umarmung der PNA und der NGOs zu befreien und den Befreiungskampf in vollem Umfang wieder aufzunehmen.

* Wilhelm Langthaler ist Aktivist der Antimperialistischen Koordination in Wien.



Hier sieht man ...
a. eine palästinensische Frau
b. eine Terroristin

Dieser Junge ist ...
a. ein palästinensisches Schulkind
b. ein Terrorist

Dieser israelische Soldat ...
a. ermordet palästinensische Zivilisten
b. verteidigt sich gegen Terroristen

Glückwunsch! Sie haben alle Fragen richtig beantwortet und werden in die israelische Armee aufgenommen!

„Ohne massiven Druck von außen kein Frieden“

Gespräch mit Michel Warschawski

Von Werner Pirker*

Michel Warschawski ist Historiker und Publizist. Der bekannte linke Antizionist war Direktor des Alternative Information Center in Jerusalem. Warschawski ist Verfechter eines demokratischen, binationalen säkularen Staates für Israelis und Palästinenser.

In den israelisch-palästinensischen Beziehungen herrscht wieder Eiszeit, täglich gibt es neue Nachrichten von bewaffneten Zusammenstößen, Anschlägen und zerstörten Häusern. Woran ist der Oslo-Friedensprozess gescheitert?

Weil Frieden an sich nichts bedeutet. Nur ein gerechter Frieden ist tragfähig. Ariel Scharon hat unlängst kundgetan, dass der israelische Unabhängigkeitskrieg noch nicht beendet sei, dass er noch hundert Jahre dauern könne. Der Scharon-Plan, dem alle israelischen Regierungen, ob links- oder rechtsorientiert, folgten, sieht die Konzentration der palästinensischen Bevölkerung in bestimmten Zentren und deren Kontrolle von außen vor. Das heißt, es sollen selbstverwaltete Gebilde nach dem Modell der Bantustans geschaffen werden. Des weiteren sollen die Wasserressourcen möglichst vollständig unter israelischer Kontrolle bleiben.

Wie eine Kette schlingen sich die jüdischen Siedlungen um die autonomen Gebiete. Diese wurden voneinander abgeschnitten, was die Bewegungsfreiheit der Palästinenser enorm beeinträchtigt, während die Siedlungen über Umgehungsstraßen miteinander verbunden sind. Das war die Formel von Camp David. Was die Palästinenser im Jahr 2000 in Camp David hätten unterschreiben sollen, war im Grunde der Scharon-Plan. Ein solcher Friedensvertrag konnte von der palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) nicht akzeptiert werden, die palästinensischen Massen hätten das Arafat nie verziehen. Für diese Ablehnung sind die Palästinenser kollektiv bestraft worden. Die Repression Israels in den besetzten Gebieten war noch nie so scharf wie heute, außer in der kurzen Periode zwischen 1969 und 1970 im Gasastreifen. Auch damals war es Scharon persönlich, der als General für diese Intervention die Verantwortung trug.

Doch auch die PNA stellte sich mehr als ein Instrument der Unterdrückung als der Befreiung

heraus.

Die PNA fungierte als eine Art Unterabteilung der israelischen Unterdrückungspolitik, doch sie kann die Repression nur sehr begrenzt ausüben. Die israelische Führung hegte die Hoffnung, dass sich die Autonomiebehörde nach dem Muster der Südlibanesischen Armee entwickeln könnte. Vergebens: Die PLO hat sich nicht von einer Befreiungsbewegung zu einer Bewegung von Kollaborateuren entwickelt. Um ein Regime der Kollaborateure zu etablieren, hätte es eines Bürgerkrieges bedurft. Die Ablehnung von Camp David hat die palästinensische Einheit gestärkt. Schon lange nicht mehr wirkte Arafat so entspannt wie nach der Nichtannahme dieses Friedensdiktats.

Du sollst nicht:

erobern	לא תכבוש
stehlen	לא תגנוב
vertreiben	לא תגרש
kolonisieren	לא תתנחל
foltern	לא תתעלל
zerstören	לא תהרוס
beschlagnahmen	לא תפקיע
bombardieren	לא תפגוז
morden	לא תרצח
lügen	לא תשקר

Schluss mit dem Zionismus!

די לציונות!

Camp David bedeutete auch den völligen Kollaps des israelischen Friedenslagers. Es folgte Baraks Darstellung, dass Israel den Palästinensern einen gerechten Frieden angeboten hätte, diese aber kompromissunfähig seien. Barak argumentierte wie ein Autohändler. Als hätte er Arafat ein Auto praktisch umsonst angeboten, dieser das Angebot aber ausgeschlagen. Die öffentliche Meinung in Israel ist wieder auf dem Stand von vor 30 Jahren zurückgefallen. Jetzt herrscht wieder die Ansicht vor, dass die Palästinenser, die

Araber, die internationale Gemeinschaft, dass alle Israel zerstören, die Juden ins Meer werfen wollen und dass das treibende Prinzip der internationalen Politik der Antisemitismus sei.

Gegen schwere innere Widerstände hatte sich die palästinensische Führung für die Zweistaatenlösung entschieden. Ist die nun gescheitert?

Die einfachste und auch billigste Lösung wäre ein gemeinsamer Staat in einem einheitlichen Raum gewesen. Ein Staat mit einem hohen Grad an kultureller Autonomie für die Palästinenser, eventuell auch einer eigenen Polizei. Selbst diese Lösung wäre mit Blickpunkt auf die nationale Gleichberechtigung für die Palästinenser mit höheren Risiken verbunden gewesen als für die Israelis, weil sie ökonomisch unterlegen waren.

Nachdem eine solche Lösung keine Chance hatte, entstand in der palästinensischen Bevölkerung das Bedürfnis nach einem Staat in den von Israel 1967 okkupierten Gebieten. Das bildete die Grundlage für den israelisch-palästinensischen Kompromiss, der den Oslo-Prozess einleitete. Doch das Projekt eines Staates auf der Westbank und im Gasastreifen hätte zügig umgesetzt werden müssen. In der Realität war der Oslo-Prozess aber geprägt von einer ständigen Hinhaltenaktik der Israelis bei gleichzeitiger Schaffung von Tatsachen, das heißt der Einkreisung der Autonomiegebiete durch jüdische Siedlungen und der Entwicklung einer Apartheid-Politik gegenüber der arabischen Mehrheit. Nach der Lockerung der militärischen Okkupation kam die Siedler-Invasion. Langfristig könnte sich das als Verbrechen gegen die jüdische Existenz in dieser Region herausstellen. Früher hassten die palästinensischen Massen die Zionisten, die Okkupation, nun, unter das Apartheid-Regime geraten, hassen sie die Juden.

Die Hoffnung der Palästinenser auf Rückgewinnung eines Teils ihrer angestammten Territorien erwies sich als Trugschluss. Denn der Grad der nationalen Selbstbestimmung ist territorial nicht zu bemessen. Es geht nicht um Territorien, sondern um nationale Rechte. Das Schei-

tern der zweiten Lösung könnte in Perspektive wieder zur ersten zurückführen: zur Schaffung eines demokratischen, säkularen Staates auf dem Boden des ganzen historischen Palästina.

Ist eine friedliche Transformation des zionistischen Staates in einen demokratischen, säkularen Staat möglich, oder ist ein Crash unvermeidbar?

Ohne Zusammenprall, ohne massiven Druck von außen ist eine grundsätzliche Veränderung der israelischen Gesellschaft nicht denkbar. Das hat der Oslo-Prozess bewiesen. Die Israelis konnten sich stets in der Sicherheit wiegen, eine Befriedung des palästinensischen Konflikts ohne wesentliche Zugeständnisse zu erreichen. Und es bestand wenig Veranlassung für sie, den Forderungen der Palästinenser nach einem souveränen Staat nachzukommen. Ob Friedens- oder Kriegskabinetts: Die nationale Gleichberechtigung zwischen Israelis und Palästinensern stand in Israel nie ernsthaft zur Debatte. Aus

sich selbst heraus wird sich die israelische Gesellschaft nicht transformieren. Zu ausgeprägt ist das Gefühl der eigenen nationalen Exklusivität. Auch werden die Juden in Israel und den besetzten Gebieten nicht von sich aus auf nationale Vorrechte verzichten. Der antidemokratische Charakter Israels ergibt sich aus der Spezifik der zionistischen Kolonialisierung. Eine substantielle Veränderung der israelischen Gesellschaft ist nur durch das Zusammenwirken äußerer Drucks und innerer Widersprüche denkbar. Die USA haben sich auch deshalb aus Vietnam zurückgezogen, weil die inneren Widerstände gegen den Krieg zu groß geworden waren. Der Vietnam-Krieg war mit dem Rückzug der US-Truppen praktisch beendet, in Algerien mussten mit den französischen Truppen die Algerien-Franzosen das Weite suchen. Da die Existenz der isra-

elischen Juden aber weitgehend an Israel gebunden ist, wird sich der Nahost-Konflikt nur durch eine Veränderung der israelischen Gesellschaft beenden lassen. Ein wirklicher Frieden wird für die Israelis nicht umsonst zu haben sein, sie werden einen angemessenen Preis dafür bezahlen müssen, der im Verlust ihrer Vorrechte besteht.

Welcher Art sind die innerisraelischen Widersprüche?

Da ist einmal der Widerspruch zwischen

gen will, und eine theokratische, die sich aggressiv von der Moderne abgrenzt. Die eine hat ihre Kapitale in Tel Aviv, die andere in Jerusalem. Es ist ein Widerspruch zwischen Israel und Judäa. Für Israel stand – um das am Beispiel von israelischen Politikern darzustellen – Barak, für Judäa Netanjahu. Hebron, wo 400 Siedler in erklärter Feindschaft mitten unter 130.000 Palästinensern leben, weil es dort eine heilige jüdische Stätte zu verteidigen gebwe, ist das beste Beispiel für ein archaisches Judäa. Die beiden Blöcke sind kaum instan-

de, miteinander zu kommunizieren. Ben-Gurions Vision, mit dem neuen Staat auch den „neuen Juden“ zu kreieren, aus Polen, Deutschen, Marokkanern usw. einen neuen nationalen Typus zu schaffen, den er sich im übrigen blond, blauäugig, groß und stark vorstellte, erwies sich als reaktionäres Hirngespinnst.

Können diese Widersprüche im Sinne einer Demokratisierung bzw. Entzisionisierung genutzt werden?



9. Februar 2002: 14.000 Personen demonstrieren in Tel Aviv gegen die Besatzung

der Konzeption eines jüdischen und der eines demokratischen Staates. Diese Spannung ist dem Staat Israel seit seiner Gründung immanent. Ein Staat, der auf dem Prinzip der religiösen und nationalen Exklusivität beruht, kann nicht demokratisch sein. Natürlich wird Israel auch von den Widersprüchen geprägt, die sich aus seiner Klassengesellschaft ergeben. Doch kommen diese nur in einer sehr moderaten Form zum Ausdruck. Gegen die Budgetkürzungen demonstrierten gerade mal 2.000 Menschen vor der Knesset. Der dritte wesentliche Widerspruch ist der zwischen der jüdischen und der israelischen Identität. Die jüdische bezieht sich auf die Religion, die israelische ist säkular. Im Grunde stehen sich in Israel zwei Gesellschaften gegenüber. Eine, die auf einen modernen Staat gerichtet ist und sich nicht außerhalb der Globalisierung bewe-

Der 1948 gegründete jüdische Staat bedeutet Diskriminierung per Definition. Doch es gibt ein starkes Bedürfnis im säkularen Sektor der israelischen Gesellschaft nach einem demokratischen Staat im westlichen, liberalen Sinn. Gleichzeitig sind nach dem Scheitern von Oslo die Denkmuster aus den 1950er- und 1960er-Jahren wieder bestimmend geworden. Wir erleben eine Neuauflage des alten Diskurses, demzufolge Israel sich gegen die ganze Welt behaupten müsse. Zu Beginn der Verhandlungen waren 70 Prozent der Israelis für einen Ausgleich mit den Palästinensern, welcher Art auch immer, nun beansprucht die große Mehrheit in Israel eine Carte blanche für die Fortsetzung der expansiven Siedlungspolitik.

Nach dem Scheitern von Oslo steht uns ein langer Kampf bevor, einer, der nicht wenige Monate, sondern Jahre dau-



ern wird. Der Tiefpunkt ist noch nicht erreicht. Auch vom gegenwärtigen Waffenstillstand soll man sich nicht täuschen lassen. Spätestens im Frühjahr wird die israelische Führung neue Auseinandersetzungen provozieren.

Die politische Bewegung der Palästinenser ist in mehrere, sich mitunter heftig bekämpfende Strömungen gegliedert. In Arafats Fatah, die links-säkularen Kräften um die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP) sowie den Islamisten um Hamas und Dschihad. Bevorzugen Sie eine dieser Strömungen?

Ich bin für den Befreiungskampf und fühle mich am stärksten mit der palästinensischen Linken, also mit der PFLP und der DFLP, verbunden. Doch es wäre eine typisch kolonialistische Attitüde, den Palästinensern vorschreiben zu wollen, wie sie ihren Kampf zu führen haben und von welchen Kräften sie sich dabei leiten lassen sollen. Selbstbestimmung bedeutet, auch über die Kampfformen zur Erreichung dieses Ziels selbst bestimmen zu können. Natürlich ist die Frage legitim, ob militärische Aktionen in Israel zweckmäßig sind und nicht vielmehr bewirken, dass die militärische Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten um ein vielfaches verstärkt wird. Doch diese Frage zu beantworten, ist nicht Aufgabe der israelischen Linken. Die zur Zeit vorherrschende Einheit gegen die Okkupation ist eine große Errungenschaft. Sie darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Selbst wenn man sich auf eine falsche Politik einigen sollte, wäre das immer noch besser, als sich in einen Bürgerkrieg treiben zu lassen. Meiner Meinung nach ist die Einheitsfront die sicherste Garantie, um sich in diesem Kampf langfristig zu behaupten.

Hat sich in den mehr als fünfzig Jahren der staatlichen Existenz Israels eine israelische Nation herausgebildet?

Es ist das Gegenteil von dem eingetreten, was Ben-Gurion gedacht hatte. Er glaubte, dass sich die israelische Nation innerhalb weniger Jahrzehnte, innerhalb von ein oder zwei Generationen herausbilden würde, während er hinsichtlich der Entstehung eines starken Staates mit einer Zeitspanne von ungefähr 150 Jahren rechnete. Längst ist der Staat Israel stark und mächtig, doch das Ziel der Bildung einer israelischen Nation ist bisher deutlich verfehlt

worden. Der Prozess verläuft sogar eher in die entgegengesetzte Richtung. Zwar hat sich Hebräisch als gemeinsame Sprache etabliert, doch ansonsten entfremden sich die unterschiedlichen Gemeinschaften zunehmend voneinander. Die Widersprüche zwischen religiösen und säkularen Juden, zwischen orientalischen und westlichen Juden sind größer und nicht kleiner geworden. Es gibt keine kollektive Identität. Das einzige gemeinsame Identitätsmerkmal wäre die Religion, doch gerade die ist ein Element der Trennung und nicht der Einheit. Ich persönlich gehöre sicher nicht der gleichen Nation an wie die Siedler in Hebron.

Den Palästinensern wird oft mangelnde Sensibilität für die jüdische Leidensgeschichte, besonders für den Holocaust, nachgesagt. Ist dieser Vorwurf berechtigt?

Der in den USA lebende palästinensische Intellektuelle Edward Said hat dieses Problem sehr schön auf den Begriff gebracht. Auch er wirft seinen Landsleuten vor, den Massenmord an den europäischen Juden zu verdrängen. Doch er empfiehlt ihnen, offensiv mit dieser Frage umzugehen. Das heißt, deutlich zu machen, dass dieser Völkermord – ich verwende den Begriff Holocaust nicht, weil er ein religiöser ist – nicht von den Palästinensern begangen wurde. Dass der Mord an den europäischen Juden nichts mit dem jüdisch-palästinensischen Verhältnis zu tun hat, sondern mit dem Verhältnis zwischen Juden und Deutschen bzw. zwischen Juden und christlichen Europäern. Dass also die Palästinenser die Opfer der Opfer sind.

Doch auch in Israel wird mit dem Auschwitz-Vermächtnis völlig falsch umgegangen. Richtig wäre gewesen, hätten die Überlebenden den Sieg über das Naziregime als ihren Sieg empfunden. Sie hätten ihr Auschwitz-Vermächtnis, ihr kollektives Gedächtnis nicht zu einem nationalen, sondern zu einem universellen Wert erheben müssen, kundtun müssen, dass sich ein solches Verbrechen niemals und nirgendwo mehr wiederholen dürfe. Doch der Zionismus reagiert auf Auschwitz ganz anders: Niemals mehr dürfe Juden solches angetan werden und um das sicherzustellen müsse ihnen alles erlaubt sein. Auch, wenn das allen zivilisatorischen Normen und humanitären Werten widerspricht.

** Werner Pirker ist Journalist in Wien*

Intifada in Zahlen

(Von 28. September 2000 bis 5. März 2002)

1.125 getötete Palästinenser, davon 24% unter 18 Jahren, 85% Zivilisten

Rund 20.000 Verletzte, davon 2.000 mit bleibenden Behinderungen

320 getötete Israelis

580 von der Armee zerstörte palästinensische Häuser

6.534 schwer beschädigte arabische Gebäude

1.434 Hektar verwüstetes Ackerland

Rund 35.000 zerstörte Oliven- und Obstbäume

134 zerstörte Brunnen

(Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* 9./10. März 2002)

320 israelische Reservisten, die per Unterschrift den Dienst im Gasa-Streifen und im Westjordanland verweigern

(Quelle: *Indymedia Israel*)

46 verletzte Journalisten, meist durch israelische Geschosse

(Quelle: *Reporters Sans Frontières*)

„Trennung heißt Apartheid“

Abna al-Balad (Kinder der Erde)

Im Folgenden geben wir ein Gespräch wider, das die Antiimperialistische Solidaritätsdelegation in Bethlehem mit Joav Bar und Salih Mahamid führte. Beide sind Mitglieder von Abna al-Balad (Kinder der Erde) und leben in Haifa. Joav Bar ist Mitglied des Politischen Büros seiner Organisation.

Wie ist eure Organisation entstanden und was sind ihre Grundlagen?

Man kann nicht über eine politische Bewegung sprechen ohne den historischen und gesellschaftlichen Hintergrund zu beleuchten. Palästina war ein Teil des Osmanischen Reichs, wurde während dem Ersten Weltkrieg vom britischen Imperialismus besetzt. Gleichzeitig begann Ende des 19. Jahrhunderts die politische Bewegung des Zionismus – eine Siedlerbewegung, die Juden aus Europa nach Palästina brachte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Briten gezwungen, sich sukzessive aus ihren Kolonien zurückzuziehen. Sie trachteten aber danach, abhängige Staaten, Klientenstaaten in der Region zu erhalten. In Palästina gaben sie aus diesem Grund den Zionisten die Möglichkeit, große Teile des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Jahr 1948 kam es zu den Ereignissen, die nach unserem Verständnis al-Nakba, die Katastrophe, genannt werden: 1948 vertrieben die Zionisten den Großteil der Einheimischen aus ihrer Heimat. Eine geplante und systematische ethnische Säuberung fand statt. Die Zionisten verübten in vielen Städten und Dörfern um die Bevölkerung zu vertreiben, mehr als 500 Städte und Dörfer wurden vollkommen zerstört. Aus Haifa und Jaffa, den großen Küstenstädten, wurde der Großteil der Bevölkerung vertrieben. Diese Ereignisse sind die Wurzeln des palästinensischen Problems, das bis heute nicht gelöst ist. Dies ist auch der Grund, warum das Recht auf Rückkehr für die palästinensischen Flüchtlinge ein zentrales Element für die Lösung des Konflikts ist.

Unsere Politik bezieht sich vor allem auf das, was nach 1948 innerhalb der „Grünen Linie“ geschieht, d.h. in den Gebieten, die Israel 1948 besetzt hatte. Nach den großen Vertreibungen von 1948 blieb nur eine relativ kleine Minderheit arabischer Bevölkerung zurück. Bis 1966 lebte diese Minderheit unter direkter Militärherrschaft. Selbst nach dem Ende des „offiziellen“ Militärregimes leben die Palästinenser

als Bürger zweiter Klasse, da sich Israel als „jüdischer Staat“ definiert – die Araber sind eine unerwünschte Minderheit. Der Jüdische Staat setzt bis heute die Politik der systematischen Enteignungen und der Vertreibung fort – unter allen Regierungen, unter „rechten“ ebenso wie „linken“, und zwar nicht nur im Westjordanland und im Gasastreifen, sondern auch innerhalb der „Grünen Linie“.

Wir sind eine Bewegung v.a. innerhalb



der „Grünen Linie“, d. h. innerhalb der 1948 besetzten Gebiete. Im Staat Israel gibt es neben der informellen Diskriminierung durch den täglichen Rassismus auch eine offizielle Politik der Diskriminierung auf allen Ebenen und in allen Lebensbereichen: im Erziehungswesen, bei der Stadtverwaltung und -planung, etc. Andererseits leben wir in der absurden Situation, dass nach dem israelischen sogenannten „Antirassismus-Gesetzen“ eine Partei, die den rein jüdischen Charakter des Staates Israel in Frage stellt, nicht an Wahlen teilnehmen darf. Die arabische Bevölkerung innerhalb der „Grünen Linie“ zählt 2,5 Millionen Menschen.

Nach dem Schock der Nakba, der massenweisen Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung, begann sich nur langsam wieder ein Bewusstsein zu entwickeln, eine Verteidigung und ein Kampf für demokratische Rechte.

Abna al-Balad wurde 1969 in Umm al-Fahm gegründet, als lokaler Klub für

nationales Selbstbewusstsein und zur Verteidigung der Rechte der arabischen Bevölkerung. Ähnliche Organisationen sind zu der Zeit in vielen Städten innerhalb der „Grünen Linie“ entstanden. Ab 1970 wurden an allen Universitäten arabische Studentenvereinigungen gegründet. 1976 fand der erste Generalstreik der arabischen Bevölkerung innerhalb der „Grünen Linie“ statt, für das Recht auf Selbstbestimmung. Er war Teil einer großen palästinensischen Bewegung auch im Westjordanland, im Gasastreifen und unter der palästinensischen Bevölkerung im Libanon und in Jordanien. Die israelische Regierung hat einen scharfen Angriff gegen diese Bewegung gefahren und hat die Armee eingesetzt. Sechs Menschen wurden erschossen und Hunderte verletzt. Diese Bewegung war der Ausgangspunkt für den Kampf in zwei Richtungen, auf zwei Ebenen: einerseits um lokale Rechte und andererseits um nationale Rechte.

Abna al-Balad wurde gegründet um diese lokalen Initiativen zu koordinieren. Außerdem gab sich Abna al-Balad eine sozialistische Orientierung auf Grund der Erkenntnis, dass Israel nicht isoliert zu betrachten ist sondern als Teil des imperialistischen Systems – als Instrument des Imperialismus um die Bevölkerung des gesamten Nahen Ostens zu unterdrücken und auszubeuten.

Unsere zentrale Lösung ist die Schaffung eines demokratischen Palästinas auf dem gesamten Territorium – das ist die einzige Lösung des Problems. Israel ist ein Apartheid-Regime, da sich das Verhältnis seiner Einwohner nicht durch die Staatsbürgerschaft geregelt ist, sondern auf der Grundlage von Rasse, Religion und Herkunft.

Der Hauptslogan der israelischen Linken ist die „Trennung“ (*hafrada*) – das ist das hebräische Wort, das dem Begriff „Apartheid“ exakt entspricht –, während die Rechte für direkte militärische Besetzung oder vollständige ethnische Säuberung eintritt. Die Schaffung von Gebieten mit jüdischen Mehrheiten in vielen Teilen des Landes durch ethnische Säuberungen – das wäre die konkrete Umsetzung des Vorschlags der „Trennung“, der Lösung der israelischen „Linken“ – macht den Staat aber nicht demokratischer, son-

dern im Gegenteil.

Es ist ein großes Problem, dass die Weltöffentlichkeit die Apartheid in Südafrika abgelehnt hat, die Apartheid in Israel aber akzeptiert. Die Antirassismus-Konferenz in Durban (Südafrika) war eine bedeutsame Ausnahme. Der Grund dafür, dass dort unsere Position – Zionismus ist Rassismus – angenommen wurde, ist dass dort vor allem Organisationen aus der Dritten Welt vertreten waren. Der Rest der Welt, die westlichen Industriestaaten, teilen diese Position nicht, sondern stellt sich auf die Seite des Imperialismus.

Das zionistische Regime mag verschiedene Gesichter haben, „links“ und „rechts“, *Likud*-Block und Arbeiterpartei, aber beide verfolgen das gleiche Ziel: die Kontrolle über Palästina aufrecht zu erhalten. Die israelische Regierung sucht palästinensische „Partner“ nur in dem Sinn, wie die südafrikanische Regierung die Herrscher über die Bantustans als Partner gebraucht hat – als Partner zur weiteren und vielleicht zur effektiveren Kontrolle über die Palästinenser, um den Palästinensern weiterhin die Gleichberechtigung zu vorenthalten, um ihnen vor allem die Rechte auf Grund und Boden zu verweigern und eine wirtschaftliche Entwicklung zu unterbinden.

Abna al-Balad lehnt es ab, sich an dem Possenspiel der „israelischen Demokratie“ zu beteiligen. Alle Parteien, die in der Knesset vertreten sind, legitimieren die „israelische Demokratie“. Es gibt keine Möglichkeit, den Rahmen der Knesset zu überschreiten, selbst im Kampf um ganz alltägliche Rechte, Menschenrechte.

Ein kleines Beispiel ist die Geschichte von zwei kleinen Dörfern in Galiläa, Biram und Iqrit. Die Bevölkerung aus diesen Dörfern wurde nicht 1948, sondern erst 1951 vertrieben. Es gab einen langen Rechtsstreit und schließlich einen Entscheid des Höchstgerichts, dass den Leuten ihr Land zurück gegeben werden muss. Es war stets so, dass die israelische Partei in der Opposition jeweils das Recht der Bewohner von Biram und Iqrit unterstützt hat und die Partei, die an der Regierung war, alles getan hat um die Rückkehr der Leute in die beiden Dörfer zu verhindern.

Seit der Staatsgründung, seit 1948, herrscht in Israel de facto der Ausnahmezustand. Notstandsgesetze, die noch immer in Kraft sind, geben dem Militär freie Hand. Mehrere unserer Zeitungen wurden durch Anordnungen des Militärs

geschlossen. Mit Verfügungen auf Grundlage der Militärgesetzgebung können Menschen ohne Anklage festgenommen und inhaftiert werden – Gefängnis ohne Gerichtsverhandlung. Das nennt sich hier „Verwaltungshaft“, und von dieser Methode wird auch ausgiebig Gebrauch gemacht.

Jedem Widerstand wird mit großer Brutalität und großer Willkür begegnet. Letzte Woche, als Sharon nach Haifa kam, organisierten wir eine Kundgebung. Die Kundgebung war völlig friedlich und wurde von der Polizei angegriffen. Joav wurde festgenommen, geschlagen und für drei Tage ins Gefängnis gesteckt. Es waren natürlich noch viele andere Menschen auf der Kundgebung, Joav wurde herausgepickt, weil er als Mitglied von *Abna al-Balad* bekannt ist und die Regierung mit unseren Positionen am wenigsten leben kann.

Der Hauptlogan der israelischen Linken ist die ‚Trennung‘ (*hafrada*) – das ist das hebräische Wort, das dem Begriff „Apartheid“ exakt entspricht –, während die Rechte für direkte militärische Besetzung oder vollständige ethnische Säuberung eintritt.

Wir haben nicht einfach eine engstirnige nationalistische Position, wir sind Sozialisten, und das bedeutet, wir stellen Forderungen nach einer Alternative nicht entweder nur für die Araber oder nur für die Juden, sondern für alle Menschen, die hier leben. Das ist der Grund, warum wir von der Regierung so gezielt angegriffen werden, wie Joav bei der Demonstration unlängst: weil er ein jüdischer Israeli ist, der sich für solche Forderungen einsetzt.

Die israelische Regierung versucht, den Widerstand in der Propaganda wegzureden und die Besetzung als etwas Normales darzustellen. Der gemeinsame Kampf von Juden und Arabern ist für das zionistische Establishment eine Katastrophe, was sie versuchen ist die Fiktion aufrecht zu erhalten, dass die Araber alle Juden aus Israel vertreiben wollten. Hinter dieser Propaganda steht das Bestreben, die Opfer zu kriminalisieren, denn schließlich haben die Israelis die Palästinenser vertrieben und nicht umgekehrt. Die israelische Regierung versucht auch, die Mitarbeit von Juden in Organisationen wie *Abna al-Balad* zu verhindern.

Dieser Staat ist nicht ein Staat wie jeder andere, es ist ein kolonialistischer Staat, hinter dem der Imperialismus steht. Der Zionismus hat keine Lösung für die Juden geboten, der Zionismus hat versagt. Wir – als Sozialisten – haben eine Lösung anzubieten. In den letzten zwanzig Jahren haben die Zionisten versucht, den Staat als normalen Staat darzustellen, und dass die Lebensbedingungen für die Araber in Israel besser wären als in anderen Ländern.

In Wirklichkeit sind die Palästinenser innerhalb der „Grünen Linie“, innerhalb des sogenannten Staats Israel mit der gleichen Unterdrückung und Besetzung konfrontiert wie die Palästinenser im Westjordanland und im Gasastreifen, nur nimmt diese Unterdrückung andere Formen an, die Rahmenbedingungen sind anders. Auch innerhalb der „Grünen Linie“ sind die Palästinenser rassistischer Diskriminierung, der Zerstörung ihres kulturellen Erbes, Enteignung ihres Landes usw. ausgesetzt. Seit dem Beginn der zweiten Intifada hat sich das besonders klar gezeigt. Die Palästinenser innerhalb der „Grünen Linie“ wurden genauso zum Ziel der israelischen Unterdrückung.

Ein weiterer Indikator für den rassistischen Charakter des Staats ist der Diskurs über die „demografische Gefahr“. Das Bevölkerungswachstum der Palästinenser innerhalb Israels wird als Herausforderung und als Gefahr für den jüdischen Charakter des Staats gesehen. Die Vorstellung, um jeden Preis eine jüdische Mehrheit aufrecht erhalten zu müssen ist der Grund, warum Israel die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge nicht akzeptieren kann. Selbst heute spricht die israelische Regierung zum Teil noch von „Transfer“ von palästinensischer Bevölkerung aus Israel, d.h. von Deportation, von ethnischer Säuberung. Das zeigt, dass sich der Charakter Israels und der zionistischen Bewegung seit ihren Anfängen über die Staatsgründung bis heute nicht geändert hat. Wenn man die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen Israels betrachtet, sieht man, dass es sich nicht um normale, demokratische Institutionen handelt und wir können sie nicht anerkennen. Ein Führer der Zionisten hat einmal gesagt, dass die Anwesenheit von Arabern in Israel nur geduldet werden kann, wenn sie wie Sklaven leben, alle anderen müssen umgebracht werden. Wir sind gegen diesen Staat nicht wegen seines jüdischen Charakters, den er vorgeblich hat, sondern auf Grund der Rolle, die dieser Staat in

der Region spielt: als Hindernis der arabischen Einheit, zur Unterdrückung der arabischen Welt und zur Ausbeutung der Ressourcen hier. Die Entscheidung, vor die uns die Zionisten stellen, ist entweder zu sterben, oder in Palästina als Sklaven zu leben. Es bleibt uns nichts übrig als Widerstand zu leisten. Das macht die Einzigartigkeit unserer Bewegung aus. Die Religion oder die Herkunft der Menschen spielen in unserer Bewegung keine Rolle, was zählt ist die politische Überzeugung, dadurch können wir gemeinsam kämpfen, Juden und Palästinenser.

Wir sind überzeugt, dass es keinen grundlegenden Unterschied zwischen euren Überzeugungen und unseren gibt. Wir hier in Palästina, andere in Lateinamerika, in Afghanistan, wo auch immer – sind die Ziele der imperialistischen Angriffe, es geht nicht nur um unseren Kampf in Palästina: Es ist ein internationaler Kampf. Der Kampf gegen den Imperialismus muss gemeinsam geführt werden. Deshalb sind wir sehr froh, dass ihr zu uns gekommen seid, wir heißen euch in unserem Land willkommen, und wir sind sicher, dass weitgehende politische Übereinstimmung gibt und eine starke Grundlage für den gemeinsamen Kampf.

Wo liegen die Schwerpunkte eurer Arbeit? Was bedeutet es, im Staat Israel politisch aktiv zu sein?

Wir sind eine Volksbewegung, die zur Verteidigung unserer Rechte auftritt. Wir haben gute Beziehungen zu allen Parteien, zur Kommunistischen Partei, zu BALAD (*Demokratische Nationalversammlung*), und auch zu den islamischen Organisationen, das liegt auch daran, dass wir für sie keine Konkurrenz im Kampf um Sitze in der Knesset darstellen. Wir sind für die Einheit im Kampf.

Innerhalb der „Grünen Linie“ gibt es eine relativ starke, spontane Bewegung, die für Autonomie eintritt. Alle israelischen Institutionen sind rassistisch, und es gibt deshalb Versuche, Alternativen aufzubauen: medizinische Institutionen, Erziehungseinrichtungen, Rechtshilfe und juristische Beratung.

Was ist euer Verhältnis zu den arabischen Parteien in der Knesset und zu linken Organisationen in Israel wie der Organisation for Democratic Action? Uns scheint, dass letztere euch politisch sehr nahe stehen.

Die Israelis werfen den Arabern vor, dem Staat gegenüber feindlich gesinnt zu

sein, aber in Wirklichkeit ist der Staat den Arabern gegenüber feindlich eingestellt. Die arabische Bevölkerung muss sich also verteidigen, und um sich zu verteidigen, muss man auch das Alltagsleben organisieren. Daher gibt es diese starke Bewegung auf lokaler Ebene, Institutionen aufzubauen um sich zu verteidigen und das Alltagsleben selbst in die Hand zu nehmen. Alle Parteien haben bis zu einem gewissen Grad Tendenzen in diese Richtung, aber alle Parteien sehen das als zweitrangig an, sie sehen ihre Hauptaufgabe in der Teilnahme am politischen System Israels, an den Wahlen, in der Knesset. Wir hingegen sagen, dass das israelische System nicht reformierbar ist, nicht verbesserbar ist, wir müssen eigene Institutionen, Organe der Massen schaffen um etwas für die Zukunft aufzubauen.

Nun einige Worte zu *Democratic Action*. Das Hauptproblem mit ihnen sind nicht

Selbst heute spricht die israelische Regierung zum Teil noch von „Transfer“ von palästinensischer Bevölkerung aus Israel, d.h. von Deportation, von ethnischer Säuberung.

politische Differenzen, sondern die Tatsache, dass sie sich nicht an der Massenbewegung beteiligen. Sie bauen ihre eigenen kleinen Organe auf, aber sie arbeiten nicht in der Bewegung und mit anderen Parteien zusammen, daher gibt es mit ihnen kaum Zusammenarbeit.

Der wichtigste Unterschied zwischen unserer Organisation und den Parteien in der Knesset ist, dass die Knesset-Parteien um sich am politischen System beteiligen zu können, politische Zugeständnisse machen müssen. Diese Zugeständnisse sind nicht nur Gerede oder irgendwelche oberflächlichen Veränderungen, sondern es handelt sich um tiefgreifende Fragen, welche direkte Auswirkungen auf die praktische Arbeit dieser Parteien haben.

Als zum Beispiel Asmi Bischara angegriffen wurde wegen seiner Kontakte in Syrien, schrieb er einen Brief an den Knesset-Vorsitzenden, dass er das Recht Israels, als jüdischer Staat zu existieren, anerkenne. Das untergräbt natürlich den Kampf für Demokratie. Zu unserer Bestürzung ist seine Partei, BALAD, auch keine linke Partei. BALAD hat sich auf die Seite der syrischen Regierung, gegen die demokratische Opposition in Syrien gestellt.

Unsere grundsätzliche Position als Organisation innerhalb der „Grünen Linie“ richtet sich gegen den israelischen Rassismus, gegen die Besetzung, wir sind stolz, ein Teil der demokratischen Bewegung, der Befreiungsbewegung im Nahen Osten zu sein.

Wie ist das Verhältnis von Abna al-Balad zu den palästinensischen Organisationen in den 1967 besetzten Gebieten, zur PFLP, DFLP und anderen Parteien?

Alle Parteien in den besetzten Gebieten sind illegal gemäß den israelischen Gesetzen. Jeder, der Widerstand gegen die Besetzung leistet, wird als Terrorist bezeichnet. Wir sind Teil des Befreiungskampfes, und wir würden es begrüßen, wenn es eine Partei oder Organisation gäbe, die sowohl in den besetzten Gebieten als auch innerhalb der „Grünen Linie“ aktiv ist – wir würden uns sofort an einer solchen Organisation beteiligen. Auf Grund der israelischen Gesetze ist es nicht möglich, legal einer Organisation anzugehören, die vor allem in den besetzten Gebieten operiert. Das hindert uns natürlich nicht daran, mit den Palästinensern auch in den besetzten Gebieten verbunden zu sein und an den Diskussionen dort teilzunehmen. Es ist auch kein Geheimnis, dass unsere Positionen denen der *Volksfront zur Befreiung Palästinas* sehr nahe stehen. Auch die PFLP tritt für ein vereintes, demokratisches Palästina auf, für eine fortschrittliche, sozialistische Perspektive für Palästina. Aber leider ist eine sehr enge Zusammenarbeit auf Grund der israelischen Gesetze nicht möglich.

Wir sehen uns auch als Teil der fortschrittlichen Bewegung in anderen arabischen Ländern, die ebenfalls unterdrückt ist. Es gibt 300 Millionen Araber, und nirgendwo haben sie das Recht, sich demokratisch und frei auszudrücken. Die sogenannte Kampagne „gegen den Terror“, die nun (nach den Ereignissen am 11. September 2001) über uns hereingebrochen ist, bedeutet weitere Unterdrückung. Jeder Widerstand gegen die israelische Besetzung wird als „terroristisch“ bezeichnet. Auf Syrien und Libanon wird gewaltiger Druck ausgeübt, die Vertretungen palästinensischer Organisationen zu schließen.

Eine Frage an Joav: Wie ist es, sich als Jude für Palästina einzusetzen, und wie wird das in der israelischen Gesellschaft einerseits und von den Palästinensern andererseits aufgenommen? Ist es nicht auch ganz besonders deine Aufgabe, sich

für ein neues Bewusstsein innerhalb der jüdisch-israelischen Gesellschaft einzusetzen, und auch innerhalb der israelischen Linken zu wirken?

Als Mensch, der genau an der Grenze zwischen Erster und Dritter Welt lebt, an der Grenze zwischen Israel und Palästina, habe ich natürlich einige interessante Beobachtungen gemacht. Es gibt keine Symmetrie zwischen Unterdrücker und Unterdrückten. Die arabische Gesellschaft ist den Juden gegenüber nicht rassistisch, während die jüdische Gesellschaft durch und durch rassistisch gegenüber den Arabern eingestellt ist, ganz egal, was deren Position ist. Meine Kinder gehen in eine arabische Schule. Der Grund, warum ich sie an einer arabischen Schule angemeldet habe, ist dass ich andere jüdische Aktivisten kenne, deren Kinder an jüdischen Schulen lernen und dort große Schwierigkeiten haben. Meine Kinder wurden in der Schule nie angegriffen, beschimpft oder diskriminiert.

Beim Rückzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon zog sich auch eine große Zahl israelischer Agenten (Kollaborateure), die *Südlibanesischen Armee* (SLA), zurück und kam nach Israel. Die meisten von ihnen – es handelte sich, wohlgemerkt, um Christen und Soldaten im Dienste Israels – zogen es vor, wieder in die Teile des Libanon zurückzukehren, die heute von der Hisbullah kontrolliert werden, obwohl sie von Gefängnisstrafen bedroht sind. Im Libanon können sie schließlich geachtete Mitglieder der Gesellschaft sein, und das ist besser, als Araber unter israelischer Herrschaft zu leben! Es gibt eine extreme anti-arabische und anti-islamische Propaganda hier. Die Hisbullah, die gegen Israel gekämpft hat, wird als terroristisch, fanatisch und hasserfüllt dargestellt – und dennoch ziehen die libanesischen Verräter vor, in einem Gefängnis der Hisbullah zu leben als „in Freiheit“ in Israel: Das ist doch bezeichnend.

Ich bin überzeugt, dass die Krise der israelischen Linken ihren Kern in der rassistischen Trennung zwischen Juden und Arabern hat – diese Trennung besteht sogar innerhalb der „israelischen Linken“. Die jüdischen Mitglieder der Kommunistischen Partei Israels werden ermutigt, Wehrdienst zu leisten, da die Kommunistische Partei die israelische Armee als legitimes Instrument zur Verteidigung des legitimen israelischen Staats betrachtet – nur „Exzesse“ der Armee werden verurteilt. Kleinere linke Gruppen, wie *Mazpen* („Kompass“), blieben in der israelischen

Gesellschaft völlig isoliert, sie führen ein Ghetto-Dasein. Es gelang ihnen dennoch nicht, die Barriere zwischen ihnen selbst und den arabischen Massen zu durchbrechen.

Es gibt keine israelischen Revolutionäre und es kann keine „israelische Linke“ geben, denn Israel ist per definitionem ein Kolonialstaat. Links zu sein bedeutet, für die Befreiung von der Kolonialherrschaft zu kämpfen – daher gibt es eine palästinensische Linke. Juden, die für die anti-koloniale Befreiung auftreten, müssen sich der Bewegung des unterdrückten Volks anschließen. Nur die Einheit im Kampf kann die Einheit einer Lösung herbeiführen. Wenn es keine Einheit im Kampf gibt, können wir auch keine glaubwürdige Perspektive für alle Menschen, die hier leben, anbieten.



Joav Bar bei einer Kundgebung von Abna al-Balad gegen die Verhaftung von Sa'dat

Wir sind Linke, und das bedeutet, dass die Herkunft der Menschen für uns keine Rolle spielt. Salih sieht mich nicht als Jude, und ich sehe ihn nicht als Nicht-Jude. Wir streben schließlich eine klassenlose Gesellschaft an, in der nationale Unterschiede ebenfalls keine Rolle spielen. Abgesehen davon sind wir auch deshalb gegen den Zionismus, weil die Zionisten das Judentum als Nation betrachten – das Judentum ist eine Religion. In den arabischen Ländern gab es schon immer Menschen jüdischen Glaubens, und es gab nie einen nationalen Konflikt zwischen Arabern und Juden – bis zum Auftreten des Zionismus. Ich möchte Prof. Moshe Zuckermann von der Universität Tel-Aviv zitieren. Er hat gesagt, dass die Juden niemals eine eigene, eigenständige Kultur hatten, die jüdische

Kultur war immer eine Widerspiegelung der Kultur der Länder, in denen die Juden lebten. In den arabischen Ländern waren die Juden Araber, was ihre Kultur, Sprache usw. betrifft, so wie sie in den europäischen Ländern Europäer sind. In Israel gibt es sefardische Juden, d.h. Juden aus arabischen Ländern, und aschkenasische Juden, Europäer. Die Juden waren in den arabischen Ländern niemals Menschen zweiter Klasse. Ich möchte den Oberrabbiner des Irak, Chaduri Sasson, zitieren. Er hat gesagt, dass sich die Juden niemals als Fremdkörper gefühlt haben. Sie waren Iraker und Araber wie alle anderen auch.

Wie ist die Lage der Beduinen, und der vom Staat nicht anerkannten Dörfer in Israel?

In der Wüste, im Naqab (Negev), gibt es Beduinen, die unter widrigsten Bedingungen leben. Sie haben kein fließendes Wasser, keinen Strom, keine Schulen, und sie dürfen keine Häuser bauen. Sie leben in der Wüste in Zelten oder kleinen Hütten. Sie werden immer wieder von der israelischen Polizei und Armee überfallen, die ihre Felder, ihre Zelte zerstört, ihr Eigentum beschlagnahmt und versucht, sie zu vertreiben. Es ist unglaublich, dass man andererseits, zwischen den armseligen Baracken der Beduinen, mitten in der Wüste, grüne Kibbuzim sieht, kleine Paradiese mit Schwimmbecken, grünem Rasen und Blumenbeeten. Das einzige Wasser, das die Beduinen zur Verfügung haben, sind die Abwässer aus den Kibbuzim. Soviel zur zionistischen Propaganda, sie würden die Wüste zum Blühen bringen.

Weiters gibt es im Norden und in der Mitte des Landes Dutzende nicht anerkannte Dörfer, in denen alle Häuser von der Zerstörung durch israelische Bulldozer bedroht sind und auch immer wieder zerstört werden. Diese Dörfer haben ebenfalls keine Wasser- und Stromleitungen, keinerlei Infrastruktur.

Wie äußert sich der Rassismus in Israel konkret für die Palästinenser mit israelischer Staatsbürgerschaft?

Es gibt eine inoffizielle, aber auch eine offizielle Apartheid in allen Lebensbereichen. Die nationalen und lokalen Budgets für alle Aufwendungen des Staates sind getrennt nach Juden und Nicht-Juden. Alle besseren Arbeitsplätze sind für Araber nicht zugänglich. Ein Beispiel: Die israelische Elektrizitätsgesellschaft, die Strom für alle Bewohner des Landes produziert, beschäftigt insgesamt nur sechs arabische

Arbeiter. Als im Oktober 2000 die Demonstrationen begannen und Leitungen beschädigt wurden, boykottierte die Elektrizitätsgesellschaft die arabische Bevölkerung und weigerte sich, die Schäden in arabischen Gebieten zu reparieren.

Ich bin an sich dafür, alle israelischen Güter im Ausland zu boykottieren. Es wäre aber vielleicht schon hilfreich, in Europa darzustellen, wie die Apartheid-Politik selbst kommerzieller Unternehmungen in Israel aussieht, dass viele israelische Firmen keine Araber beschäftigen, jedenfalls nicht als qualifizierte Arbeitskräfte.

Die Diskriminierung im Erziehungswesen ist ebenfalls eklatant. Als die Forderung gestellt wurde, eine arabischsprachige Universität zu errichten, antwortete das Israelische Komitee für Hochschulbildung, dass derzeit keine neuen Universitäten benötigt werden, dass Israel genug Universitäten hätte. Der Anteil arabischer Studenten an akademischen Institutionen in Israel ist unproportional niedrig. Es ist auch nicht leicht für sie, denn sie müssen in einer fremden Sprache und in einer feindlichen Umgebung studieren, es ist sehr schwierig für arabische Studenten, ein Zimmer in der Nähe der Universitäten zu finden, da die rassistischen jüdischen Hausbesitzer nicht an Araber vermieten. Die Studentenheime ziehen Armee-Angehörige vor, das bedeutet, dass sie für arabische Studierende nicht zugänglich sind. Hervorragende arabische Hochschulabsolventen finden in Israel keine qualifizierten Arbeitsplätze und müssen ins Ausland gehen.

Was ist euer Verhältnis zu den islamischen Organisationen?

Unter den gegenwärtigen Bedingungen der Besetzung und Unterdrückung muss man zunächst festhalten, dass der bewaffnete Kampf und Widerstand legitim und rechtmäßig ist. Wir sehen es als unsere

Hauptaufgabe an, die Massen zu organisieren. Wenn wir uns am bewaffneten Kampf beteiligten, könnten wir keine Organisation in den Massen aufbauen, und wir halten die Massenbewegung für letztendlich entscheidend. Das bedeutet auch, dass wir uns den israelischen Gesetzen anpassen müssen.

Es findet eine gewaltige Dämonisierung des Islam und der Araber im Allgemeinen statt. Es gibt verschiedenste islamische Bewegungen. Die Taliban waren ursprünglich eine Schöpfung der USA, des CIA und des pakistanischen Geheimdienst, und ihre Herrschaft war ein unterdrückerisches System. Es haben aber keineswegs alle islamischen Bewegungen haben eine solche gesellschaftliche Basis und dermaßen anti-demokratische Tendenzen.

Das andere Extrem ist die Hisbullah im Libanon, die relativ fortschrittlich ist. Sie fordern nicht die Errichtung eines islamischen Staats im Libanon, sie sagen dass es unter den multikulturellen Bedingungen des Libanons nicht möglich ist, eine Verfassung auf der Grundlage der Schari'a zu erlassen. Sie unterstützen u.a. die Zivilehe (die in Israel hingegen nicht existiert), und als Marcel Chalid wegen „Beleidigung des Islam“ von der Regierung vor Gericht gestellt wurde, verlangte die Hisbullah seine Freilassung. Wir haben natürlich nicht eine „fortschrittlich-islamische“ Ausrichtung, sondern eine sekuläre, sozialistische Perspektive, aber wir verurteilen die Dämonisierung des Islam und der islamischen Bewegungen. Die islamische Kultur ist Teil der Kultur aller Völker in dieser Region, selbst der Menschen, die nicht Muslime sind. Die Tatsache, dass die islamischen Bewegungen heute so stark sind, ist vor allem auf das Versagen der nationalistischen und sozialistischen Bewegungen – die für lange Zeit den Befreiungskampf dominiert hatten –

zurückzuführen.

Die Unterdrückung ist so groß, und die Verzweiflung der Menschen ist so groß, dass sie alles tun würden, um sich zu befreien; wenn das bedeutet, fünf Mal täglich zu beten, werden sie es tun, und wenn es bedeutet, ganz strenge Kommunisten zu sein, dann werden sie sich dafür entscheiden.

Wie schätzt ihr die internationale Situation ein, die Rolle der USA und der EU?

Auf der ganzen Welt sind die Vereinigten Staaten die stärkste Macht, und im Nahen Osten ist ihre Macht besonders groß. In den strategischen Plänen der USA spielt der Nahe Osten eine ganz besondere Rolle. Die größte Gefahr sehen die USA darin, dass eine Bewegung entstehen und an die Macht kommen könnte, welche die Kontrolle über die Ressourcen beanspruchen könnte, um den Nahen Osten selbst zu entwickeln. Das ist der Grund, warum sich die USA so auf Israel stützen: Alle lokalen Regierungen – selbst vom Imperialismus abhängige Regimes – können niemals so zuverlässige Agenten der USA in der Region darstellen wie Israel.

Israel ist militärisch und ökonomisch von den USA abhängig. Im Abkommen zwischen den USA und Israel wird festgehalten, dass nicht nur gegenüber den Palästinensern, sondern gegenüber allen Staaten der Region eine israelische militärische Überlegenheit aufrecht erhalten werden soll. Es gibt heute keine politische Kraft auf internationaler Ebene, die eine Alternative darstellen könnte.

Die Europäische Union stellt manchmal taktische Differenzen in den Vordergrund, um Sympathien in der arabischen Welt zu erheischen, aber in Wirklichkeit möchte die EU die gegenwärtige Lage nur kosmetisch verbessern. Der Hauptwiderspruch besteht zwischen den arabischen Massen und dem US-amerikanischen Imperialismus, und die arabischen Massen sind sich dieses Widerspruchs auch bewusst.

Für uns ist jede Antikriegsbewegung, jede Bewegung, die den Imperialismus daran hindert oder es ihm schwerer macht den Nahen Osten anzugreifen, von großer Bedeutung. Wir begrüßen auch die Initiativen Sharon vor Gericht zu stellen. All dies zeigt Israel, dass es nicht für immer in einer überlegenen Position sein wird.

Gregor Kneussel



Aktivisten von Abna al-Balad bei einer Kundgebung bei einem 1948 zerstörten arabischen Dorf

Die „israelische Linke“

Die antiimperialistische Solidaritätsdelegation sprach
in Betlehem mit Sergio Yahni, dem stellvertretenden Vorsitzenden
des *Alternative Information Center* in Jerusalem

Ein osteuropäischer Staat im Nahen Osten

Ich möchte kurz ausholen und mit einem historischen Überblick vom Anfang des 20. Jahrhunderts beginnen. Die zionistische Bewegung war eine Siedlerbewegung mit ganz besonderen Charakteristika. Sie war auf der Suche nach der Unterstützung durch eine Kolonialmacht. Vor der Kolonialisierung und Ansiedlung in Palästina war die zionistische Bewegung im Wesentlichen eine osteuropäische, jüdische nationalistische Bewegung. Die Zionisten selbst sagen, sie wären eine Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes, keine Siedlerbewegung – so wie das Volk von Nikaragua das Recht auf nationale Befreiung hätte, habe auch das jüdische Volk das Recht auf nationale Befreiung, und daher sei jeder Angriff auf dieses Recht des jüdischen Volkes antisemitisch. Daher ist es wichtig, die Charakteristika dieser Siedlerbewegung – ihres Ursprungs und ihrer Entwicklung – zu verstehen. Dieses Verständnis ist unentbehrlich für eine Analyse der israelischen Gesellschaft, die schließlich von dieser Bewegung durch die Kolonisierung geschaffen wurde. Die zionistische Bewegung in Osteuropa hat viele Gemeinsamkeiten mit anderen, ähnlichen Bewegungen wie der polnisch-nationalistischen Bewegung von Józef Pilsudski: Die Ideen des Nationalismus, Militarismus usw. waren an diese Bewegung angelehnt, sogar die Struktur der Knesset mit ihren 120 Mitgliedern geht auf den polnischen Sejm zurück, eben so die „Mischung aus Sozialismus und Nationalismus“ und sogar der Text der israelischen Staatshymne (*‘Od lo avdab tiqvateinu* – Noch ist unsere Hoffnung nicht verloren) ist dem Text der polnischen Hymne ähnlich (*Jeszcze Polska nie zginęła* – Noch ist Polen nicht verloren). Der Sejmismus war eine osteuropäische Nationalbewegung, die meinte es gäbe keinen Platz für die Juden in Europa und sie sollten aus Europa in die biblische „Heimat“ auswandern. Bereits 1887 suchte die Bewegung nach einem „Mutterland“, einem Staat, der die Kolonisierung von Palästina unterstützen und die nötigen militärischen und finanziellen Mittel bereit

stellen würde. Und so begann die Kolonisierung unter den Auspizien verschiedener Kolonialmächte: anfangs Russland – gemäß den Abkommen zwischen Russland und der Türkei über koloniale Einflussphären; später (nach dem Ende des Ersten Weltkriegs) in viel größerem Ausmaß Großbritannien. Die Absichten der Siedler unterschieden sich deutlich von denen in anderen Kolonien (z.B. der französischen, britischen oder deutschen Siedler in Afrika). Die nationalistisch-sozialistische Ideologie schuf eine andere Basis für die Bewegung, die Siedler kamen mit sozialistischen Ideen: Kibbuz, *Histadrut* etc. – und nationalistischen Mythen. Als die sowjetische Rote Armee den Kaukasus eroberte und allgemein erwartet wurde, sie würde in den Nahen Osten eindringen, fand eine Rebellion russischer sozialistischer Zionisten in einem kleinen drusischen Dorf in Galiläa statt. Die Zionisten dort unterstützten die Rote Armee gegen den britischen Imperialismus – eine leicht absurde Situation.

Die Kommunistische Partei

So war die Lage, als die Kommunistische Partei Palästinas – als Abspaltung der radikalen Sozialisten von der zionistischen Bewegung – gegründet wurde, als sie den Widerspruch zwischen Zionismus (Nationalismus) und Sozialismus erkannten. (Palästinenser hatten damit nichts zu tun, es war eine Diskussion unter Russen.) *Po‘alei Zion* („Arbeiter Zions“) war er Name der Sozialistischen Partei. Sie suchte um Mitgliedschaft in der Dritten Internationale an. Karl Radek antwortete, sie hätten keine Existenzberechtigung als separate Partei und sie sollten sich den kommunistischen Parteien der jeweiligen Länder anschließen. (Die große Mehrheit der Mitglieder zionistischer Organisationen, auch von *Po‘alei Zion*, lebte in Europa, nicht in Palästina.) Als Reaktion auf Radeks Antwort spalteten sich die *Po‘alei Zion*. In Palästina gründete der linke Flügel später die Kommunistische Partei Palästinas, der rechte Flügel löste sich in der Kibbuz-Bewegung auf. Nach dem Beschluss über die Palästinisierung (Arabisierung) der Partei, der

um 1936 in Moskau gefällt worden war, und innerparteilichen Säuberungen landeten viele ihrer Gründungsmitglieder in sowjetischen Lagern.

Der Beschluss über die Arabisierung der Partei war grundsätzlich positiv, aber die Durchführung geschah mit höchst fragwürdigen Methoden. Daraus ergab sich später, dass die Kommunistische Partei einerseits ein Teil in der palästinensischen Nationalbewegung wurde, andererseits aber weiterhin Ideen der zionistischen Bewegung teilte: die Rolle der *Histadrut* usw.; der Generalsekretär Meir Vilner-Kovner (er lebt noch) unterschrieb die Unabhängigkeitserklärung Israels! Bis 1947 war die Kommunistische Partei für einen binationalen Staat eingetreten. Diese Position wurde von einem Tag auf den anderen geändert – nach der Rede von Andrej A. Gromyko vor der UNO, in der er die Gründung des Staats Israel unterstützte. Das führte zu einer Spaltung der Partei, in die Kommunistische Partei Palästinas, die weiter bestand und für einen binationalen Staat eintrat, und die Kommunistische Partei Israels. Nach der Nakba, der Gründung des Staats Israel, wurde die Kommunistische Partei Palästinas besonders verfolgt, die *Schai* („Informationsdienst“ – israelischer Militär-Geheimdienst) befasste sich gesondert mit diesen Kommunisten. Die meisten wurden deportiert bzw. konnten nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren. Die Kontinuität war gebrochen. (Später wurde im Westjordanland wieder daran angeknüpft, aber das war eine jordanische Initiative und ist eine andere Geschichte.) Andererseits kämpften die Mitglieder der Kommunistischen Partei Israels in der israelischen Armee! Dies ist die Geschichte der Linken in Israel vor der Staatsgründung.

Der Palmach

Ein anderer Teil der Linken (der nicht-zionistischen Linken) kommt ebenfalls aus der zionistischen Bewegung, aus dem *Palmach* („Stoßtruppe“ – Kampfeinheiten der Kibbuz-Bewegung). Der *Palmach* hatte u.a. die Deportation der palästinensischen Be-

völkerung aus Ramla und Lidd (Lydda/Lod) entlang der Straße nach Jerusalem durchgeführt. Hier brachen große Widerstände auf, denn insbesondere die jüngeren Kämpfer des *Palmach* waren wirklich überzeugt, für Zionismus und Sozialismus zu kämpfen. Sie „übersetzten“ die sowjetische Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande in den Aufbau des Sozialismus in einer Nation – ein jüdischer Sozialismus für das jüdische Volk. Sie erklärten, dass die Palästinenser zu rückständig, unter der Führung der Feudalherren und noch nicht für den Sozialismus bereit wären. Erst die zionistische Industrialisierung des Landes könne eine palästinensische Arbeiterklasse schaffen, die reif für den Sozialismus wäre.

Die *Palmach* hatte im Krieg an vorderster Front gekämpft und die meisten Opfer zu beklagen. In der Vorstellung der *Palmach*-Kämpfer hatten sie für die Errichtung eines sozialistischen Staats gekämpft (was selbstverständlich ein höchst widersprüchliches Konzept war), ihr Vorbild waren die Partisanen in Jugoslawien und die Rote Armee der Sowjetunion. Als sie nun aus dem Krieg zurückkehrten, in den Staat, den der große Zyniker David Ben-Gurion geschaffen hatte, erkannten sie, dass es ein pro-amerikanischer, kapitalistischer Staat war. Dies stürzte die Generation der *Palmach* in eine große Krise, und selbst in der Kibbuz-Bewegung gab es eine Spaltung, eine Strömung sammelte sogar Waffen, um sich gegen Ben-Gurion zu erheben. Ben-Gurion verglich die Situation mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei, er gab vor, einen Staatsstreich des *Palmach* zu befürchten. Erinnern wir uns – es geht hier quasi um einen osteuropäischen Staat im Nahen Osten! Die „arabische Frage“ war für sie sekundär. Als nun die *Palmach*-Kämpfer aus dem Krieg in diesen kapitalistischen Staat „zurückkehrten“, der keine Anstalten machte, sozialistisch zu werden, näherten sie sich der Kommunistischen Partei an: Die *Mazpen* (Vereinigte Arbeiterpartei) spaltete sich und ein Teil trat der Kommunistischen Partei bei. Dies ist die Geschichte der Kommunistischen Partei Israels nach der Gründung des Staats Israel. Ein Teil der Mitglieder stammten aus der Organisation noch vor der Staatsgründung, ein kleiner Teil waren Araber, ein Teil waren ehemalige *Palmach*-Kämpfer; sie waren mit der Gründung des Staats verbunden. Die Kommunistische Partei Israels durfte aus eben diesem Grund existieren – sie war

mit dem Staat Israel verbunden. Sie wurde für lange Zeit die nationale Partei der Palästinenser in Israel. Jede andere nationale Aktivität wurde unterdrückt, z.B. die nasseristische Sozialistische Partei.

Mazpen

Mazpen war eine Abspaltung junger Mitglieder der Kommunistischen Partei. Sie entstand, als einige Mitglieder ohne Erlaubnis des Zentralkomitees eine Kritik am Staat Israel herausbrachten. Sie veröffentlichten ein wichtiges Dokument von 700 Seiten mit dem Titel „Friede, Friede und kein Friede“ (ein Bibel-Zitat). Nach dem Sinai-Krieg 1956 wurden sie aus der Partei ausgeschlossen – nicht auf Grund des Inhalts des Dokuments, sondern weil sie es ohne Genehmigung des Zentralkomitees veröffentlicht hatten – eine sehr stalinistische Vorgehensweise. Das Dokument ist deshalb so wichtig, weil es das erste Dokument, das die Kommunistische Partei nach der Staatsgründung herausgab, war, in dem gesagt wurde, dass der Staat Israel selbst das Problem sei, das nur durch eine sozialistische Revolution gelöst werden könne. Die Autoren erklärten, Antizionisten zu sein. (Wir haben das Dokument vor zwei Jahren nochmals herausgebracht, denn es ist sehr wichtig, obwohl es aus historischer Sicht viele Fehler enthält.)

Nach dem Parteiausschluss begannen sie eine Zeitung mit dem Titel *Mazpen* („Kompass“) herauszugeben. Es war stets nur eine kleine Gruppe. Sie kritisierte nicht nur den Staat Israel, sondern auch die ideologischen Verrenkungen der Kommunistischen Partei und die Zwei-Staaten-Lösung. Sie erklärte, es handle sich um einen sozialen Konflikt, der nur durch eine soziale Revolution gelöst werden könne – es gehe nicht darum, wie viele Staaten in Palästina geschaffen würden, und die Teilung in zwei Staaten ist nichts Positives. Sie lehnten den Zionismus als Kolonialbewegung, als Siedlerbewegung ab.

Zusammenarbeit mit der palästinensischen Befreiungsbewegung

Mazpen war eine jüdische Organisation. Sie hatten zwar arabische Mitglieder, aber ihre Sprache war Hebräisch usw. – dennoch: Es war das erste Mal, dass eine solche Kritik auf Hebräisch geäußert wurde. Arabische Nationalisten, arabische So-

zialisten, arabische Revolutionäre hatten schon lange ähnliche Kritik an Israel geübt, und ihre Schriften waren auch z.B. auf Englisch erschienen. Es war aber das erste Mal, dass innerhalb der israelischen Gesellschaft eine solche Kritik geäußert wurde und das Recht Israels zu existieren in Frage bzw. in Abrede gestellt wurde. (Das bedeutete natürlich nicht, dass das Recht der jüdischen Bevölkerung hier zu leben in Frage gestellt wurde.)

Mazpen begab sich sofort auf die Suche nach arabischen Revolutionären und sie trafen Palästinenser und andere Araber, v.a. in Europa. Palästinenser leisteten wichtige Beiträge für *Mazpen*, z.B. Jalal Nikula, ein Palästinenser innerhalb Israels, der wichtige Analysen der palästinensischen Gesellschaft erstellte. (Er starb einsam in England.)

Mazpen arbeitete auch mit radikalen linken Organisationen im Europa zusammen, v.a. mit Trotzisten und Maoisten.

Das Schicksal von *Mazpen* war in gewisser Weise vorgezeichnet. Die israelische Gesellschaft ist organisatorisch eng vernetzt, aufgespannt in einem Dreieck aus drei Kräften: Staat, Armee, und *Histadrut*. Die *Histadrut* ist der israelische Gewerkschaftsverband, dessen Ziel es war und ist, den jüdischen Staat aufzubauen und die Macht und Kontrolle des Staats zu erhalten. Gesundheitsversorgung wurde beispielsweise von der *Histadrut* zur Verfügung gestellt. Ohne *Histadrut*-Mitgliedschaft bekam man keine Arbeit. Ein Ausschluss aus der Gewerkschaft bedeutete daher auch den Verlust des Arbeitsplatzes und danach war es fast unmöglich, wieder Arbeit zu finden. Die *Histadrut* ist also viel mehr als eine Gewerkschaft, eher ein Parallel-Staat: Sie besteht aus einem Bauunternehmen, einem Gesundheitswesen, und die Gewerkschaft ist nur ein weiterer Teil dieses Netzwerks. Es war also nicht nur eine Gewerkschaft, die (wie die europäischen Gewerkschaften) bürokratisiert war, sondern die Dienstleistungen für ihre Mitglieder standen im Mittelpunkt. Diese „Gewerkschaft“ war der zweitgrößte Arbeitgeber des Landes!

Die Elemente, aus denen *Mazpen* hervorging, hatten ihren Ursprung letztendlich ebenfalls innerhalb dieses Dreiecks Staat–Armee–*Histadrut*. Dieses Dreieck wurde von der Arbeiterpartei kontrolliert. Es war die erste revolutionäre Opposition, die auch nach arabischen, palästinensischen Partnern für das revolutionäre Projekt Ausschau hielt.

1967, unmittelbar nach dem Krieg, veröffentlichten sie die erste Petition gegen die Besetzung. *Mazpen* verband sich auch schnell mit der europäischen Bewegung, die 1968 ihren Höhepunkt hatte und suchte Verbindungen mit der palästinensischen Bewegung herzustellen – nicht als Israelis, sondern als Revolutionäre, mit dem Eintreten für die Revolution im Nahen Osten und anderswo als Kriterium der Zusammenarbeit. Sie traten für eine Sozialistische Republik Palästina ein und waren die erste Organisation, welche die palästinensische Nationalbewegung vollkommen unterstützte. Das ist äußerst wichtig, da vor 1974 in Israel nicht einmal die Kommunistische Partei die PLO unterstützte.

Mazpen kritisierte zwar die Politik der Fatah, allerdings nur im Rahmen der generellen Unterstützung für die PLO. Die Diskussionen waren Diskussionen zwischen Organisationen, die im Kampf gegen Israel auf der gleichen Seite standen.

(Später mussten sich Mitglieder von *Mazpen* deswegen vor Gericht verantworten, u.a. in einem Prozess gegen das Alternative Information Centre im Jahr 1987.)

1968 veröffentlichte die *Demokratische Front für die Befreiung Palästinas* (DFLP) in *Le Monde* einen Aufruf an *Mazpen*, eine gemeinsame Organisation zu gründen. Dieser Aufruf spaltete *Mazpen*. Es gab drei Linien. Vor 1968 war die Zusammenarbeit eher eine theoretische Frage gewesen. Nun kam da dieser Aufruf: „Wir sind Revolutionäre, ihr seid Revolutionäre – schließen wir uns zusammen.“ Man muss im Hinterkopf behalten, dass es sich um eine Organisation aus bloß dreißig Personen handelte – andererseits war es die einzige Organisation in Israel, die gegen den Staat Israel auftrat, ein wichtiger Faktor.

Eine kleine Anekdote: 1969 sollte der israelische Botschafter in Bonn an der Freien Universität Berlin eine Rede halten. Die Studenten ließen dies nicht zu. Sie stellten die Bedingung, dass der Botschafter Israels nur sprechen könne, wenn auch jemand von der Opposition, von *Mazpen*, sprechen dürfe. Die Uni-Verwaltung erklärte also der israelischen Botschaft, dass der Botschafter nur zu Wort käme, wenn auch ein *Mazpen*-Vertreter auftreten könne. Die Antwort des Botschafters war: „Ich verstehe nicht, warum sich die Leute für *Mazpen* interessieren, die haben ja nicht einmal 20.000 Mitglieder.“ In Wirklichkeit waren es nur dreißig, aber es war die einzige Stimme, die innerhalb und außerhalb

Israels gegen den Staat auftrat. Das israelische Außenministerium gründete eine eigene Abteilung, die sich mit *Mazpen* befasste. Sie gaben Kurse für israelische Studenten, wie sie gegen *Mazpen* argumentieren sollten. Sie gaben eine Broschüre mit dem Titel „Die richtigen Antworten wissen“ heraus. Das Erziehungsministerium gab eigene Vorschriften heraus, wie Lehrer mit Schülern, die *Mazpen* unterstützten, umzugehen hätten. Die Armeeführung hatte eigene Vorschriften, was zu tun sei, wenn ein *Mazpen*-Anhänger in einer Einheit entdeckt wurde – all dies für eine Organisation von dreißig Personen.

Und 1968 richtete nun die DFLP an diese Organisation aus dreißig Leuten den Aufruf „Los, kämpfen wir.“ Was sollten sie tun? Sie waren ja bloß dreißig! Dieser Aufruf spaltete die Gruppe in drei Teile.

Der bewaffnete Kampf

Die einen sagten „OK, auf geht’s“, und begannen den bewaffneten Kampf gemeinsam mit Palästinensern – in Israel – zu organisieren. Sie wuchsen auf sechzig Personen an und schickten Vertreter zu einem Treffen mit palästinensischen Linken in Syrien. Als sie zurückkamen, wurden sie verhaftet und verbrachten zwanzig Jahre im Gefängnis. Diese Strömung wurde vom *Schabak* („Allgemeiner Sicherheitsdienst“ – israelischer Inlandsgeheimdienst) zerstört.

Die zweite Strömung sagte genau das Gegenteil: Es sei unmöglich, den bewaffneten Kampf zu beginnen, es sei unmöglich mit der DFLP zusammen zu arbeiten, da die DFLP im Untergrund operiere etc. und *Mazpen* hingegen nur dreißig Mitglieder habe, die dem Geheimdienst genau bekannt seien. Sie hielten den bewaffneten Kampf für unmöglich, betrachteten die anderen als kleinbürgerliche Radikale und beschlossen, in der israelischen Arbeiterklasse zu arbeiten. Das taten sie auch. In gewisser Weise leisteten sie gute Arbeit in ärmeren Stadtvierteln, in Betrieben, usw., aber sie isolierten sich völlig von der palästinensischen Bewegung, und beschrieben diese als Bewegung der Mittelklassen und als keineswegs revolutionär. Diese Arbeit wurde durch den Oktoberkrieg (1973) und die darauf folgende nationalistische Stimmung in Israel zunichte gemacht. Ein weiteres Problem war, dass sie die nationale Frage nie diskutiert hatten und ihre Kader in dieser Frage nicht

vorbereitet waren. All das schwächte diese Gruppe sehr. Während des Aufstands der Palästinenser in Israel 1976, am Tag des Bodens, glaubten sie die Revolution wäre ausgebrochen. Sie gingen in den Untergrund und 1982 verschwanden sie vollkommen.

Die dritte, die mittlere Strömung sagte: „Nun, wir sind nur dreißig. Es gibt politische Differenzen. Setzen wir die Diskussion fort und überlegen wir, wie wir zusammenarbeiten können. Wir in Israel können nicht mehr sein als eine Propagandagruppe.“ Diese dritte Strömung führte weiter den Namen „Mazpen“. Sie identifizierte sich grundsätzlich mit der nationalen Befreiungsbewegung, mit der PLO, sie sah sich als Teil des palästinensischen Kampf um Befreiung. Wenn sie Kritik übten, war es eine interne Kritik. Sie hielt den Kontakt mit der PLO aufrecht und führte u.a. Diskussionen über die nationale Frage im Kontext des Nahen Ostens, den Klassencharakter des Staats Israel, die „israelische Arbeiterklasse“. Die Leute, die heute noch politisch aktiv sind, sind alle dieser dritten Gruppe zuzurechnen.

Nun, das bedeutsame Erbe dieser Organisation – jenseits der Probleme, jenseits der Spaltungen – ist die Vorstellung, dass es gemeinsame Werte gibt, ungeachtet der Tatsache, ob man Israeli oder Palästinenser ist: Werte der gesellschaftlichen Veränderung. Nur durch tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, nur durch eine Revolution kann in diesem Land Platz sowohl für Israelis als auch für Palästinenser geschaffen werden; und das ist der einzige Weg, durch den die nationalen Ziele der Palästinenser erreicht werden können.

Verhandlungen

Im Jahr 1974, mit der Khartum-Resolution, akzeptierte die PLO eine Zwei-Staaten-Lösung, rief zur Gründung eines palästinensischen Staats nur im Westjordanland und im Gasastreifen auf, anerkannte de facto den Staat Israel und wurde in die UNO aufgenommen. (Die Position zuvor war für die Errichtung eines säkularen, demokratischen Staats in ganz Palästina gewesen.) Das Eröffnete neue Perspektiven für das Verhältnis zwischen Israelis und der PLO. Innerhalb des zionistischen Lagers gab es bereits 1974 einzelne Persönlichkeiten (wie Uri Avneri und Nathan Jalin-Mor) und Gruppen, welche die Bedeutung dieser Resolution begriffen und

Vertreter der PLO in Europa trafen. Diese Personen vertraten natürlich niemanden, während die PLO auf der anderen Seite mit Fug und Recht die Palästinenser vertrat. Diese Israelis versuchten den Palästinensern klar zu machen, dass sie um das Vertrauen der Israelis zu gewinnen, den Staat Israel nicht in Frage stellen dürften. Diese Treffen hatten einen großen Einfluss auf die Positionen der PLO, denke ich. Die Kommunistische Partei Israels anerkannte erstmals die PLO als Vertretung des palästinensischen Volks und auch andere israelische Organisationen, die mit dem zionistischen Establishment enger verbunden waren, traten für Verhandlungen mit der PLO ein. So wurde ein neues Verhältnis zwischen Israel und den Palästinensern hergestellt: Verhandlungen.

(Für *Mazpen* stellte Khartum ein gewisses Problem dar. Es gab auch auf palästinensischer Seite Gegner der Anerkennung Israels, die „Front der Zurückweisung“, bestehend aus der palästinensischen Linken – PFLP, DFLP, und *Mazpen* hatte engere Beziehungen mit diesen Organisationen.)

Die Israelis, die in Europa mit PLO-Vertretern Verhandlungen über ein zukünftiges Abkommen führten, waren in Wirklichkeit Linke, die niemanden vertraten als sich selbst, sie waren noch weniger repräsentativ als *Mazpen*. Manche kamen von der zionistischen Linken – aber die Zionisten anerkannten die PLO erst 1988. Dennoch: Es gab Verhandlungen. (Das hat natürlich nichts gemein mit dem Verhältnis zwischen palästinensischen und israelischen Revolutionären.)

Diese Verhandlungen waren in gewisser Weise eine Vorbereitung für Oslo.

Das Alternative Information Center

Das *Alternative Information Centre* (AIC) war ebenfalls ein Ergebnis dieser Gespräche. Für das AIC war die Haltung kennzeichnend, dass seine Vertreter nicht mit den Palästinensern verhandeln, sondern gemeinsam mit ihnen für bestimmte Werte kämpfen wollten, und das AIC war auch das Resultat einer praktischen Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen. Ideologisch war das AIC einerseits die praktische Schlussfolgerung dieser Zusammenarbeit, andererseits eine Anerkennung der politischen Realität auch jenseits der Linken: Es war eine Antwort auf die

Realität, die der Krieg im Libanon schuf. Während des ersten Kriegs gegen den Libanon gab es in Israel erstmals große Mobilisierungen gegen den Krieg – Demonstrationen von 100.000 Leuten; andererseits war der Krieg im Libanon der Auslöser für die Gründung von Volkskomitees, Jugendorganisationen, etc. im Westjordanland und in Gasa.

Vor dem Krieg im Libanon hatte sich die nationale Befreiungsbewegung fast ausschließlich außerhalb Palästinas befunden. Die Vorstellung war, dass die Befreiung von außen kommen könnte – aus Jordanien, später aus dem Libanon. Abu Leila (einer der Führer der DFLP) nannte den Südlibanon vor dem Krieg „das Nord-Vietnam von Palästina“. Die Palästinenser in Palästina waren damals von einer aktiven Rolle im Befreiungskrieg ausgeschlossen, außer sie nahmen am bewaffneten Kampf teil. Dieses Modell wurde durch den Krieg im Libanon aus verschiedenen Gründen überwunden: Die PLO wurde im Libanon angegriffen und schließlich gezwungen, den Libanon zu verlassen; Teile der israelischen Armee, die in den 1967 besetzten Gebieten stationiert war, wurden in den Libanon verlegt – dadurch wurden die Bedingungen für politische Arbeit in Palästina günstiger. Diese zwei Faktoren bilden den Hintergrund für das Entstehen einer starken Volksbewegung.

Noch 1972 hatte Sharon quasi problemlos Flüchtlingslager im Gasastreifen zerstören und Konzentrationslager für die Familien von Aktivisten – als Geiseln – am Sinai einrichten können. Das sind nicht Tatsachen, die er heute verleugnet: Im Gegenteil, er ist heute noch stolz darauf, dass er Familienangehörige durch die Wüste marschieren ließ und deportierte usw. Den Leuten wurde – wenn sie Glück hatten – eine Flasche Wasser in die Hand gedrückt und sie wurden zu Fuß durch die Wüste nach Jordanien geschickt; Familienangehörige von Aktivisten, wohlgermerkt, nicht die Aktivisten selbst. Unter diesen Bedingungen war ein konsequenter bewaffneter Kampf nicht möglich. Der bewaffnete Kampf wurde zwar fortgesetzt, aber auf niedrigem Niveau. Es war ebenso unmöglich, die Bevölkerung in Massenorganisationen oder -mobilisierungen zu mobilisieren. Dies bildete den Hintergrund für die Taktik den Widerstand außerhalb Palästinas aufzubauen und über die Grenzen von außen hinein zu tragen. Dieser Kampf von außen war natürlich problematisch. Erst

der Krieg im Libanon eröffnete politisch-militärisch die Möglichkeiten für eine Massenbewegung in Palästina selbst.

Nach Beirut waren das palästinensische Interesse fast ausschließlich auf die militärischen Aspekte konzentriert, auf die Fortschritte im Krieg, die Probleme innerhalb der PLO im Libanon (eine sehr traurige Angelegenheit) und diplomatische Aspekte.

Unsere Einschätzung in *Mazpen*, sowie die Einschätzung der palästinensischen Linke war, dass sich die Situation nach dem Krieg im Libanon durch die Volksbewegung, die Massenbewegung ändern würde. Das AIC wurde 1984 von *Mazpen* und der palästinensischen Linke gegründet, um dieser Volksbewegung eine Stimme zu verleihen und sowohl die öffentliche Meinung im Ausland zu beeinflussen als auch die Friedensbewegung in Israel zu informieren; ein weiteres – nicht weniger wichtiges Ziel – war es die Palästinenser über die politische und gesellschaftliche Situation in Israel am Laufenden zu halten. (*Mazpen* existierte weiter bis 1994, frühere Mitglieder von *Mazpen* arbeiten bis heute im *Alternative Information Center* mit.)

Die israelische Gesellschaft

Es ist in gewisser Weise nicht gelungen, eine israelische Gesellschaft aufzubauen. Der Kolonialismus hat zwar die Rahmenbedingungen – den Staat – geschaffen, aber die israelische Gesellschaft ist sehr inhomogen: Es gibt ethnische Trennungslinien durch die verschiedenen Einwanderungsschübe. Anfangs handelte es sich vor allem um Einwanderer aus Osteuropa. In den ersten 15 Jahren nach der Staatsgründung kamen die meisten Einwanderer aus dem Nahen Osten und Nordafrika. Die ersten ethnischen Spannungen traten auf zwischen den Osteuropäern und diesen Juden, die sich arabisch kleideten, Arabisch sprachen, arabisch kochten und aßen. Sie wurden einem Prozess der zwangsweisen Dearabisierung unterworfen und bildeten die israelische Arbeiterklasse. Das wichtigste Element war die Vermittlung der neuen Sprache, Hebräisch; bald schämten sich diese Einwanderer Arabisch zu sprechen; dazu kam eine umfassende Kontrolle einerseits durch die Ansiedelung in neuen Dörfern z.B. im Naqab (Negev) und in Galiläa und andererseits durch Partei-Bürokraten der *Mapai*, sowie durch die Kontrolle der neuen Einwanderer in

den Moschavim (landwirtschaftlichen Kooperativen). Die Stimmen für den *Likud*-Block waren nicht Stimmen gegen den Frieden, sondern Stimmen gegen die Arbeiterpartei (*Mapai*) und gegen die Osteuropäer, welche die Oberschicht bildeten. Anfangs war es einfach: Die politischen Parteien der Regierungskoalition teilten die neuen Einwanderer in den Lagern untereinander auf: *Mapai* (Israelische Arbeiterpartei), *Mapam* (Vereinigte Arbeiterpartei), Nationalreligiöse, usw. Wenn man z.B. 250 Einwanderer unter seiner Kontrolle hat, weiß man, wie sie wählen; und wenn sie nicht so wählten, wie die jeweilige Führung es verlangte, bekamen sie Schwierigkeiten. Die Kontrolle wurde durch zwei Aufstände von Immigranten aus den arabischen Ländern gebrochen. Einer fand 1959 in Wadi Salib (Haifa) statt, ein Mann wurde getötet; der zweite Aufstand wurde 1969 von den Schwarzen Panther – orientalische Juden, Israelis zweiter Generation – geführt. Die Schwarzen Panther sagten: „Wir arabische Juden sind die Schwarzen Israels. Wir haben keinen Zugang zu Bildung, zu qualifizierter Arbeit – wir sind nur Arbeitssklaven für die europäischen Zionisten –, wir sind von der israelischen Gesellschaft ausgeschlossen.“

Die beiden Aufstände änderten die Situation, und das Selbstbewusstsein der arabischen Juden in Israel. Der erste Aufstand begann sehr spontan. Der zweite Aufstand war eine organisierte Bewegung. *Mazpen* arbeitete auf einer praktischen Ebene eng mit den Schwarzen Panther zusammen, nahm an der Bewegung teil und machte Propaganda, ideologische Diskussionen liefen eher im Hintergrund. Die beiden Aufstände zerstörten die Kontrolle der Parteien (*Mapam*, *Mapai*) über die arabischen Juden. Letztendlich brachten sie den *Likud*-Block an die Regierung. Als der *Likud* an die Regierung kam, traten Teile der Schwarzen Panther der Partei bei und versuchten in diesem Rahmen, Sozialprogramme durchzusetzen. Das war mit der populistischen Ideologie des *Likud* bis zu einem gewissen Grad vereinbar. Andere Teile traten der Arbeiterpartei bei oder der extremen Linken.

Mazpen und später das *Alternative Information Center* versuchten gegenüber den Palästinensern Analysen zu liefern, zu erklären, warum gerade die unterprivilegierten Schichten der arabischen Juden *Likud* wählten. Der Hintergrund für dieses Phänomen ist nicht, dass diese Schichten ge-

gen die Palästinenser wären, sondern der ethnische Konflikt bzw. Klassenkonflikt innerhalb der israelischen Gesellschaft. Die „linken Positionen“ der Arbeiterpartei sind ein Mythos, in Wirklichkeit repräsentierte sie die aschkenasische Elite Israels, und der Erfolg des *Likud* war im Wesentlichen ein Ausdruck des Widerstands gegen diese Elite.

Es gibt auch (bis heute) eine Misrachi-Linke, eine arabisch-jüdische Linke, Individuen und eher intellektuelle Organisationen wie der Misrachi Demokratische Regenbogen, die mit der radikalen Linke insgesamt zusammenarbeiten. Es gibt viele inner-israelische Probleme, die man ausnutzen kann und für die man Lösungen anzubieten haben muss. Die ethnischen Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft sind keine Erfindung, sondern ein reales Problem, das die Klassenspaltung der Gesellschaft widerspiegelt. Es gibt scheinbar sehr widersprüchliche Phänomene, etwa dass es viele Leute gibt, die schwanken zwischen einer Unterstützung für Schas, die sefardisch-orthodoxe Partei, und für die Kommunistische Partei – das sind Protestwähler gegen das zionistische Establishment. Es ist wichtig, den sozialen Hintergrund zu verstehen – nicht nur für die israelische radikale Linke, sondern auch für die palästinensische Nationalbewegung ist dies von Bedeutung.

Die Positionen der Sefarden gegenüber den Palästinensern sind vielfältig und widersprüchlich. Die Struktur der *Schas* („Sefardische Thora-Wächter“) ähnelt der Struktur der israelischen fundamentalistischen (ultra-orthodoxen) Parteien. Die Parteibürokratie ist stark, sie haben 17 Knesset-Abgeordnete. *Schas* trachtet danach, den Sozialstaat zu zerstören, damit staatliche Mittel direkt den sozialen Einrichtungen, die *Schas* betreibt, zufließen können und so die Parteibasis und die Partei selbst ökonomisch und politisch gestärkt werden. So bauen sie ein Klientelwesen auf, das von den Rabbinern geführt wird. Die Führung ist religiös, ultra-orthodox, aber die Wähler nicht. Sie sind unterprivilegiert und Sefarden. In dieser Hinsicht gibt es Ähnlichkeiten mit der islamistischen Bewegung. Die Basis und die Führung sind sefardische Juden, einerseits rebellisch gegen den aschkenasischen Staat, andererseits bindet der Klientelismus diese Menschen an den Staat. Die Positionen gegenüber den Palästinensern reichen von extremem Rassismus bis zur

Bereitschaft zu einem Übereinkommen, völlig inkohärent. Selbstverständlich muss man auch zwischen den Positionen der Führung und denen der Basis unterscheiden.

Es gibt auch Siedler unter ihnen, aber man muss verstehen, dass der Großteil der Siedler aus ökonomischen Gründen in Siedlungen im Westjordanland lebt, weil das Leben dort vom Staat subventioniert wird.

Die Arbeiterklasse in Israel setzt sich zusammen aus diesen orientalischen Juden und natürlich Palästinensern mit israelischer Staatsbürgerschaft, den Einwanderern aus der Sowjetunion, Äthiopiern sowie nicht-jüdischen Arbeitsmigranten aus der ganzen Welt, vor allem aus Asien. Die aschkenasische Führung versucht natürlich auch, diese ethnischen Bruchlinien innerhalb der Arbeiterklasse zu auszunutzen. Es gibt in Israel heute 250.000 nicht-jüdische Arbeitsmigranten, ein sehr hoher Anteil also, im Vergleich zum Anteil der Arbeitsmigranten an der Bevölkerung in Westeuropa. Die Hälfte von ihnen ist illegal in Israel. Israel hat sehr gut überwachte Grenzen, und sie reisen legal ein – als Pilger beispielsweise, oder über israelische Firmen und Agenturen, die Arbeitskräfte zum Beispiel aus Thailand und China „importieren“ und „weitervermieten“.

Diese Firmen behalten Tickets, Reisepässe und einen Teil des Gehalts ein, viele Immigranten verschulden sich bei diesen Firmen, um nach Israel zu gelangen etc. Dies ist der legale Teil. Die Lebensumstände dieser Immigranten sind denkbar schlecht; 15, 20 Menschen in einem Raum, etc. Viele Immigranten versuchen, diesen Menschenhändlern zu entkommen und ihre Arbeitskraft auf dem „freien Markt“ zu verkaufen. Am Beginn dieses Prozesses war das kein großes Problem, denn die israelische Wirtschaft wuchs und konnte diese billigen Arbeitskräfte leicht absorbieren. Jetzt gibt es das Problem, dass viele dieser Firmen nur damit Geld machen, dass sie diese Leute nach Israel holen. Sie kümmern sich nicht darum, ob sie dann auch Arbeit für sie haben.

Wenn es den Konflikt mit den Palästinensern nicht gäbe, müssten die Zionisten ihn erfinden, um die israelische Gesellschaft zusammen zu halten.

Gregor Kneussel

Nachstehend veröffentlichen wir den ersten Beitrag zu einem Diskussionsforum, das den Konflikt im Nahen Osten sowie seine verschiedenen Lösungsmodelle behandeln soll. Die Einrichtung eines solchen Forums wurde von den Teilnehmern der Antiimperialistischen Solidaritätsdelegation beschlossen, um den unterschiedlichen politischen Positionen innerhalb der Palästina-Solidaritätsbewegung Raum für eine notwendige und – so hoffen wir – fruchtbare Auseinandersetzung zu geben. Der erste Beitrag wurde von der *Internationalen Leninistischen Strömung* verfasst.

Der palästinensische Staat – ein Konzept der Befreiung oder der Kollaboration?

Jahrzehntelang war das wichtigste und entscheidendste Ziel der palästinensischen Befreiungsbewegung die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina. Doch nach der historischen Niederlage der arabischen und palästinensischen Bewegung 1967, die zur Besetzung des Westjordanlandes, der Golanhöhen und der Sinai-Halbinsel führte, erschütterte eine Serie von weiteren Niederlagen den palästinensischen Standpunkt. Während des Schwarzen September 1970 wurde der palästinensische Widerstand durch einen vereinigten haschemitisch-zionistischen Angriff blutig niedergeschlagen. Ägypten, das führende und mächtigste arabische Land, erkannte 1978, als späte Folge des Debakels von 1967, Israel als Staat an. 1982 besetzte Israel den Libanon und nahm dem palästinensischen Widerstand somit seine letzte Rückzugsmöglichkeit. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse stieß die Position von Arafats Fatah-Bewegung, Israel anzuerkennen und auf die Gründung eines Staates in den 1967 besetzten Gebieten hinzuarbeiten, nicht nur bei der palästinensischen Bourgeoisie, sondern auch im Volk auf wachsende Unterstützung. Noch mehr mit der Implosion der UdSSR und der totalen globalen Hegemonie der USA schien das Ziel eines demokratischen Staates mit einem Mal in unerreichbare Ferne gerückt. Unter der Vorgabe der Errichtung eines palästinensischen Staates wurden 1993 die Friedensverträge von Oslo unterzeichnet. Heute, fast ein Jahrzehnt später, ist der versprochene palästinensische Staat durch die zionistische Kolonialisierung palästinensischer Gebiete, die sich seit Oslo nicht nur fortgesetzt, sondern sogar noch verstärkt hat, weiter entfernt als je zuvor. Doch bedeutet diese Entwicklung auch, dass die Zwei-Staaten-Lösung somit obso-

let und die Forderung nach einem demokratischen Staat in ganz Palästina wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird?

Eine Position der Schwäche

Es ist offensichtlich, dass die allmähliche Verlagerung der palästinensischen Widerstandsbewegung hin zur Zwei-Staaten-Lösung durch die wachsende Überlegenheit des zionistischen Feindes verursacht wurde. Zunächst lag es im Interesse der palästinensischen und arabischen Bourgeoisie die Aussöhnung mit Israel anzustreben und dafür die Ansprüche der Palästinenser auf die 1948 besetzten Gebiete aufzugeben. Doch während die verschiedenen arabischen bürgerlichen Regimes danach trachteten, den Konflikt, wegen dem sie von der einen Seite her durch Zionismus und Imperialismus und von der anderen Seite her durch ihrer eigenen Bevölkerung unter Druck standen, so schnell wie möglich zu lösen, musste die palästinensische Bourgeoisie, die sich in der gleichen Zwickmühle befand, zusätzlich noch um ihre nackte Existenz bangen. Dies ist, in einer langen Reihe von historischen Belegen, eine weitere Bestätigung dafür, dass die arabischen Bourgeoisien weder fähig, noch Willens sind, gegen den Imperialismus zu kämpfen, selbst wenn er ihnen ihr Land raubt. Sie strebten immer die Aussöhnung mit dem Imperialismus an, die schlussendlich nur in weitere Niederlagen führte.

Arafat konnte somit seinen Rechtskurs rechtfertigen, indem er auf den Verrat der arabischen Regimes hinwies. Sich auf eine eigene, vom Hegemoniestreben der panarabischen Regimes vernachlässigte, palästinensische Identität berufend, argumentierte er für einen selbständigen palästinensischen Staat und benützte so-

mit die legitime Enttäuschung der Massen gegenüber den arabischen Regimes, um die Aussöhnung mit Israel zu rechtfertigen, die erst Recht im Interesse dieser Regimes war. Während Arafat die arabischen Regimes für die Niederlage verantwortlich machte, gab er jedoch zugleich den Kampf gegen diese, den eine konsequente Interpretation des arabischen Nationalismus nach sich ziehen würde, auf. Somit schüttete er das Kind mit dem Bade aus.

In dem Maße, in dem den breiten Volksmassen immer mehr die Unmöglichkeit der Zerstörung Israels zu Bewusstsein kam (was umso deutlicher wurde, als Israel nicht nur weiterhin die massive Unterstützung des Imperialismus genoss, sondern auch die antiimperialistische Bewegung weltweit besiegt war), wurden auch sie zunehmend von der Idee eines palästinensischen Staates in Westjordanland und Gasastreifen überzeugt. Ihre Intention war jedoch nicht die strategische Allianz mit dem Zionismus, sondern, zumindest bis sich die internationalen Kräfteverhältnisse ändern würden, schlicht und einfach ein Ende der Besatzung, um in Sicherheit und stabilen Verhältnissen leben zu können. Während die Bourgeoisie eine Rolle als gedungener Verbündeter anstrebte, verlangten die Volksmassen nach einem souveränen, demokratischen Staat.

Das Ausmaß des politischen Niedergangs der palästinensischen Befreiungsbewegung spiegelt sich in der Tatsache wider, dass sogar die historische Linke, angeführt von der *Volksfront für die Befreiung Palästinas* (PFLP) ihre Position lockerte, und ein Friedensabkommen akzeptierte, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie es schließlich in Oslo ausgehandelt wurde.



Die Rechnung ohne den Wirt gemacht

Andererseits hatte auch der Imperialismus Interesse an einem Friedensabkommen, da er nur so die Lüge der „Neuen Weltordnung“, die weltweit für Friede, Demokratie und Wohlstand sorgen sollte, aufrecht erhalten konnte. So glaubte Washington das Ende der Geschichte verkünden zu können. Das Konzept der Integration besiegt Befreiungsbewegungen, wie es bereits in Mittelamerika und Südafrika erfolgreich angewendet worden war, sollte nun auch im Mittleren Osten zu Ehren kommen, um die Herrschaft des Imperialismus, die davor zwanzig Jahre lang ständig bedroht war, ein für alle mal außer Frage zu stellen. Die USA wollten ihre Hegemonie, die sie mit dem Krieg gegen den Irak neuerlich gefestigt hatten und die nur noch durch die Palästina-Frage bedroht wurde, sichern, da diese ein unberechenbares Pulverfass darstellten, das ihnen jederzeit die ganze Architektur ihrer Herrschaft in der Region über den Haufen werfen könnte.

Auch auf die israelische Gesellschaft hatte die Neue Weltordnung Auswirkungen: Die aschkenasischen Mittelklassen – immer noch unter dem Schock des Libanon-Debakels – strebten eine Demokratisierung, die eine gewisse Entzionisierung nach sich zöge, an, was auch eine Normalisierung des Verhältnisses zu den Palästinensern bedeutet hätte.

Doch während die zionistische Bourgeoisie stets Vereinbarungen und ein normalisiertes Verhältnis zu der arabischen Umgebung angestrebt hatte, um diese riesigen Absatzmärkte mit Produkten ihrer hochentwickelten Industrie überschwemen zu können, war sie nie dazu bereit, einen palästinensischen Staat, der auch nur die geringsten Anzeichen von wirklicher Souveränität und Unabhängigkeit aufwies, zu akzeptieren. Sie hatte keinen Grund ihren langfristigen Plan, ganz Palästina zu erobern und zu kolonialisieren, aufzugeben, da sie sich nur zu gut ihrer eindeutigen militärischen Übermacht bewusst war.

Unter dem Druck der USA spielte sie zwar gezwungenermaßen das Friedensspiel mit, hörte aber währenddessen nicht auf, weiterhin das Westjordanland und den Gasastreifen zu kolonisieren, indem sie beide mit neuen Siedlungen und Militärstrassen überzog. Sie strebte eine Ban-

tustan-Lösung an, da diese nicht nur die Unterstützung der sogenannten internationalen Gemeinschaft genoss, sondern auch jene der palästinensischen Führung selbst gefunden zu haben schien. Sollte das nicht funktionieren, könnte sie den Palästinensern immer noch die Schuld zuschieben, die in Oslo einem Abkommen zu Glaubwürdigkeit verholten hatten, das ihnen im Gegenzug keinerlei Garantie für die Erfüllung ihrer Forderungen gab.

Der unvermeidliche Zusammenbruch von Oslo

Das einzige bedeutende Zugeständnis, das Israel in Oslo machte, war die Bildung der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA). Im Gegenzug für die Überwachung und die Kontrolle des palästinensischen Widerstand sowie die Hilfstätigkeit für eine fast in großen Internierungslagern lebenden Bevölkerung, erhielt die palästinensische Bourgeoisie, repräsentiert und verkörpert von der PNA, vom Imperialismus und seinen arabischen Handlangern, gewaltige finanzielle Mittel.

Während die PNA unter Arafats Führung dazu bereit war, beinahe alles zu verkaufen, nur um ihre neu erworbenen Privilegien behalten zu können, gab es trotzdem bestimmte Grenzen, die nicht überschritten werden konnten. Sie konnte weder das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr aufgeben, ohne dafür einen zumindest symbolischen Ausgleich vorweisen zu können, noch konnte sie al-Quds (Jerusalem) als Hauptstadt des palästinensischen Staates aufgeben. Und sie konnte auch nicht eine offenkundige Bantustan-Lösung akzeptieren, die die Palästinenser nicht nur ihrer elementarsten demokratischen Rechte beraubt, sondern ihnen auch jede Verdienstmöglichkeit nimmt, und sie somit finanziell von ausländischer Hilfe abhängig macht. Das Überschreiten dieser Grenzen hätte zu einem Bürgerkrieg zwischen der PNA und den breiten Volksmassen geführt, wodurch Israel noch weiter gestärkt worden wäre – ein Szenario, das die PNA nicht riskieren wollte. Deswegen konnte Arafat das Camp-David-Abkommen, mit dem die Bantustan-Lösung signiert worden wäre, nicht annehmen.

Das Volk reagierte mit der zweiten Intifada, die Arafat ursprünglich benutzen wollte, um seine Verhandlungsposition zu stärken.

Israel zog sich daraufhin jedoch vom

Verhandlungstisch zurück und entfesselte eine beispiellose Welle des Staatsterrorismus, die ein wahres Blutbad anrichtete. Während der Zionismus einerseits die Führer der Intifada gezielt tötete, versucht er andererseits die breite Bevölkerung mittels Kollektivbestrafung einzuschüchtern. Arafat selbst ist, wie ein Kind durch seinen Züchtiger, unter Hausarrest gestellt. Da die PNA ihre erreichte Position als Verbündeter des Zionismus nicht verlieren will, beugt sie sich immer mehr dem israelischen Druck, wie zum Beispiel durch die Verhaftung islamischer und linker Führer der Widerstandsbewegung.

Obwohl der Oslo-Friedensprozess ganz offensichtlich gescheitert ist und das palästinensische Volk nicht aufhört, mittels der Intifada dagegen zu rebellieren, gibt es doch ein dreigestaltiges Interessensmoment diesen moribunden Friedensprozess so lange als möglich am Leben zu erhalten. Die USA wollen den Mittleren Osten nicht durch das Eingeständnis des Scheitern ihrer Befriedigungsbemühungen destabilisieren, denn damit würden sie den durch die von den USA diktierte liberalistische Politik ins Elend gestürzten Volksmassen einen Kristallisationspunkt für ihre Rebellion geben. Der Zionismus, während er gegenwärtig die Palästinenser massakriert, ist ebenfalls an einer Lösung der Palästinenserfrage in Form von Bantustans interessiert, jedoch mit internationaler Billigung, vorzugsweise ohne einen nationalen Führer wie Arafat, und stattdessen mit mehreren regionalen Anführern. Und Arafat und die PNA schließlich versuchen verzweifelt ihre Rolle zu behalten.

So lange es zu keiner Änderung der internationalen oder regionalen Kräfteverhältnisse kommt, wird sich an dieser Situation nichts Wesentliches ändern.

Der israelischen Gesellschaft fehlt das antagonistische Subjekt

Israel ist eine rassistische, kolonialistische Gesellschaft, in der, im Vergleich zu den unterdrückten und vertriebenen Palästinensern, jedes Individuum, ungeachtet der durchaus vorhandenen sozialen Differenzierung, extrem privilegiert ist. Solange mit imperialistischer Unterstützung für die große Mehrheit der Bevölkerung ein Lebensstandard aufrecht erhalten werden kann, der mit dem des Westens vergleich-

bar ist, wird die Einheit gegenüber den unterdrückten Palästinensern bestehen bleiben, auch wenn es natürlich Spannungen zwischen den herrschenden säkularen Aschkenasim, die den Rassismus aus den westlichen kapitalistischen Gesellschaften mitgebracht haben, und den religiösen, orientalischen Juden gibt.

In dem Maße in dem das zionistische Projekt der Erschaffung einer Nation Erfolg hat, wird die Rückkehr der Siedler in ihre Ursprungsländer – im Unterschied zu früheren Formen des Siedlerkolonialismus – verunmöglicht, was ihre Loyalität zum Staat entscheidend stärkt. Trotz der tiefen inneren Widersprüche schaffte es der Zionismus beispielsweise eine tote Sprache als Nationalsprache zu etablieren. Der Antisemitismus und vor allem die Tragödie des Völkermords an den Juden dienen nach wie vor als kraftvolle Rechtfertigung des Kolonialismus. Während der Antisemitismus ein speziell europäisches Phänomen war, führte die zionistische, kolonialistische Aggression zu einer breiten antijüdischen Stimmung im Mittleren Osten. So wurde es möglich auch den arabischen und orientalischen Juden den zionistischen Mythos zu vermitteln, demzufolge der Antisemitismus die treibende Kraft der Geschichte sei. Dadurch gelang es, den israelischen Staat auch gegenüber den arabischen und orientalischen Juden zu legitimieren.

Die Kategorien „links“ und „rechts“ haben in Israel keine Bedeutung, außer vielleicht um zwischen Säkularismus und Religiosität zu unterscheiden. Tatsächlich bildet das, was gewöhnlich als israelische Linke bezeichnet wird, das historische Rückgrat des Zionismus.

Die Tatsache, dass es in der israelischen Gesellschaft kein antagonistisches Subjekt geben kann, ist durch die Geschichte des Zionismus begründet. Heutzutage scheint die Situation in den westlichen imperialistischen Ländern, in denen das antagonistische Subjekt ebenfalls verschwunden ist, ähnlich zu sein, doch während im Westen die Klassenunterschiede unter dem Druck der sozialen Krise und der antiimperialistischen Befreiungsbewegung, wieder einen antagonistischen Charakter annehmen können, ist der kolonialistische und imperialistische Charakter allen israelischen Klassen organisch innewohnend. Ihr Schicksal ist untrennbar mit dem des Staates verbunden. Nur unter dem Druck einer arabischen und palästinensischen Befrei-

ungsbewegung, die die Existenz Israels selbst bedroht, kann die kolonialistische Einheit aufgebrochen werden. Der einzige Moment in der Geschichte Israels, in dem es eine nennenswerte Opposition gegen die imperialistische Aggression gab (natürlich immer noch weit davon entfernt antagonistisch zu sein), war während des Kriegs im Libanon, in dem die Widerstandsbewegung dem Eindringling beachtliche Verluste zufügen konnte.

Revolutionärer arabischer Volksbefreiungskrieg

Es erscheint klar, zieht man die ungleichen Kräfteverhältnisse in Betracht, dass das palästinensische Volk auf sich allein gestellt niemals in der Lage sein wird sich von der zionistischen Okkupation zu befreien. Seine hervorragende Rolle ist vor allem eine politische als Vorhut der arabischen Befreiungsbewegung, die sich auf die Millionen von Proletariern sowie die ländliche und städtische Armut der ganzen Region stützen muss. Tatsächlich ist es nicht nur das palästinensische Volk, das unter dem Zionismus leidet, sondern die Gesamtheit der arabischen Volksmassen. Diese sind sich wohl der Tatsache bewusst, dass Israel als ein Stachel in ihrem Fleisch dient, der sie spalten und ihre Beherrschung durch dem Imperialismus hörige Marionettenregime ermöglichen soll.

Die Lage der Volksmassen hat sich zusehends verschlechtert. Sie wurden in schlimmstes Elend gestürzt. Die elementarsten demokratischen Rechte werden ihnen verweigert, genauso wie ihre Kultur mit Füßen getreten wird. Die tiefen Klassengegensätze (wiewohl sich diese oft nicht als solche manifestieren) sind in letzter Konsequenz die treibende Kraft hinter den vielfältigen Konflikten mit dem Imperialismus und in der Region selbst. Früher oder später müssen sie zur Explosion kommen. Die Volksmassen werden sich allerdings nur massiv in Bewegung setzen, werden nur in den Gang der Geschichte einzugreifen suchen, wenn eine Schwäche des Gegners, eine Spaltung in seinen Reihen den Sieg über den Tyrannen als möglich erscheinen lässt.

Es ist kein Zufall, dass der Imperialismus einen gewaltigen Militärapparat im Mittleren Osten konzentriert hat. Es kann nicht vorausgesagt werden, wann und in welcher Form dieser Zusammenschluss kommen wird. Aber eine Sache ist

klar, er ist unvermeidlich. Indes ist es vorhersagbar, dass die USA und Israel ihre überlegene Militärmacht in vorausschauender und aggressiver Art und Weise einsetzen werden, um jede Rebellion im Keim zu ersticken bevor sie sich auszubreiten vermag. Die Vorbereitungen des Imperialismus laufen auf vollen Touren. Dazu wurde die Allianz mit der Türkei aufgebaut und jene mit den Golfstaaten gefestigt, wobei gerade die letztgenannten Verbündeten zunehmend an Stabilität zu verlieren drohen. Am Beispiel der Kriege des letzten halben Jahrhunderts können wir sehen, dass die zionistische und die imperialistischen Armeen in der ersten Phase vorrücken mögen, da die bürgerlichen Regimes zum notwendigen Widerstand weder fähig noch willens sind. Dennoch lehrt das libanesische Beispiel, dass ein Volkskrieg möglich und durchaus auch erfolgreich geführt werden kann.

Der Widerstand muss einen revolutionären Charakter annehmen, die armen Klassen gegen den Imperialismus mobilisieren und dabei die heimischen Bourgeoisien stürzen, die, wie die Geschichte zeigt, die nationale Befreiung immer verrietten, um ihre Existenz zu erhalten. Die revolutionäre proletarische Partei muss die Führung übernehmen, die anderen subalternen Klassen und vielleicht sogar einige Teile der Bourgeoisie hinter sich versammeln. Dabei ist es nicht entscheidend, ob das industrielle Proletariat soziologisch gesehen signifikant oder ob es gegenüber den anderen armen Klassen sogar privilegiert ist. Die entscheidende Frage ist, ob es eine entschiedene, kompromisslose jakobinische Führung gibt, die in den Volksmassen fest verwurzelt und dadurch befähigt ist, das revolutionäre Programm der Gesamtheit der Gesellschaft aufzuzwingen.

(Die Tatsache, dass die Ergreifung der Staatsmacht erst der Beginn der Revolution ist und dass der Übergang zum Sozialismus schwerwiegende Probleme aufwirft, die nur mittels der Verarbeitung der historischen Erfahrungen gelöst werden können, wird hier nicht behandelt.)

Das historische Problem der revolutionären Führung

Die kommunistische Bewegung war (mit Ausnahme des Iraks) in der arabischen Welt besonders schwach. Das ist nicht so sehr der Klassenstruktur geschuldet – es gab kommunistisch geführte Revoluti-

onen in Ländern, in denen es praktisch kein Proletariat gab – sondern hängt zu aller erst mit der Politik der kommunistischen Parteien selbst zusammen. Mitte der 30er-Jahre trat Moskau in eine strategische Allianz mit dem Entente-Imperialismus gegen Nazi-Deutschland ein. Für die kommunistischen Parteien dieser Länder sowie ihrer Kolonien hieß das, den revolutionären Kampf zu dämpfen und zu einer Politik der „loyalen Opposition“ überzugehen, der auch der Kampf gegen den Kolonialismus zum Opfer fiel (siehe Algerien, Ägypten oder Syrien). Entsprechend der kurzfristigen und konservativen Logik des Kremls war der Erhalt der Allianz wichtiger als die Förderung der gerade erwachenden antikolonialen Bewegungen.

Doch der schmutzigste und eklatanteste Ausdruck des Verrats Moskaus sollte noch kommen. Die Unterordnung der Interessen der Weltrevolution unter jene der herrschenden Schicht führte die UdSSR dazu, Israel 1948 als erster Staat der Welt anzuerkennen. In Moskau dachte man zu Beginn des Kalten Krieges, man könnte die britische Kontrolle über den Nahen Osten dadurch schwächen, indem man Israel unterstütze, das gegen den Willen der ehemaligen Mandatsmacht errichtet wurde. Die unterdrückten arabischen Massen spielten in den Überlegungen der russischen Führung keinerlei Rolle.

Die oft willkürlichen Schwenks der von Moskau diktierten Politik der kommunistischen Parteien und ihr über weite Strecken opportunistischen Verhaltens gegenüber den lokalen Bourgeoisien behinderten entscheidend ihr Wachstum.

Die Kommunisten überließen dem arabischen Nationalismus das Feld, der es schließlich schaffte Millionen und aber Millionen der Volksmassen hinter sich herzuführen. Zwar führte dieser bedeutende soziale Reformen durch und beschnitt die imperialistischen Interessen. Dennoch vollzog weder der Nasserismus noch der Baathismus einen vollständigen Bruch mit den bürgerlichen Klasseninteressen. Eine unabhängige politische Organisation des Proletariats und der armen Volksmassen wurde niemals zugelassen. Die kommunistischen Kräfte hatten sich anzupassen oder wurden gewaltsam unterdrückt.

In letzter Instanz ist die historische Niederlage des Nasserismus im Sechs-Tage-Krieg 1967 damit zu erklären, dass es ihm nicht gelang die Kampfkraft der Volksmassen sowohl in einem engeren mi-

litärischen Sinn als auch in einem weiteren politischen Sinn zu entfalten und sich dann entsprechend auf sie zu stützen.

Nach dieser erniedrigenden Niederlage flutete die Volksbewegung zurück. Dem gegenüber stand die Linksentwicklung des Panarabismus, vor allem unter den Palästinensern.

Bereits nach dem Zusammenbruch der meistem der anciens régimes und dem Aufstieg des Panarabismus versuchte der Imperialismus eine ihm wohlgesinnte politische Kraft zu schaffen und zu unterstützen, die auch über gewissen Einfluss im Volk verfügen würde. Die Wahl fiel auf die konservativen islamischen Kräfte. Um die weitverbreitete Enttäuschung nach dem Fall von Nasser zu kanalisieren und die Gefahr des linken Nationalismus einzudämmen, wurde diese Linie weiter akzentuiert.

Als Folge des Niedergangs und des Verschwindens des arabischen Nationalismus und des Kommunismus blieb die islamische Bewegung die einzige Kraft, die sich gegen das imperialistische Joch auflehnte, wenn auch oft nur rhetorisch. In der ersten Phase mag die zunehmende Unterstützung für den Islamismus mit dem Rückfluten der Bewegung und dem Rückfall in die Passivität zu erklären sein. Dieser wurde unter dem Eindruck der weltweiten Niederlagen der Befreiungsbewegungen vollzogen und fand seinen Höhepunkt im Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der UdSSR.

Doch bereits die islamische Revolution im Iran 1979 fungierte, trotz ihres widersprüchlichen Charakters, als anspornendes Moment im antiimperialistischen Kampf. Insbesondere nach dem Golfkrieg gegen den Irak 1991 und der darauffolgenden Errichtung der „Neuen Weltordnung“ wuchs das soziale Elend sowie die politische und kulturelle Unterwerfung der arabischen Massen auf bisher ungeahnte Ausmaße an. Da der Unmut und der Protest der Volksmassen keinen anderen Weg des Ausdrucks mehr zur Verfügung hatte, bediente er sich der islamischen Organisationen. Dabei kamen vielfach auch die Führungen derartig unter Druck, dass sie sich von ihren ehemaligen Herren in Washington und Tel Aviv distanzieren mussten. Als anschaulichste Beispiel einer solchen Transformation kann die palästinensische Hamas dienen. Genauso nahm das Moment des religiösen Eiferertums sowie des Antikommunismus bei der libanesischen

Hisbullah zugunsten der Unterstützung und Organisation des Volkswiderstands gegen die zionistische Besatzung wesentlich ab. Tatsächlich wurde sie zur führenden Kraft, die sich als zur Kooperation mit anderen Kräften des Widerstands bereit erwies.

Dieser teilweise antiimperialistische Schwenk unter dem Druck der Massen ebnete auch den Weg zur Gründung neuer Organisationen wie beispielsweise des Islamischen Dschihad in Palästina, der offen mit säkularen und kommunistischen Kräften, die zuvor als Feinde betrachtet wurden, gegen den Imperialismus kooperiert.

Indes sind das wohl paradigmatischste Beispiel die arabischen Afghanen Bin Ladens und die ägyptische Gamaa, die im al-Qaida-Netzwerk zusammenflossen. Diese ursprünglich zutiefst antikommunistisch motivierte Bewegung der reaktionärsten Kräfte der feudalen und kapitalistischen herrschenden Klassen, die die massive Unterstützung der USA genoss, sah sich mit veränderten internationalen Kräfteverhältnissen und der wachsenden Unterstützung der Volksmassen für den Panislamismus konfrontiert. Mit dem Angriff auf den Irak und dem westlichen Kreuzzug gegen den Islamismus, der nun nicht mehr nur als religiöses Hirngespinnst, sondern vor allem als akute politische Gefahr betrachtet wird, stellte sich Bin Laden schrittweise gegen seine Herren. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 versetzte der Islamismus der globalen Herrschaft der USA einen schweren Schlag von historischer Bedeutung. (Dabei ist es sekundär, wer der tatsächliche Urheber der Aktion ist, sondern es zählt einzig, wem er im Allgemeinen sowohl von der westlichen Öffentlichkeit als auch von den Volksmassen der unterdrückten Welt zugeschrieben wird – und das ist al-Qaida.)

Al-Qaida ist aber auch beispielhaft hinsichtlich der Grenzen des politischen Islam. Ihr Aufruf für einen globalen Dschihad der Muslime fand bisher kein Gehör. Das kann zum Teil mit dem religiös idealistischen Charakter ihrer politischen Ideologie erklärt werden, der das Verständnis für die treibenden Kräfte der Geschichte abgeht. Noch expliziter als der arabische Nationalismus lehnt der Islamismus den Klassenkampf ab. Während al-Qaida und alle vom Wahhabitismus beeinflusste Bewegungen die arabischen Regimes für ihren korrupten, volksfeindlichen und pro-

westlichen Charakter vehement attackieren und damit zumindest indirekt durchaus die sozialen Interessen der Volksmassen ansprechen, gehen ihre programmatischen Vorstellungen dennoch nicht wesentlich über eine moderate Wohltätigkeit hinaus, die ihre Mobilisierungskraft beschränken.

Die Bewegung des politischen Islam ist ein hochgradig widersprüchliches Phänomen, das ohne eine konkrete Analyse des betroffenen Landes oder der Region nicht beurteilt werden kann. Auf der einen Seite wurde die Geburt dieser Bewegungen oft entschieden vom Imperialismus unterstützt und sie sind oftmals mit den reaktionärsten Fraktionen der lokalen Bourgeoisie verbunden. Auf der anderen Seite gibt es Fälle, wo die Volksmassen unter der Flagge des Islam ihre Interessen gegen den Imperialismus und seine Komplizen verteidigen. Mit dem wachsenden Widerspruch zwischen dem Imperialismus und den arabischen Volksmassen sind innere Kämpfe und Spaltungen der islamischen Bewegungen unvermeidlich – ein Prozess, der sich bereits vollzieht. Einige der islamischen Kräfte werden schließlich offen die Bourgeoisie und den Imperialismus unterstützen, andere mögen sich dem Lager der antiimperialistischen Volksmassen anschließen. Das konkrete Ergebnis dieses Kampfes wird nicht zuletzt von der Intervention der revolutionären und kommunistischen Kräfte abhängen.

Die Kommunisten müssen für den Aufbau einer antiimperialistischen Front der armen Klassen wirken, die um deren Interessen gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus kämpft – in politischer wie militärischer Hinsicht. Dazu müssen ausnahmslos alle Kräfte mit diesem Anspruch zur Zusammenarbeit eingeladen und aufgefordert und an den progressiven Momenten sowohl des Panarabismus als auch des Panislamismus angeknüpft werden. Ein Bündnis mit den Teilen der islamistischen Bewegung, die tatsächlich gegen den Imperialismus kämpfen, ist heute von entscheidender Wichtigkeit. Unter bestimmten Bedingungen kann eine solche Front selbst ein islamisches Erscheinungsbild annehmen, wenn dies sich als nötig erweisen sollte, um die Massen zu erreichen.

In diesem langen und schmerzhaften Prozess müssen die Kommunisten (die das Vertrauen der Massen verloren haben) als die konsequentesten und unversöhnlichsten Kräfte im Kampf um die Interessen des Volkes gegen den Imperialismus

erscheinen. Nur wenn sie ihre Kampffähigkeit praktisch unter Beweis stellen können, werden sie schließlich fähig sein die Führung des Kampfes zu erobern, der früher oder später militärische Formen annehmen wird. Und nur unter ihrer Führung kann der Sieg errungen werden, denn alle anderen Kräfte neigen, wie uns die Geschichte lehrt, zum Kompromiss. Daher sind Konflikte und Spaltungen in dieser Front ebenso unvermeidlich.

Der Kampf um einen palästinensischen Staat als Übergang zum Kampf um einen demokratischen Staat

Die friedliche Koexistenz des angestrebten palästinensischen Staates mit Israel als exklusivem jüdischen Staat ist historisch unmöglich. Israels Existenz selbst ist an den Imperialismus gebunden, dem dieser Staat als strategische Waffe im Nahen Osten dient.

Eine Entzionisierung, eine Demokratisierung würde durch die Rückkehr der Vertriebenen nicht nur schnell zu einer arabischen Bevölkerungsmehrheit führen, sondern müsste auch deren Anspruch auf proportionale Repräsentation nachgeben. Dies zöge aber den Verlust der Privilegien der großen Mehrheit der jüdischen Bevölkerung nach sich, auf der die Hegemonie der zionistischen Bourgeoisie beruht.

In Südafrika wurde die Apartheid gerade zu dem Zweck abgeschafft, wenn schon nicht die politische so zumindest die soziale Herrschaft der weißen Bourgeoisie zu erhalten. Dazu kooptierte man die verbürgerlichte Vertretung der schwarzen Massen. Jedoch war der Imperialismus weder von der militärischen Kontrolle der Region durch die weiße Minderheit abhängig, noch musste er bei einer Übergabe der politischen Macht an die schwarze Mittelschicht um seine bloße Existenz zittern, da diese auf starken wirtschaftlichen Fundamenten ruht. In Israel existiert im Gegensatz dazu keine solche vom imperialistischen Zentrum verhältnismäßig unabhängige Bourgeoisie, der es mehr um die Ausbeutung der Palästinenser ginge – die ein politisches Arrangement zur politischen Stabilisierung erfordern würde – als um ihre Vertreibung. Israel ist zu aller erst ein militärischer Vorposten des US-Imperialismus gegen die arabische Welt.

Daher kann unser historisches Ziel nur die Zerstörung des Zionismus und

seines Staates Israel als eines exklusiven jüdischen Staat und die Errichtung eines demokratischen, nicht auf religiös-rassischen Kriterien basierenden Staatswesens sein. Zwar können die Palästinenser mit vollem Recht auf die Errichtung eines arabischen Staates in ganz Palästina bestehen, doch würde eine Garantie nicht nur für individuelle Rechte für die hebräischsprachige bzw. jüdische Bevölkerung, sondern auch das Angebot kollektiver nationaler Rechte der Niederrückung des Zionismus politisch dienlich sein. Die exakte Formulierung des Verhältnisses der zwei Nationen zu einander wird wesentlich davon abhängen, wie sehr und in welchem Ausmaß sich in der hebräischsprachigen/jüdischen Bevölkerung die Bereitschaft zeigt und entwickelt mit dem Zionismus zu brechen und sich mit arabischen Befreiungsbewegung zu verbünden. Das maximal denkbare Zugeständnis könnte ein binationaler Staat sein. Die Rechte der hebräischsprachigen/jüdischen Bevölkerung können aber niemals so weit gehen, auch kollektive territoriale Ansprüche einzuschließen. Dies würde eine neue Form des Zionismus bedeuten und zu einer neuerlichen Verbindung mit dem Imperialismus tendieren.

Nichtsdestotrotz ist die Periode dadurch gekennzeichnet, dass die überwiegende Mehrheit der Volksmassen für einen palästinensischen Staat in den besetzten Gebieten von 1967 eintritt. Während die arabische und palästinensische Bourgeoisie diese Forderung lancierte, um zu einem strategischen Ausgleich mit Israel zu kommen, betrachten die Volksmassen die Parole im Angesicht des überlegenen Feindes als eine Minimalforderung, die den weiteren Kampf für die Befreiung ganz Palästinas offen lässt.

Von einem südafrikanischen Szenario auszugehen, würde heißen, einen Palästinenserstaat mit einer mehr oder weniger stabilen Herrschaft der Bourgeoisie und Israel im Rücken zu errichten – was wiederum einen schweren Rückschlag für die Befreiungsbewegung bedeuten würde. Doch das ist höchst unwahrscheinlich, denn nicht nur einige zionistische Falken lehnen einen souveränen palästinensischen Staat kategorisch ab, sondern die gesamte zionistische Bourgeoisie mit der Unterstützung eines Großteils der Bevölkerung setzt sich vehement dagegen zu Wehr. Einzig eine lose Föderation palästinensischer Bantustans erscheint akzeptabel. Doch



selbst darüber, ob dieser nun das Recht zukommt sich Staat zu nennen oder nicht, ist ein heftiger Streit entbrannt.

Daher ist der Kampf für einen souveränen palästinensischen Staat auch in den beschränkten Grenzen von 1967 fortschrittlich, da er direkt gegen den Zionismus und damit in der Konsequenz auch gegen die kollaborationistische palästinensische Bourgeoisie gerichtet ist. Er steht mit dem Kampf um einen demokratischen Staat in ganz Palästina in keinem Widerspruch, denn auch ein palästinensischer Teilstaat kann nur auf den Trümmern Israels errichtet werden.

Den Kampf für einen demokratischen Staat jenem für einen palästinensischen Teilstaat kategorisch gegenüberzustellen, bedeutet nichts anderes als die Massen der bürgerlichen Arafat-Führung zu überlassen. Die Überwindung der versöhnlichen Linie Arafats und seiner Clique muss damit beginnen, den konkreten Kampf der Massen gegen ihn zu wenden in dem man auf den souveränen Charakter eines solchen Staates besteht. Dieses Vorgehen wird schließlich den Weg für den abermaligen Aufstieg des Kampfes um einen demokratischen Staat ebnet.

Die Tatsache, dass die palästinensische Linke der Forderung Deckung gab und sich dabei letztendlich hinter Arafat stellte, hängt nicht notwendigerweise mit der Parole selbst zusammen (wie es einige Linke behaupten), sondern mit ihrer opportunistischen Auslegung, die ihren himmelschreiendsten Ausdruck in Oslo fand.

Es ist nicht das erste Mal, das sich für die revolutionäre Bewegung eine solche Problemstellung ergibt. Erst kürzlich stellte sie sich in Kolumbien. Die gesamten 80er-Jahre hindurch war sie für Zentralamerika virulent. Schließlich führt sie uns bis in das Jahr 1918 zurück, als das revolutionäre Russland gezwungen war mit Deutschland einen höchst ungünstigen Friedensvertrag zu schließen. Wenn der Feind überlegen, die Massen von ständigen Kämpfen erschöpft und die Avantgarde isoliert war, trat in der revolutionären Bewegung immer eine organische Tendenz zum Nachgeben, zum Kompromiss, zur Kapitulation auf. Parallel dazu erhob sich oft eine subjektivistische, ultralinke Strömung, die dafür eintrat die Konfrontation auf der Basis der reinen Willenskraft fortzusetzen. Da ihnen jedoch die breite Unterstützung abgeht, wäre die Volksbewegung unter einer solchen Führung für

den Feind eine leichte Beute.

Wenn sich die Volksmassen nach Jahren oder gar Jahrzehnten des Bürgerkrieges ein Ende der Auseinandersetzung wünschen, so kann dies von der revolutionären Avantgarde nicht ignoriert werden, ohne dabei beträchtlich an Unterstützung zu verlieren. Oftmals muss sie Friedensverhandlungen akzeptieren, im Verlauf derer sie zeigen muss, dass es der Feind ist, der den Frieden unter Erfüllung der elementaren Forderungen mit allen Mitteln verhindern will.

Die Kunst revolutionärer Politik ist es, unter solchen Umständen einen Weg zurück zu finden, die Kräfte geordnet zurückzuziehen, dem Feind einige Brocken hinzuwerfen, die ihn vorübergehend einhalten lassen, um entscheidende Momente für die Konsolidierung und Stärkung der revolutionären Kräfte zu gewinnen. Die Massen müssen Zeit zum Verschnaufen und zur Erholung bekommen, ohne die politischen Ziele aufzugeben. Im Gegenteil, die Massen müssen dadurch enger an die revolutionäre Avantgarde gebunden werden, die erklärt, dass es sich nur um einen vorübergehenden Rückzug handelt, der nichts mit einer strategischen Zusammenarbeit mit dem Feind zu tun hat, welche die proletarische Führung den kollaborationistischen bürgerlichen Kräften unterordnen würde.

In diesem Sinn sind wir der festen Überzeugung, dass wir den palästinensischen Kampf auf der Basis der vier entscheidenden Forderungen der breiten Volksmassen unterstützen und um diese ein breites Bündnis aufbauen müssen:

Sofortiger Rückzug der zionistischen Truppen aus den besetzten Gebieten!

Schleifung der israelischen Siedlungen!

Rückkehrrecht aller palästinensischen Flüchtlinge!

Für einen souveränen palästinensischen Staat im Westjordanland und im Gasastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt!

Diesen Kampf versuchen wir von innen heraus mit der historischen Forderung des palästinensischen Befreiungskampfes zu verbinden, die aber erst dann dominant werden kann, wenn ein verändertes Kräfteverhältnis sie für die Massen erreichbar erscheinen lässt:

Für einen demokratischen säkularen Staat in ganz Palästina!

Es ist klar, dass der Kampf für einen solchen Staat sowie auch dieser selbst nicht nur mit dem heftigen Widerstand des Imperialismus und der Reste des Zionismus zu rechnen haben wird, sondern auch mit jenem der verschiedenen arabischen bürgerlichen Regimes. Ein demokratischer Staat kann daher nur im Rahmen einer demokratischen und antiimperialistischen Föderation des Mittleren Ostens errichtet werden. Um den unvermeidlichen Krieg gegen den Feind gewinnen zu können, muss sich der Kampf auf die breiten Volksmassen stützen und ein Regime der revolutionären Volksmacht errichten. Die entscheidenden Sektoren der Wirtschaft der Länder müssen der Kontrolle des Imperialismus und seiner Kompradoren entrissen und nationalisiert werden. Die Revolution wird nur dann überleben können, wenn sie sich auf die Mehrheit zu stützen weiß. Dazu sind die Entwicklung Richtung Sozialismus und die Unterstützung der internationalen Revolution von Nöten, mit dem Ziel den Imperialismus und Kapitalismus in seinen Zentren selbst zu zerstören.

*Internationale Leninistische Strömung
Wien-Rom, Februar 2002*



„Israel will keine politische Lösung“

Gerhard Ruiss nimmt anlässlich der Solidaritätsdelegation nach Palästina Stellung

Gerhard Ruiss ist Schriftsteller in Wien und Geschäftsführer der IG Autoren. Neben seiner literarischen Tätigkeit hat er auch immer wieder durch politisches Engagement auf sich aufmerksam gemacht. So trat er im Dezember 1999 vor dem Wiener Tribunal als Zeuge gegen die wegen Beihilfe angeklagte österreichische Regierung bei der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO auf.

Als Gastgeber bei der Pressekonferenz im Literaturhaus Wien am 15. Januar hielt Gerhard Ruiss einen einleitenden Vortrag, in dem er die israelische Politik in den besetzten Gebieten kritisierte und verurteilte. Der Eindruck, den er als Medienkonsument von der Situation gewonnen habe, sei, mit einer Ohnmacht leben zu sollen, die keinen Gedankenspielraum mehr ermögliche. Eine Ohnmacht, die, so Ruiss, von der Solidaritätsbewegung durchbrochen werde. Er bezeichnete die Lage in den besetzten Gebieten als einen Übergang vom Versuch, politische Lösungen zu finden, zum Versuch, diese militärisch zu erzwingen, was lediglich ein politisches Versagen ohne Lösungsmöglichkeiten demonstrierte. Er betonte, dass es gerade deshalb notwendig sei, diese Entwicklung zu stoppen und zu einer politischen Vorgangsweise ohne militärische Mittel und

ohne Gewalt zurückzufinden.

In seinen Ausführungen zur österreichischen Palästina-Solidaritätsbewegung, die nach dem Beginn der Intifada im September 2000 wiederauferstanden sei, bezeichnete er diese als einen Versuch, die Dinge so darzustellen, wie sie vorzufinden sind und nicht wie dies über die Medien geschehe. Der Darstellung in den Medien mangle es, so Ruiss, für einen in der Demokratie aufgewachsenen Menschen sowohl an demokratischem Bewusstsein als auch am Verständnis von der Situation. Als Beispiel gab er die „gefälschten Bilder“ von jubelnden Palästinensern nach den Anschlägen in New York und Washington an, die dazu dienen sollten, etwas zu bestätigen, was auf diesen Bildern zwar nicht zu sehen gewesen sei, aber so gesehen werden sollte. Umso bedeutender seien daher die Bemühungen um Ge-

genstrategien zur Information über die von den Medien täglich gezogene Gewaltbilanz hinausgehenden Verhältnisse.

Auf die Frage nach der Möglichkeit einer politischen Lösung trotz des „Radikalismus auf beiden Seiten“ antwortete er entschieden, dass es sich um keine unvorhersehbare Momentansituation handle. Es handle sich vielmehr um eine konsequent auf militärische Lösungen setzende Strategie. Die Regierung sei genau zur Umsetzung dieses Kurses im Amt und von denjenigen, die sie gewählt haben, auch dafür gewählt worden. Das Ergebnis sei, dass seitens der israelischen Regierung keine politischen Lösungsansätze mehr gesucht wurden. Das bedeute für die Palästinenser ein Leben mit dem Rücken an der Wand.

Er kritisierte weiter die wenig hilfreiche Haltung der Regierung Bush, die vollständige Unterstützung für ihre „Antiterrormaßnahmen“ verlange, aber als Realität nur das akzeptiere, was ihren Zielen diene. Hintergründe und nicht diesen Zielen dienende Tatsachen würden, so Ruiss, dadurch verdrängt, verfälscht oder verschwiegen.

Kontakt

Antimperialistische Koordination

www.antimperialista.org

aik@antimperialista.org

BRD:

Postfach 100850, 07708 Jena

Kto-Nr. 2194660

(lautend auf „Ralf Stoll“)

Sparkasse Jena, BLZ 83053030

Österreich:

Postfach 23, 1040 Wien

Kto-Nr. 92.125.137

PSK, BLZ 60.000

Intifada-Abonnement:

8 Zusendungen: € 8,-

Intifada-Förder-Abo:

8 Zusendungen: € 16,-

Die *Antimperialistische Koordination* (AIK) ist ein internationaler Zusammenschluss verschiedener antimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfes dient und jedes Jahr ein *Antimperialistisches Sommerlager* organisiert.

Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die Antimperialistische Koordination für Palästina als Unterkomitee zu Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne, die auf folgender Basis geführt wird:

Stoppt das Massaker in Palästina!

Bedingungsloser Abzug der zionistischen Besatzungsmacht aus allen arabischen Gebieten!

Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes!

Für das Recht auf Rückkehr aller palästinensischen Flüchtlinge!



Antiimperialistisches Sommerlager

Assisi (Italien), 5.–11. August 2002

Auch dieses Jahr findet das Antiimperialistische Sommerlager, das von rund hundert Organisationen aus aller Welt unterstützt wird und an dem im letzten Jahr rund dreißig internationale Vertreter teilnahmen, wieder in Assisi statt. Schwerpunkt ist der von Bush ausgerufene „Krieg gegen den Terror“, der eine neue Phase der imperialistischen Herrschaft einleitet und die „Neue Weltordnung“ Bush Seniors ablöst. Letztere ging von der Dämpfung der Konflikte und Widersprüche aus und versuchte die globale Hegemonie nicht allein auf militärische Macht abzustützen (wiewohl diese durchaus gezeigt wurde, wie im Krieg der Heiligen Allianz gegen den Irak), sondern mit der Integration der ehemaligen Befreiungsbewegung (siehe Nahost, Mittelamerika, Südafrika, usw.).

Nach einem Jahrzehnt ist dies definitiv gescheitert. Die Widersprüche und Konflikte sind so groß wie nie zuvor. Die globale soziale Ungleichheit hat in der Menschheitsgeschichte ein beispielloses Ausmaß erreicht. Konnten der finanzielle Zusammenbruch von Mexiko, Russland und Indonesien noch überbrückt werden, so zeigt die argentinische Krise die Sackgasse des Neoliberalismus, denn dieses Land hat alle Rezepte der internationalen Finanzinstitutionen wie IWF und WB musterhaft befolgt. Als aller erster der falschen „Friedensprozesse“ ist jener in Nahost durch die neue Intifada in die Luft geflogen – andere werden folgen. Die imperialistische Herrschaft ist nur mehr mit offener Gewalt aufrecht zu erhalten. Entgegen der Propaganda der westlichen Medienmaschine verschieben sich die Kräfteverhältnisse immer mehr zuungunsten der USA. Die wirklichen Sieger im Krieg gegen Afghanistan waren nicht die USA, sondern Russland, Iran und Indien. Der „Krieg gegen den Terror“ ist ein Zeichen der Schwäche, nicht der Stärke.

Der „Krieg gegen den Terror“ ist nicht nur ein Terrorkrieg gegen die Milliardenmassen der „Dritten Welt“, sondern er setzt auch die bürgerlichen Rechte in den Metropolen zunehmend und immer offener außer Kraft. Jede antiimperialistische Opposition, die sich auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt, soll im Keim vernichtet werden.

Um so wichtiger ist der Zusammenschluss der antiimperialistischen Kräfte, dem Hauptzweck des jährlichen Treffens in Assisi.

Vorläufiges Programm:

Sonntag, 4. August 2002

Fragen zu Porto Alegre

Das Welt-Sozialforum: Wie gegen die Globalisierung kämpfen?

Workshops:

1. Attackieren wir ATTAC!
2. Imperium und Imperialismus
3. Partizipative Demokratie

Montag, 5. August 2002

Krieg gegen den Terrorismus oder Krieg gegen die Freiheit? Betrachtungen zur Beschneidung der Demokratie im Westen

Workshops:

1. Guantánamo: wie die USA internationale Konventionen brechen
2. UPA: die diktatorische Macht von Präsident Bush
3. 270 bis, ter, quarter: kollektive Verbrechen und die Kriminalisierung der islamischen Gemeinden in Italien

Dienstag, 6. August 2002

Bringt das Tribunal vor Gericht

Das Haager Tribunal und Milošević' Selbstverteidigung

Workshops:

1. Die NATO und die Fälschung von Beweisen durch Medienmanipulation
2. Internationale Gerichtsbarkeit als ein Instrument der imperialistischen Intervention
3. Der Richter Garzon und die Hexenjagd gegen die Basken

Mittwoch, 7. August 2002

Asien: Das Spiel hat begonnen

Die Geopolitik des einzigen Weltimperiums

Workshops:

1. Afghanistan: Ein Phyrus-Sieg für den US-Imperialismus
2. Indonesien: Ein Vulkan vor dem Ausbruch
3. Indischer Expansionismus und der Volkskrieg in Nepal

Donnerstag, 8. August 2002

Die Vietnamisierung Lateinamerikas

US-Interventionismus von Puebla bis Feuerland

Workshops:

1. Kolumbien: Friedensprozess und Fortschreiten des Bürgerkriegs
2. Argentinien: der Zusammenbruch des Kapitalismus und die Dynamik der Volksbewegungen
3. Venezuela: Bolivarische Reformen von der Regierung Chavez und imperialistische Einmischung

Freitag, 9. August 2002

Wir sind alle Palästinenser

Intifada, der Funke im Pulverfass Naher Osten

Workshops:

1. Zwei Völker, zwei Staaten oder *ein* demokratisches, geeintes Palästina
2. Irak: US-Strategien und neue Kriegsszenarien
3. Islam: Dschihad als antiimperialistischer Kampf

Samstag, 10. August 2002

Abreise

Antiimperialistische Solidaritätsdelegation nach Palästina

Dezember 2002 / Januar 2003

Die *Antiimperialistische Koordination* wird um den Jahreswechsel 2002/2003 eine weitere Solidaritätsdelegation nach Palästina organisieren. Auch für diese Delegation sind Besuche palästinensischer Städte und Flüchtlingslager in den 1967 besetzten Gebieten und Treffen mit politischen, sozialen, Kultur- und Menschenrechtsorganisationen geplant.

